gemeinde arth

Voranschlag 2027



Gemeindeversammlung

Freitag, 11. Dezember 2026

20.00 Uhr

Pfarreizentrum Eichmatt, Goldau

www.arth.ch

Einladung zur Gemeindeversammlung

Freitag, 11. Dezember 2026, 20.00 Uhr im Pfarreizentrum Eichmatt, Goldau

Traktanden und Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Eröffnung	
2.	Wahl von drei Stimmenzählenden	
3.	Voranschlag 2027 der Gemeinde Arth und Bestimmung des Steuerfusses	2
4.	Budget 2027 des Elektrizitätswerkes Arth	27
5.	Budget 2027 des Wasserwerkes Arth	36
6.	Genehmigung der Abrechnung zur Ausgabenbewilligung von CHF 3'405'000.00 für den Neubau des Reservoirs mit Stufenpumpwerk Laube, Goldau	42
7.	Verkauf des Elektrizitätswerks (EW) der Gemeinde Arth an ebs Energie AG, Schwyz – Genehmigung des Kaufvertrages und des Konzessionsvertrages inklusive Aufhebung bzw. Änderungen zugehöriger Reglemente	46
8.	Ausgabenbewilligung für den Bau der Tiefgarage und die Neugestaltung der Arealflächen Hofmatt in Arth von CHF 16'850'000.00	64
9.	Beschlussfassung über die Revision des Baureglements zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Einzelinitiative «Schluss mit dem Parkplatzzwang – autoarmes Bauen erlauben»	71
10.	Ausgabenbewilligung für die Verbreiterung des Tramwegs zwischen Wegscheide, Arth, und Schöntalweg, Oberarth, von CHF 580'000.00	77
11.	Verschiedenes	

Diese Botschaft mit den Anträgen wird allen Haushaltungen zugestellt und kann unter www.arth.ch/gemeindeversammlung heruntergeladen werden. Die Unterlagen zu den Traktanden können während den ordentlichen Öffnungszeiten bei der Gemeindekanzlei eingesehen werden.

Die Traktanden 3–6 werden an der Gemeindeversammlung definitiv verabschiedet. Die Urnenabstimmung für die Sachgeschäfte (Traktanden 7–10) findet am 28. Februar 2027 statt.

Für die Offenlegung der Finanzierung der Wahl- und Abstimmungskampagnen gelten die Bestimmungen des Transparenzgesetzes vom 6. Februar 2019 (SRSZ 140.700).

Im Anschluss an die Gemeindeversammlung offeriert die Gemeinde einen Apéro.

Arth, 26. November 2026 **Gemeinderat Arth**

Traktandum 3

Voranschlag 2027 der Gemeinde Arth und Bestimmung des Steuerfusses

Inhaltsverzeichnis

1 Überblick Voranschlag 2027 3
1.1 Gesamtbeurteilung und Antrag Gemeinderat 3
1.2 Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission 5
1.3 Gesamtübersicht 2027 – 2030 6
1.4 Wesentliche Abweichungen 7
2 Erfolgsrechnung 2027 – 2030 10
2.1 Gestufter Erfolgsausweis 10
2.2 Zusammenzug Erfolgsrechnung nach Funktionen 11
2.3 Erfolgsrechnung 12
3 Investitionsrechnung 2027 – 2030 21
3.1 Zusammenzug Investitionsrechnung nach Funktionen 21
3.2 Investitionsrechnung 22
4 Kennzahlen 2027 – 2030 25
5 Feuerwehrersatzabgabe 26

1 Überblick Voranschlag 2027

1.1 Gesamtbeurteilung und Antrag Gemeinderat

Bei einem Gesamtaufwand von **CHF 48.517 Mio**. und einem Gesamtertrag von **CHF 46.240 Mio.** weist der Voranschlag 2027 einen **Aufwandüberschuss von CHF 2.276 Mio.** aus. Der Steuerfuss bleibt unverändert bei **110%** einer Einheit. Die Nettoinvestitionen betragen **CHF 7.961 Mio.**

Finanz- und wirtschaftspolitische Eckdaten

Die Hochrechnung für das Jahr 2026 zeigt einen **Aufwandüberschuss von CHF 2.300 Mio**. Dieser liegt deutlich über dem budgetierten Defizit von CHF 1.678 Mio. Hauptgrund ist die **Zunahme der Pflegefinanzierung um CHF 0.857 Mio.,** verursacht durch höhere stationäre Pflegekosten und steigende Beiträge an die ambulante Pflege.

Mit dem Voranschlag 2027 setzt sich die angespannte Lage fort. Der Aufwandüberschuss steigt gegenüber dem Voranschlag 2026 um rund **CHF 0.598 Mio.** Gründe dafür sind höhere Personal- und Sachaufwände sowie höhere Beiträge an den Kanton (u.a. Pflegefinanzierung, Sozialhilfe).

Kommentare zur finanziellen Entwicklung

Der Gesamtaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um **CHF 4.208 Mio.**

Die Zunahme verteilt sich auf mehrere Bereiche, wobei insbesondere Bildung, Pflegefinanzierung und der allgemeine Betriebsaufwand die stärksten Treiber sind. Ein Grossteil der Mehraufwände ist durch kantonale Vorgaben und gesetzliche Verpflichtungen bedingt und daher von der Gemeinde kaum beeinflussbar.

Wesentliche Veränderungen:

- **Personalaufwand + CHF 1.332 Mio.**
  (Lehrerlöhne, Arbeitgeberbeiträge)
- **Sach- und übriger Betriebsaufwand + CHF 1.111 Mio.**
  (ICT, Unterhalt, Tagesbetreuung, Asylwesen)
- **Transferaufwand + CHF 1.481 Mio.**
  (Pflegefinanzierung, Spitex, Sozialhilfe, Sonderschulen)
- **Abschreibungen + CHF 0.387 Mio.**

Der Gesamtertrag steigt gegenüber dem Voranschlag 2026 um **CHF 3.609 Mio.**

Der Gesamtertrag entwickelt sich positiv, insbesondere dank höherer Steuererträge und steigender Beiträge aus dem Finanz- und Lastenausgleich. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung reicht das Ertragswachstum jedoch nicht aus, um die Mehraufwände vollständig zu kompensieren.

Hauptgründe:

- **Steuerertrag + CHF 0.310 Mio.**
- **Transfererträge + CHF 1.304 Mio.**
- **Entgelte + CHF 1.681 Mio.** (u.a. Tagesbetreuung)

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals:

Bestand Eigenkapital 01.01.2026	CHF	28’414’495.08
Aufwandüberschuss Hochrechnung 2026	CHF	-2’300’000.00
Voraussichtlicher Bestand Eigenkapital 31.12.2026	CHF	26’114’495.08
Aufwandüberschuss Voranschlag 2027	CHF	-2’276’400.00
Voraussichtlicher Bestand Eigenkapital 31.12.2027	CHF	23’838’095.08

Investitionen 2027

Die Nettoinvestitionen betragen **CHF 7.961 Mio.** Die Nettoinvestitionen bleiben auf einem Niveau, was die langfristige Entwicklung der Gemeinde sichert.

Wichtige Projekte:

- Schulliegenschaften (CHF 2.778 Mio.)
- Gemeindestrassen (CHF 3.330 Mio.)
- Wasserwerk (CHF 0.934 Mio.)
- Friedhof und Bestattung (CHF 0.300 Mio.)

Finanzplan/Ausblick 2028 – 2030

Der Finanzplan zeigt, dass die strukturellen Herausforderungen auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben. Die erwarteten Aufwandüberschüsse verdeutlichen, dass die Gemeinde mittelfristig vor finanzpolitischen Entscheidungen stehen wird, um die Eigenkapitalentwicklung zu stabilisieren.
Der Finanzplan zeigt weiterhin Aufwandüberschüsse:

- 2028: **CHF 2.170 Mio.**
- 2029: **CHF 2.421 Mio.**
- 2030: **CHF 3.951 Mio.**

Das Eigenkapital würde bis Ende 2030 auf rund **CHF 15.296 Mio.** sinken.

Abschliessende Beurteilung

Der Voranschlag 2027 zeigt eine herausfordernde finanzielle Lage. Steigende Kosten in Bildung, Pflegefinanzierung, Sozialhilfe und Infrastruktur belasten die Erfolgsrechnung trotz höherer Steuererträge und Beiträge aus dem Finanz- und Lastenausgleich. Die Investitionstätigkeit bleibt hoch und führt zu steigenden Abschreibungen in den kommenden Jahren. Der Gemeinderat beurteilt den Voranschlag 2027 als sachgerecht und tragfähig.

Geplanter Verkauf des Elektrizitätswerks und Integration des Wasserwerks

Der Gemeinderat hat mit der ebs Energie AG einen Kaufvertrag über den Verkauf des Elektrizitätswerks der Gemeindewerke Arth ausgehandelt. Der Vertrag wird der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2026 sowie der anschliessenden Urnenabstimmung vom 28. Februar 2027 vorgelegt. Der Verkauf erfolgt nur bei Zustimmung der Stimmberechtigten.

Der Verkaufspreis wird aktuell auf CHF 27–28 Mio. geschätzt. Aus diesem Betrag müssen die bestehenden Darlehen des Elektrizitätswerks inklusive des Wasserwerks zurückbezahlt werden. Ein Teil des Kaufpreises wird in Form von Aktien der ebs Energie AG abgegolten.

Für Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen gilt das Nominalwertprinzip, sofern keine Börsenbewertung existiert. Die ebs Energie AG ist nicht börsenkotiert. Die Bilanzierung erfolgt daher nicht zum Verkehrswert von CHF 9’187’925.00, sondern zwingend zum Nominalwert.

Das führt dazu, dass der bilanzierte Wert der Aktien tiefer ist als ihr wirtschaftlicher Wert oder ihr Anteil am Gesamtverkaufspreis. Für die Berechnung des Nettoerlöses wird deshalb die Aktienposition mit CHF 667’000.00 (667 Aktien zu CHF 1’000.00 Nennwert) ausgewiesen.

Finanzielle Auswirkungen des geplanten Verkaufs

Position	Betrag	
Barvergütung nach Schuldentilgung ca.	CHF	8’000’000.00
Beteiligung ebs Energie AG (Nominalwert)	CHF	667’000.00
Total Nettoerlös	**CHF**	**8’667’000.00**

Integration des Wasserwerks

Das Wasserwerk bleibt im Eigentum der Gemeinde und wird vollständig in die Gemeindeverwaltung integriert. Es wird künftig als Spezialfinanzierung geführt, die ausgeglichen zu gestalten ist und daher keinen Einfluss auf das Jahresergebnis hat.

Im Voranschlag 2027 ist die Wasserversorgung bereits berücksichtigt. Der ausserordentliche Ertrag aus dem Verkauf des Elektrizitätswerks wurde bewusst nicht aufgenommen, um den ordentlichen Geschäftsgang abzubilden.

Überführung der Liegenschaften

Mit dem Verkauf des Elektrizitätswerkes und der Integration des Wasserwerks werden verschiedene Grundstücke in die Gemeinderechnung überführt. Die Rossstallung und kleinere Parzellen dienen ausschliesslich öffentlichen Aufgaben und gelten als Verwaltungsvermögen. Da diese Objekte im bisherigen Rechnungswesen vollständig abgeschrieben sind, werden sie zum Restbuchwert von CHF 1.00 übernommen.

Die Liegenschaft Gotthardstrasse 21 wird überwiegend nicht für Verwaltungszwecke genutzt und zählt zum Finanzvermögen. Finanzvermögen ist zum Verkehrswert zu bilanzieren; deshalb wird der aktuelle Marktwert von CHF 9.85 Mio. eingesetzt.

Liegenschaft/Objekt	Einstufung	Übernahmewert	
Rossstallung hinter Rathaus	Verwaltungsvermögen	CHF	1.00
Diverse kleinere Parzellen	Verwaltungsvermögen	CHF	100.00
Gotthardstrasse 21, Arth	Finanzvermögen	CHF	9’850’000.00

Bilanzielle Gesamtwirkung

Zusammengefasst ergeben sich folgende Effekte auf das Eigenkapital:

Effekt	Betrag	
Aufwertung Gotthardstrasse 21	CHF	9’850’000.00
Überführung Vermögenswerte Wasserwerk	CHF	2’500’000.00
Nettoerlös aus Verkauf (Bar + Aktien)	CHF	8’667’000.00
Gesamteffekt auf das Eigenkapital	**rund**	**CHF 21.0 Mio.**

Diese Effekte treten nur bei Zustimmung der Stimmberechtigten ein und sind, mit Ausnahme der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, im Voranschlag 2027 bewusst nicht berücksichtigt.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt

a. den Voranschlag der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'276'400.00 zu genehmigen,

b. den Voranschlag der Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 7'961'000.00 zu genehmigen,

c. den Steuerfuss für das Jahr 2027 auf 110% einer Einheit festzusetzen,

d. den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

1.2 Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission

Als Rechnungsprüfungskommission haben wir gemäss §§ 50 und 51 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden den Voranschlag 2027 (Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung) als Bestandteil des Finanzplanes 2028 – 2030 inklusive Steuerfuss für das Voranschlagsjahr beurteilt.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen der Finanzplan sowie der Voranschlag den gesetzlichen Bestimmungen. Die aufgezeigte Entwicklung der Gemeinde erachten wir als positiv und nachhaltig. Den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Steuerfuss von 110 Prozent einer Einheit beurteilen wir als angemessen.

Antrag der Rechnungsprüfungskommission

Wir beantragen, den vorliegenden Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2'276'400.00 inklusive eines Steuerfusses von 110 Prozent einer Einheit sowie Nettoinvestitionen von CHF 7'961'000.00 zu genehmigen.

Rechnungsprüfungskommission

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

1.3 Gesamtübersicht 2027 – 2030

	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
ERFOLGSRECHNUNG						
Total Betrieblicher Aufwand	41'655'999.49	44'004'800	48'133'100	48'349'200	49'184'500	51'047'800
Total Betrieblicher Ertrag	-42'268'370.32	-42'190'000	-45'797'300	-46'315'900	-47'261'400	-47'790'400
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-612'370.83**	**1'814'800**	**2'335'800**	**2'033'300**	**1'923'100**	**3'257'400**
Finanzaufwand	205'081.56	304'500	383'700	579'700	941'200	1'136'800
Finanzertrag	-505'043.75	-441'100	-443'100	-443'100	-443'100	-443'100
Ergebnis aus Finanzierung	**-299'962.19**	**-136'600**	**-59'400**	**136'600**	**498'100**	**693'700**
Operatives Ergebnis	**-912'333.02**	**1'678'200**	**2'276'400**	**2'169'900**	**2'421'200**	**3'951'100**
Ausserordentlicher Aufwand	0.00	0	0	0	0	0
Ausserordentlicher Ertrag	0.00	0	0	0	0	0
Ausserordentliches Ergebnis	**0.00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-912'333.02**	**1'678'200**	**2'276'400**	**2'169'900**	**2'421'200**	**3'951'100**
Total Aufwand	41'861'081.05	44'309'300	48'516'800	48'928'900	50'125'700	52'184'600
Total Ertrag	-42'773'414.07	-42'631'100	-46'240'400	-46'759'000	-47'704'500	-48'233'500
INVESTITIONSRECHNUNG						
Total Investitionsausgaben	4'878'056.92	6'788'000	10'798'000	36'673'000	32'790'000	24'443'000
Total Investitionseinnahmen	-642'040.54	-1'650'000	-2'837'000	-1'250'000	-9'636'300	-9'730'000
Nettoinvestitionen	**4'236'016.38**	**5'138'000**	**7'961'000**	**35'423'000**	**23'153'700**	**14'713'000**

1.4 Wesentliche Abweichungen

Kontonummer	Bezeichnung	Voranschlag Vorjahr	Voranschlag 2027	Abweichung	Wesentliche Ursache der Abweichung
0220	**Allgemeine Dienste übrige**				
220.315	Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	461'900	483'200	21'300	Zunahme der ICT Aufwendungen
0221	**Bauverwaltung**				
221.313	Dienstleistungen und Honorare	316'000	328'000	12'000	Zunahme Aufwand von Baukontrollen und externer Beratern
1620	**Zivile Verteidigung**				
1620.314	baulicher und betrieblicher Unterhalt	5'000	95'000	90'000	Umbau Kommandoposten Typ I (Gemeindeführungsstab) ICT und Mobiliar
2120	**Primarstufe**				
2120.302	**Löhne der Lehrpersonen**	6'870'800	7'335'600	464'800	Mehraufwand aufgrund Volks-Ja vom 28.09.2025 zu den Lehrerlohnerhöhungen
2120.305	Arbeitgeberbeiträge (AG)	1'433'000	1'573'100	140'100	Mehraufwand aufgrund Volks-Ja vom 28.09.2025 zu den Lehrerlohnerhöhungen
2120.309	Übriger Personalaufwand	36'400	53'200	16'800	Kursangebot Schweizerische Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG), Wiederholungskurse
2120.311	Nicht aktivierbare Anlagen	59'200	91'100	31'900	Ersatzbeschaffungen von div. Mobiliar, Wandtafeln und Nähmaschinen
2120.315	Unterhalt Mobiliar und immaterielle Anlagen	151'000	177'000	26'000	Zunahme Aufwand der ICT-Lizenzen und Hardware
2120.317	Spesenentschädigungen (Exkursionen, Schulreisen und Lager)	43'300	67'200	23'900	Schulverlegung Goldau
2120.361	Entschädigung an Gemeinwesen	34'100	50'500	16'400	Anzahl Kinder welche in Walchwil zur Schule gehen, ist aktuell höher.
2120.463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-3'485'300	-3'658'100	-172'800	Zunahme der Schülerpauschale aufgrund Anzahl Primarschüler und Erhöhung der Pauschale pro Kind
2170	**Schulliegenschaften**				
2170.311	Nicht aktivierbare Anlagen	44'000	88'900	44'900	Ersatz Hallenlift Turnhalle Sonnegg
2180	**Tagesbetreuung**				
2180.313	Dienstleistungen und Honorare	157'100	172'400	15'300	Zunahme Einkauf Lebensmittel und Verbrauchsmaterial aufgrund der Nachfrage für Tagesbetreuung
2180.426	Rückerstattungen	-715'000	-780'000	-65'000	Erhöhung der Elternbeiträge aufgrund der Nachfrage für Tagesbetreuung
2200	**Sonderschulen**				
2200.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'573'000	1'754'500	181'500	Zunahme aufgrund der Schülerzahlen

Kontonummer	Bezeichnung	Voranschlag Vorjahr	Voranschlag 2027	Abweichung	Wesentliche Ursache der Abweichung
3422	**Seebad**				
3422.310	Material- und Warenaufwand	5'500	17'500	12'000	Ersatz von Gartentischen und Ersatz Sonnenschirm Spielbach
4120	**Kranken-, Alters- und Pflegeheime**				
4120.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'817'200	4'548'500	731'300	Beitrag an Pflegefinanzierung stationär, Kostenverteiler gemäss Vorgabe Kanton
4210	**Ambulante Krankenpflege**				
4210.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'785'800	1'854'600	68'800	Erhöhung der Beiträge an private Spitexinstitutionen
5120	**Prämienverbilligung**				
5120.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	197'800	231'300	33'500	Gemeindebeiträge Kostenübernahme KVG (Krankenversicherungsgesetz), Kostenverteiler gemäss Vorgabe Kanton
5720	**Wirtschaftliche Hilfe**				
5720.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'600'000	1'670'000	70'000	Zunahme der zu unterstützenden Personen
5730	**Asylwesen**				
5730.312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften Verwaltungsvermögen	85'000	148'000	63'000	Zunahme der gemieteten Objekte
5730.314	Baulicher und betrieblicher Unterhalt	20'000	51'000	31'000	Behebung von Akutmängel, Luzernerstrasse 19
6150	**Gemeinde-/Bezirksstrassen**				
6150.311	Nicht aktivierbare Anlagen	18'300	64'800	46'500	Ersatzbeschaffung Schneefräse
6180	**Privatstrassen**				
6180.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	50'000	92'100	42'100	Strassengenossenschaft Sonnhaldenstrasse, Belagsersatz
8500	**Industrie, Gewerbe, Handel**				
8500.363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	21'000	34'000	13'000	Wirtschaftsförderung: VGL Vernetzung und Projekte
9100	**Steuern**				
	Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen und Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	-17'262'700	-17'556'400	-293'700	Mehrertrag aufgrund IST 2026 und Voranschlag 2027

Kontonummer	Bezeichnung	Voranschlag Vorjahr	Voranschlag 2027	Abweichung	Wesentliche Ursache der Abweichung
9300	**Finanz- und Lastenausgleich**				
9300.462	Finanz- und Lastenausgleich	-11'128'400	-11'781'900	-653'500	Erhöhung des Finanz- und Lastenausgleich
	INVESTITIONSRECHNUNG				
1500	**Feuerwehr**				
1500.506	Mobilien	0	78'000	78'000	Kauf Motorspritzen 3 - 4 Stk.
1620	**Zivilschutz**				
1620.503	übriger Tiefbau	150'000	1'200'000	1'050'000	Erneuerung Kommandoposten Typ I, Oberarth
1620.630	Bund	-150'000	-1'200'000	-1'050'000	Beitrag Bund, Erneuerung Kommandoposten Typ I, Oberarth
2120	**Primarschule**				
2120.506	Mobilien	0	75'000	75'000	Ersatz Präsentations-Screens
2170	**Schulliegenschaften**				
2170.504	Mobilien	1'385'000	2'778'000	1'393'000	1.2 Mio. Schulraumerweiterung, 0.54 Mio. TH Sonnegg Ersatz Lüftungsanlage, 0.3 Mio. Flachdachsanierung TH Sonnegg, 0.18 Mio. PV-Anlage TH Sonnegg, 0.1 Mio. SH Sonnegg, Sanierung
3420	**Freizeit**				
3420.502	Wasserbau	600'000	50'000	-550'000	Planung Seeuferaufwertung Arth
6150	**Gemeinde-/Bezirksstrassen**				
6150.501	Strassen / Verkehrswege	1'395'000	1'860'000	465'000	0.4 Mio. Lärm-/Sichtschutzwand Tramweg Arth, 0.3 Mio. Rigistrasse (2. Teilabschnitt, Belag), 0.2 Mio. Sanierung Centralstrasse
6150.503	Übriger Tiefbau	400'000	1'000'000	600'000	Planung Neubau Tiefgarage Hofmatt, Arth
6150.506	Mobilien	100'000	280'000	180'000	Ersatz Reform
7101	**Wasserwerk**				
7101.503	übriger Tiefbau	1'085'000	1'019'000	-66'000	0.5 Mio. Leitungsnetz Wasser, 0.4 Mio. Wasserreservoire/Pumpwerke
7410	**Gewässerverbauungen**				
7410.502	Wasserbau	0	60'000	60'000	Seeufermauer Klostermatt

2 Erfolgsrechnung 2027 – 2030
2.1 Gestufter Erfolgsausweis

		Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
30	Personalaufwand	18'447'449.81	19'325'200	20'657'250	20'674'300	20'661'900	20'679'900
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'729'832.39	7'901'300	9'011'800	8'554'600	8'591'900	8'660'100
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	2'482'183.43	2'333'200	2'720'600	2'760'100	2'906'000	4'262'600
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	8'364.00	0	0	0	0	0
36	Transferaufwand	12'784'479.25	14'166'200	15'647'400	15'963'100	16'262'900	16'536'800
37	Durchlaufende Beiträge	0.00	0	0	0	0	0
39	Interne Verrechnungen	141'099.35	174'000	224'600	421'000	782'500	978'100
90	Abschluss Spezialfinanzierung und Fonds im EK	62'591.26	104'900	-128'550	-23'900	-20'700	-69'700
	Total Betrieblicher Aufwand	*41'655'999.49*	*44'004'800*	*48'133'100*	*48'349'200*	*49'184'500*	*51'047'800*
40	Fiskalertrag	-17'073'396.49	-17'229'000	-17'539'000	-17'802'300	-18'069'100	-18'340'200
41	Regalien und Konzessionen	-583'647.95	-547'900	-546'400	-546'400	-546'400	-546'400
42	Entgelte	-5'866'591.09	-5'704'300	-7'385'400	-7'429'700	-7'441'900	-7'487'200
43	Verschiedene Erträge	0.00	0	-263'400	-261'000	-264'000	-263'000
45	Entnahmen aus Fonds und Spf	-86'219.85	-26'000	-26'000	-25'000	-25'000	-25'000
46	Transferertrag	-18'517'415.59	-18'508'800	-19'812'500	-19'830'500	-20'132'500	-20'150'500
47	Durchlaufende Beiträge	0.00	0	0	0	0	0
49	Interne Verrechnungen	-141'099.35	-174'000	-224'600	-421'000	-782'500	-978'100
	Total Betrieblicher Ertrag	*-42'268'370.32*	*-42'190'000*	*-45'797'300*	*-46'315'900*	*-47'261'400*	*-47'790'400*
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-612'370.83**	**1'814'800**	**2'335'800**	**2'033'300**	**1'923'100**	**3'257'400**
34	Finanzaufwand	205'081.56	304'500	383'700	579'700	941'200	1'136'800
44	Finanzertrag	-505'043.75	-441'100	-443'100	-443'100	-443'100	-443'100
	Ergebnis aus Finanzierung	**-299'962.19**	**-136'600**	**-59'400**	**136'600**	**498'100**	**693'700**
	Operatives Ergebnis	**-912'333.02**	**1'678'200**	**2'276'400**	**2'169'900**	**2'421'200**	**3'951'100**
38	Ausserordentlicher Aufwand	0.00	0	0	0	0	0
48	Ausserordentlicher Ertrag	0.00	0	0	0	0	0
	Ausserordentliches Ergebnis	**0.00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-912'333.02**	**1'678'200**	**2'276'400**	**2'169'900**	**2'421'200**	**3'951'100**
	Total Aufwand	41'861'081.05	44'309'300	48'516'800	48'928'900	50'125'700	52'184'600
	Total Ertrag	-42'773'414.07	-42'631'100	-46'240'400	-46'759'000	-47'704'500	-48'233'500

+ Aufwand, Defizit, Verschlechterung – Ertrag, Überschuss, Verbesserung

2.2 Zusammenzug Erfolgsrechnung nach Funktionen

	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
0	ALLGEMEINE VERWALTUNG	3'915'171.75	4'286'200	4'246'300	4'195'800	4'181'100	4'213'800
1	ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT	460'154.68	527'900	548'500	456'200	441'300	441'000
2	BILDUNG	10'876'768.37	11'466'200	12'081'300	12'048'600	11'783'500	12'661'600
3	KULTUR, SPORT UND FREIZEIT	1'289'727.09	1'353'700	1'371'100	1'343'800	1'351'600	1'474'900
4	GESUNDHEIT	4'895'479.90	5'645'000	6'462'600	6'709'800	6'964'200	7'152'100
5	SOZIALE SICHERHEIT	3'639'892.91	3'617'900	3'773'300	3'805'400	3'834'400	3'868'000
6	VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG	2'922'524.97	3'194'000	3'257'200	3'318'500	3'860'900	4'394'200
7	UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG	276'868.57	727'400	723'000	736'600	716'700	723'200
8	VOLKSWIRTSCHAFT	-406'311.70	-397'000	-395'900	-393'200	-397'200	-394'700
9	FINANZEN UND STEUERN	-28'782'609.56	-28'743'100	-29'791'000	-30'051'600	-30'315'300	-30'583'000
	Ertragsüberschuss (-) / Aufwandüberschuss (+)	**-912'333.02**	**1'678'200**	**2'276'400**	**2'169'900**	**2'421'200**	**3'951'100**

2.3 Erfolgsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
E	**Erfolgsrechnung**		**1'678'200**	**2'276'400**	**2'169'900**	**2'421'200**	**3'951'100**
0	**ALLGEMEINE VERWALTUNG**	**3'915'171.75**	**4'286'200**	**4'246'300**	**4'195'800**	**4'181'100**	**4'213'800**
01	**Legislative und Exekutive**	**656'994.30**	**770'800**	**702'400**	**654'100**	**656'500**	**659'000**
0110	**Legislative**	**68'949.20**	**139'900**	**146'000**	**146'100**	**146'900**	**147'700**
30	Personalaufwand	27'947.75	46'300	55'200	55'200	55'200	55'200
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	41'001.45	93'600	90'800	90'900	91'700	92'500
0120	**Exekutive**	**588'045.10**	**630'900**	**556'400**	**508'000**	**509'600**	**511'300**
30	Personalaufwand	377'965.65	402'000	397'100	397'100	397'100	397'100
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	210'079.45	228'900	159'300	110'900	112'500	114'200
02	**Allgemeine Dienste**	**3'258'177.45**	**3'515'400**	**3'543'900**	**3'541'700**	**3'524'600**	**3'554'800**
0210	**Finanz- und Steuerverwaltung**	**251'743.87**	**396'500**	**378'500**	**374'900**	**375'200**	**375'500**
30	Personalaufwand	453'685.35	476'900	475'900	475'900	475'900	475'900
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	240'521.19	108'400	93'300	90'100	90'700	91'400
42	Entgelte	-324'391.67	-60'000	-70'000	-70'400	-70'700	-71'100
44	Finanzertrag	-675.00	-800	-700	-700	-700	-700
46	Transferertrag	-117'396.00	-128'000	-120'000	-120'000	-120'000	-120'000
0220	**Allgemeine Dienste, übrige**	**1'681'558.16**	**1'769'200**	**1'834'900**	**1'834'100**	**1'860'100**	**1'883'500**
30	Personalaufwand	939'439.90	1'021'800	1'038'900	1'053'900	1'038'900	1'053'900
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	623'923.39	672'800	666'500	671'200	677'600	684'000
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	186'000.00	137'400	198'200	181'400	210'600	210'000
39	Interne Verrechnungen	8'605.00	13'200	17'600	14'300	20'200	23'200
42	Entgelte	-76'410.13	-76'000	-86'300	-86'700	-87'200	-87'600
0221	**Bauverwaltung**	**520'107.85**	**586'200**	**543'000**	**545'400**	**547'500**	**550'000**
30	Personalaufwand	496'904.70	492'200	436'600	436'600	436'600	436'600
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	280'897.90	344'000	356'400	360'100	363'400	367'200
42	Entgelte	-257'694.75	-250'000	-250'000	-251'300	-252'500	-253'800
0290	**Verwaltungsliegenschaften, n.a.g.**	**804'417.77**	**763'000**	**787'000**	**779'000**	**730'100**	**732'300**
30	Personalaufwand	484'700.90	477'100	497'100	497'100	497'100	497'100
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	230'928.82	214'200	196'400	193'300	195'500	197'300
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	89'500.00	71'100	89'500	89'400	37'400	37'500
39	Interne Verrechnungen	3'288.05	4'600	8'000	3'200	4'100	4'400
49	Interne Verrechnungen	-4'000.00	-4'000	-4'000	-4'000	-4'000	-4'000
291	**Verwaltungsliegenschaften, Grundstücke**	**349.80**	**500**	**500**	**8'300**	**11'700**	**13'500**
39	Interne Verrechnungen	349.80	500	500	8'300	11'700	13'500

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
1	**ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT**	**460'154.68**	**527'900**	**548'500**	**456'200**	**441'300**	**441'000**
11	**Öffentliche Sicherheit**	**25'489.30**	**26'300**	**26'300**	**26'600**	**26'900**	**27'100**
1110	**Polizei**	**25'489.30**	**26'300**	**26'300**	**26'600**	**26'900**	**27'100**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	29'186.30	30'000	30'000	30'300	30'600	30'900
42	Entgelte	-3'697.00	-3'700	-3'700	-3'700	-3'700	-3'800
12	**Rechtsprechung**	**8'580.55**	**7'100**	**14'000**	**13'900**	**14'100**	**14'000**
1200	**Rechtsprechung**	**8'580.55**	**7'100**	**14'000**	**13'900**	**14'100**	**14'000**
30	Personalaufwand	12'699.00	10'000	18'400	18'400	18'400	18'400
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	4'681.55	7'100	7'600	7'600	7'800	7'800
42	Entgelte	-8'800.00	-10'000	-12'000	-12'100	-12'100	-12'200
14	**Allgemeines Rechtswesen**	**320'716.38**	**342'800**	**258'200**	**255'900**	**254'700**	**253'600**
1400	**Allgemeines Rechtswesen**	**325'870.99**	**317'700**	**304'700**	**304'400**	**304'100**	**303'700**
30	Personalaufwand	441'208.85	382'800	383'800	383'800	383'800	383'800
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	5'166.20	14'900	15'900	16'000	16'200	16'300
36	Transferaufwand	106'518.40	140'000	125'000	125'700	126'300	126'900
42	Entgelte	-227'022.46	-220'000	-220'000	-221'100	-222'200	-223'300
1403	**Betreibungswesen**	**-18'955.96**	**7'300**	**-67'000**	**-68'500**	**-70'000**	**-71'500**
30	Personalaufwand	340'102.70	353'700	281'500	281'500	281'500	281'500
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	53'843.35	53'600	51'500	52'000	52'500	53'000
42	Entgelte	-412'902.01	-400'000	-400'000	-402'000	-404'000	-406'000
1405	**Zivilstandsamt**	**40'782.00**	**42'800**	**45'500**	**45'100**	**45'900**	**46'800**
36	Transferaufwand	40'782.00	42'800	45'500	45'100	45'900	46'800
1406	**Markt-/Wirtschaftwesen**	**-26'980.65**	**-25'000**	**-25'000**	**-25'100**	**-25'300**	**-25'400**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
42	Entgelte	-26'980.65	-26'000	-26'000	-26'100	-26'300	-26'400
15	**Feuerwehr**						
1500	**Feuerwehr**						
30	Personalaufwand	215'711.70	208'300	208'250	208'300	208'300	208'300
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	385'474.85	359'000	316'300	319'400	322'600	325'700
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	159'792.50	140'200	146'000	116'800	92'700	117'800
34	Finanzaufwand	3'127.85	5'700	5'800	5'800	5'800	5'800
39	Interne Verrechnungen	8'395.10	10'800	13'000	5'400	8'700	12'700
42	Entgelte	-696'724.95	-680'000	-665'000	-668'300	-671'600	-675'000
44	Finanzertrag	-6'314.85	-1'600	-1'600	-1'600	-1'600	-1'600
46	Transferertrag	-25'940.70	-24'000	-24'000	-24'000	-24'000	-24'000
49	Interne Verrechnungen	-2'080.00					
90	Abschluss Erfolgsrechnung	-41'441.50	-18'400	1'250	38'200	59'100	30'300
16	**Verteidigung**	**105'368.45**	**151'700**	**250'000**	**159'800**	**145'600**	**146'300**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
1610	**Militärische Verteidigung**	**5'997.00**	**7'600**	**7'600**	**7'600**	**7'700**	**7'700**
36	Transferaufwand	5'997.00	7'600	7'600	7'600	7'700	7'700
1620	**Zivilschutz**	**85'330.45**	**111'600**	**212'700**	**122'400**	**108'100**	**108'600**
30	Personalaufwand	53'093.70	69'700	76'000	76'000	76'000	76'000
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	15'642.70	30'100	124'700	34'900	35'400	35'800
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	15'300.00	15'000	15'300	15'000		
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	8'229.00					
36	Transferaufwand	92'114.30	26'900	26'900	27'000	27'200	27'300
39	Interne Verrechnungen	699.60	1'400	1'300			
42	Entgelte	-1'800.00	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000	-2'000
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	-86'219.85	-26'000	-26'000	-25'000	-25'000	-25'000
46	Transferertrag	-3'500.00	-3'500	-3'500	-3'500	-3'500	-3'500
49	Interne Verrechnungen	-8'229.00					
1621	**Kosten für sanitätsdienstliches Ersteinsatzelement (SEE)**	**14'041.00**	**32'500**	**29'700**	**29'800**	**29'800**	**30'000**
30	Personalaufwand	12'233.75	20'400	19'200	19'200	19'200	19'200
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'807.25	12'100	10'500	10'600	10'600	10'800
2	**BILDUNG**	**10'876'768.37**	**11'466'200**	**12'081'300**	**12'048'600**	**11'783'500**	**12'661'600**
21	**Obligatorische Schule**	**9'436'929.97**	**9'885'200**	**10'318'800**	**10'277'300**	**10'003'300**	**10'872'600**
2110	**Kindergarten**	**693'920.25**	**992'500**	**790'000**	**790'500**	**691'100**	**691'700**
30	Personalaufwand	1'976'736.90	2'157'000	2'118'400	2'118'400	2'118'400	2'118'400
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	54'983.35	55'600	54'100	54'600	55'200	55'800
46	Transferertrag	-1'337'800.00	-1'220'100	-1'382'500	-1'382'500	-1'482'500	-1'482'500
2120	**Primarstufe**	**5'315'040.57**	**5'517'100**	**6'027'200**	**6'011'700**	**5'811'300**	**5'819'300**
30	Personalaufwand	7'908'767.20	8'340'200	8'961'900	8'961'900	8'961'900	8'961'900
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	583'984.04	604'200	682'900	689'700	696'700	703'400
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	163'485.98	105'800	135'800	124'200	136'300	138'200
36	Transferaufwand	46'140.00	34'100	50'500	50'800	51'000	51'300
39	Interne Verrechnungen	7'835.40	12'100	12'100	1'900	3'000	2'900
42	Entgelte	-132'272.05	-94'000	-157'900	-158'700	-159'500	-160'300
46	Transferertrag	-3'262'900.00	-3'485'300	-3'658'100	-3'658'100	-3'878'100	-3'878'100
2140	**Musikschulen**	**536'648.60**	**438'100**	**511'900**	**510'700**	**509'600**	**508'600**
30	Personalaufwand	782'915.95	885'800	1'009'000	1'009'000	1'009'000	1'009'000
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	29'118.65	20'300	24'400	24'500	24'800	25'100
36	Transferaufwand		6'000	7'000	7'100	7'100	7'200
39	Interne Verrechnungen	4'000.00	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
42	Entgelte	-259'922.60	-260'000	-280'000	-281'400	-282'800	-284'200
46	Transferertrag	-19'463.40	-218'000	-252'500	-252'500	-252'500	-252'500
2170	**Schulliegenschaften**	**1'963'976.95**	**1'979'400**	**2'044'400**	**2'017'700**	**2'043'100**	**2'903'500**
30	Personalaufwand	720'398.80	665'800	716'900	716'900	716'900	716'900

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	784'260.15	804'500	775'000	661'700	669'500	677'400
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	550'300.00	592'200	625'400	686'300	562'000	1'329'300
39	Interne Verrechnungen	25'325.15	38'000	51'100	77'000	219'100	304'400
42	Entgelte	-30'992.75	-33'100	-35'000	-35'200	-35'400	-35'500
44	Finanzertrag	-85'314.40	-88'000	-89'000	-89'000	-89'000	-89'000
2180	**Tagesbetreuung**	**12'582.65**	**38'800**	**4'900**	**2'700**	**600**	**-1'700**
30	Personalaufwand	532'174.70	595'500	611'300	611'300	611'300	611'300
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	91'857.75	158'300	173'600	175'300	177'100	178'800
42	Entgelte	-611'449.80	-715'000	-780'000	-783'900	-787'800	-791'800
2190	**Schulleitung**	**685'333.45**	**652'400**	**669'100**	**669'800**	**670'400**	**671'100**
30	Personalaufwand	635'485.15	582'400	604'600	604'600	604'600	604'600
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	49'848.30	70'000	64'500	65'200	65'800	66'500
2191	**Obligatorische Schule, n.a.g.**	**229'427.50**	**266'900**	**271'300**	**274'200**	**277'200**	**280'100**
30	Personalaufwand	1'673.45					
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	253'364.65	289'900	291'300	294'200	297'200	300'100
46	Transferertrag	-25'610.60	-23'000	-20'000	-20'000	-20'000	-20'000
22	**Sonderschulen**	**1'431'838.40**	**1'573'000**	**1'754'500**	**1'763'300**	**1'772'100**	**1'780'900**
2200	**Sonderschulen**	**1'431'838.40**	**1'573'000**	**1'754'500**	**1'763'300**	**1'772'100**	**1'780'900**
36	Transferaufwand	1'431'838.40	1'573'000	1'754'500	1'763'300	1'772'100	1'780'900
29	**Übriges Bildungswesen**	**8'000.00**	**8'000**	**8'000**	**8'000**	**8'100**	**8'100**
2990	**Bildung, n.a.g.**	**8'000.00**	**8'000**	**8'000**	**8'000**	**8'100**	**8'100**
36	Transferaufwand	8'000.00	8'000	8'000	8'000	8'100	8'100
3	**KULTUR, SPORT UND FREIZEIT**	**1'289'727.09**	**1'353'700**	**1'371'100**	**1'343'800**	**1'351'600**	**1'474'900**
32	**Kultur, übrige**	**139'204.60**	**188'700**	**182'400**	**183'300**	**184'200**	**185'100**
3290	**Kultur, n.a.g.**	**139'204.60**	**188'700**	**182'400**	**183'300**	**184'200**	**185'100**
36	Transferaufwand	139'204.60	188'700	182'400	183'300	184'200	185'100
34	**Sport und Freizeit**	**1'150'522.49**	**1'165'000**	**1'188'700**	**1'160'500**	**1'167'400**	**1'289'800**
3410	**Sport**	**762'260.00**	**820'300**	**817'700**	**789'100**	**776'500**	**793'100**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	412'413.35	403'000	416'700	374'900	379'100	383'300
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	311'300.00	311'800	311'300	311'100	291'900	291'800
36	Transferaufwand	32'385.10	109'800	71'000	94'500	71'700	95'200
39	Interne Verrechnungen	14'411.55	20'100	27'700	32'000	42'800	46'200
42	Entgelte		-14'400		-14'400		-14'400
44	Finanzertrag	-8'250.00	-10'000	-9'000	-9'000	-9'000	-9'000

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
3420	**Freizeit**	**282'689.89**	**235'400**	**251'900**	**253'400**	**290'400**	**395'800**
30	Personalaufwand	111'085.26	111'100	110'900	110'900	110'900	110'900
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	246'627.66	253'700	271'300	260'900	263'700	266'500
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	70'000.00					
39	Interne Verrechnungen	4'057.60	4'500	4'500	17'100	51'800	155'100
42	Entgelte	-130'715.98	-123'900	-124'800	-125'500	-126'000	-126'700
46	Transferertrag	-10'309.00	-10'000	-10'000	-10'000	-10'000	-10'000
49	Interne Verrechnungen	-415.00					
90	Abschluss Erfolgsrechnung	-7'640.65					
3422	**Seebad**	**105'572.60**	**109'300**	**119'100**	**118'000**	**100'500**	**100'900**
30	Personalaufwand	76'163.30	74'900	75'700	75'700	75'700	75'700
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	51'926.15	55'100	65'500	66'300	66'700	67'400
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	17'800.00	17'700	17'800	17'700		
39	Interne Verrechnungen	839.50	1'100	1'600			
42	Entgelte	-41'156.35	-39'500	-41'500	-41'700	-41'900	-42'200
4	**GESUNDHEIT**	**4'895'479.90**	**5'645'000**	**6'462'600**	**6'709'800**	**6'964'200**	**7'152'100**
41	**Spitäler, Kranken- und Pflegeheime**	**3'404'674.20**	**3'817'200**	**4'548'500**	**4'785'900**	**5'030'800**	**5'208'800**
4120	**Kranken-, Alters- und Pfegeheime**	**3'404'674.20**	**3'817'200**	**4'548'500**	**4'785'900**	**5'030'800**	**5'208'800**
36	Transferaufwand	3'404'674.20	3'817'200	4'548'500	4'785'900	5'030'800	5'208'800
42	**Ambulante Krankenpflege**	**1'458'357.85**	**1'796'800**	**1'865'600**	**1'875'000**	**1'884'300**	**1'893'800**
4210	**Ambulante Krankenpflege**	**1'448'545.15**	**1'785'800**	**1'854'600**	**1'863'900**	**1'873'200**	**1'882'600**
36	Transferaufwand	1'448'545.15	1'785'800	1'854'600	1'863'900	1'873'200	1'882'600
4220	**Rettungsdienste**	**9'812.70**	**11'000**	**11'000**	**11'100**	**11'100**	**11'200**
36	Transferaufwand	9'812.70	11'000	11'000	11'100	11'100	11'200
43	**Gesundheitsprävention**	**32'447.85**	**31'000**	**48'500**	**48'900**	**49'100**	**49'500**
4330	**Schulgesundheitsdienst**	**32'447.85**	**31'000**	**48'500**	**48'900**	**49'100**	**49'500**
30	Personalaufwand	14.25		16'200	16'200	16'200	16'200
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	32'433.60	31'000	32'300	32'700	32'900	33'300
5	**SOZIALE SICHERHEIT**	**3'639'892.91**	**3'617'900**	**3'773'300**	**3'805'400**	**3'834'400**	**3'868'000**
51	**Krankheit und Unfall**	**187'688.50**	**197'800**	**231'300**	**239'600**	**248'000**	**256'500**
5120	**Prämienverbilligungen**	**187'688.50**	**197'800**	**231'300**	**239'600**	**248'000**	**256'500**
36	Transferaufwand	187'688.50	197'800	231'300	239'600	248'000	256'500
53	**Alter + Hinterlassene**	**279.65**	**4'000**	**11'000**	**11'200**	**11'300**	**11'500**
5310	**Alters- + Hinterlassenenversicherung AHV**	**-6'190.00**	**-6'200**	**-6'200**	**-6'200**	**-6'200**	**-6'200**
46	Transferertrag	-6'190.00	-6'200	-6'200	-6'200	-6'200	-6'200

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
5350	**Leistungen an das Alter**	**6'469.65**	**10'200**	**17'200**	**17'400**	**17'500**	**17'700**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'334.65	10'000	17'000	17'200	17'300	17'500
36	Transferaufwand	135.00	200	200	200	200	200
54	**Familie und Jugend**	**1'120'332.32**	**1'158'500**	**1'235'400**	**1'242'500**	**1'246'700**	**1'254'900**
5430	**Alimentenbevorschussung und -inkasso**	**204'805.85**	**213'400**	**237'500**	**238'800**	**240'000**	**241'400**
36	Transferaufwand	255'145.35	229'000	256'000	257'300	258'500	259'900
46	Transferertrag	-50'339.50	-15'600	-18'500	-18'500	-18'500	-18'500
5440	**Jugendschutz**	**608'470.60**	**942'100**	**632'900**	**636'300**	**639'900**	**643'100**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	51'788.95	53'100	53'100	53'600	54'200	54'700
36	Transferaufwand	556'681.65	889'000	579'800	582'700	585'700	588'400
5451	**Kinderkrippen und Kinderhorte**	**307'055.87**	**3'000**	**365'000**	**367'400**	**366'800**	**370'400**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	7'986.40	3'000	10'000	8'900	4'800	4'800
36	Transferaufwand	597'438.95		705'000	708'500	712'000	715'600
46	Transferertrag	-298'369.48		-350'000	-350'000	-350'000	-350'000
57	**Sozialhilfe und Asylwesen**	**2'331'592.44**	**2'257'600**	**2'295'600**	**2'312'100**	**2'328'400**	**2'345'100**
5720	**Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe**	**513'163.92**	**570'000**	**630'000**	**638'400**	**646'700**	**655'100**
36	Transferaufwand	1'438'649.43	1'600'000	1'670'000	1'678'400	1'686'700	1'695'100
46	Transferertrag	-925'485.51	-1'030'000	-1'040'000	-1'040'000	-1'040'000	-1'040'000
5730	**Asylwesen**	**957'483.57**	**718'300**	**716'100**	**723'600**	**730'900**	**738'500**
30	Personalaufwand	214'104.15	220'200	268'800	268'800	268'800	268'800
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	739'121.93	503'100	407'300	411'300	415'300	419'400
36	Transferaufwand	781'078.89	755'000	680'000	683'500	686'800	690'300
46	Transferertrag	-776'821.40	-760'000	-640'000	-640'000	-640'000	-640'000
5790	**Fürsorge, n.a.g.**	**860'944.95**	**969'300**	**949'500**	**950'100**	**950'800**	**951'500**
30	Personalaufwand	749'862.85	872'000	853'300	853'300	853'300	853'300
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	61'596.05	39'000	40'500	40'800	41'300	41'700
36	Transferaufwand	49'486.05	58'300	55'700	56'000	56'200	56'500
6	**VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG**	**2'922'524.97**	**3'194'000**	**3'257'200**	**3'318'500**	**3'860'900**	**4'394'200**
61	**Strassenverkehr**	**1'859'597.57**	**2'030'000**	**2'111'100**	**2'133'300**	**2'654'700**	**3'172'800**
6150	**Gemeinde-/Bezirksstrassen**	**2'302'550.88**	**2'381'600**	**2'454'700**	**2'516'000**	**3'036'400**	**3'553'700**
30	Personalaufwand	682'490.50	665'100	762'200	762'200	762'200	762'200
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	760'779.50	803'600	730'200	663'300	670'800	678'100
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	871'504.58	858'500	888'300	838'900	1'194'200	1'709'900
39	Interne Verrechnungen	41'275.85	58'400	78'000	255'600	413'200	407'600
42	Entgelte	-53'499.55	-4'000	-4'000	-4'000	-4'000	-4'100

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
6151	**Parkplätze**	**-461'061.21**	**-401'600**	**-435'700**	**-434'800**	**-433'800**	**-433'000**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	84'620.09	98'400	94'300	95'200	96'200	97'000
42	Entgelte	-545'681.30	-500'000	-530'000	-530'000	-530'000	-530'000
49	Interne Verrechnungen	-5'872.00					
90	Abschluss Erfolgsrechnung	5'872.00					
6180	**Privatstrassen**	**18'107.90**	**50'000**	**92'100**	**52'100**	**52'100**	**52'100**
36	Transferaufwand	18'107.90	50'000	92'100	52'100	52'100	52'100
62	**Öffentlicher Verkehr**	**1'029'769.50**	**1'127'200**	**1'114'900**	**1'153'700**	**1'174'600**	**1'189'500**
6220	**Regionalverkehr**	**1'029'769.50**	**1'127'200**	**1'114'900**	**1'153'700**	**1'174'600**	**1'189'500**
36	Transferaufwand	1'029'769.50	1'127'200	1'114'900	1'153'700	1'174'600	1'189'500
63	**Verkehr, übrige**	**33'157.90**	**36'800**	**31'200**	**31'500**	**31'600**	**31'900**
6310	**Schifffahrt**	**33'157.90**	**36'800**	**31'200**	**31'500**	**31'600**	**31'900**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	550.90	1'500	1'000	1'000	1'000	1'000
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	200.00	300	200	300	200	300
36	Transferaufwand	32'407.00	35'000	30'000	30'200	30'300	30'500
39	Interne Verrechnungen					100	100
7	**UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG**	**276'868.57**	**727'400**	**723'000**	**736'600**	**716'700**	**723'200**
71	**Wasserversorgung**						
7101	**Wasserwerk**						
30	Personalaufwand			465'300	467'100	469'900	472'700
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'037'200	903'600	887'600	855'600
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen			233'800	313'800	317'800	364'800
34	Finanzaufwand			75'000	75'000	75'000	75'000
42	Entgelte			-1'498'000	-1'501'000	-1'501'000	-1'504'500
43	Verschiedene Erträge			-263'400	-261'000	-264'000	-263'000
90	Abschluss Erfolgsrechnung			-49'900	2'500	14'700	-600
72	**Abwasserbeseitigung**						
7200	**Abwasserbeseitigung**						
30	Personalaufwand	82'843.15	80'000	80'800	80'800	80'800	80'800
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	264'319.23	201'400	392'400	396'300	400'200	404'300
36	Transferaufwand	987'899.18	997'800	1'054'500	1'059'700	1'065'100	1'070'400
42	Entgelte	-1'396'999.30	-1'400'000	-1'400'000	-1'407'000	-1'414'000	-1'421'100
49	Interne Verrechnungen	-498.00					
90	Abschluss Erfolgsrechnung	62'435.74	120'800	-127'700	-129'800	-132'100	-134'400
73	**Abfallwirtschaft**						
7300	**Abfallwirtschaft**						

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
30	Personalaufwand	43'844.60	41'000	40'900	40'900	40'900	40'900
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	495'678.27	505'400	499'800	504'700	509'800	514'800
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	18'400.00	42'400	18'400		24'000	24'000
39	Interne Verrechnungen	2'448.55	2'700	1'600		900	800
42	Entgelte	-572'797.09	-464'000	-465'500	-467'800	-470'200	-472'500
46	Transferertrag	-30'000.00	-130'000	-143'000	-143'000	-143'000	-143'000
49	Interne Verrechnungen	-940.00					
90	Abschluss Erfolgsrechnung	43'365.67	2'500	47'800	65'200	37'600	35'000
74	**Verbauungen**	**1'248.55**	**1'000**	**1'500**	**25'000**	**25'000**	**25'000**
7410	**Gewässerverbauungen**	**1'248.55**	**1'000**	**1'500**	**25'000**	**25'000**	**25'000**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'248.55	1'000	1'500	1'500	1'500	1'500
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen				23'500	23'500	23'500
77	**Übriger Umweltschutz**	**109'745.57**	**323'400**	**308'500**	**294'400**	**270'500**	**272'700**
7710	**Friedhof und Bestattung**	**89'436.07**	**89'900**	**91'900**	**91'900**	**66'400**	**67'200**
30	Personalaufwand	41'820.10	41'500	41'700	41'700	41'700	41'700
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	58'156.40	40'000	46'000	46'500	46'800	47'400
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	28'600.37	40'800	40'600	41'700	15'400	15'500
39	Interne Verrechnungen	1'399.20	2'600	3'600	2'200	2'900	3'200
42	Entgelte	-40'540.00	-35'000	-40'000	-40'200	-40'400	-40'600
7790	**Umweltschutz, n.a.g.**	**20'309.50**	**233'500**	**216'600**	**202'500**	**204'100**	**205'500**
30	Personalaufwand	31'375.55	31'300	31'400	31'400	31'400	31'400
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'074.65	120'000	103'000	88'500	89'600	90'600
36	Transferaufwand		375'900	375'900	377'800	379'700	381'600
42	Entgelte	-14'140.70	-293'700	-293'700	-295'200	-296'600	-298'100
79	**Raumordnung**	**165'874.45**	**403'000**	**413'000**	**417'200**	**421'200**	**425'500**
7900	**Raumordnung**	**165'874.45**	**403'000**	**413'000**	**417'200**	**421'200**	**425'500**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	165'874.45	403'000	413'000	417'200	421'200	425'500
7901	**Mehrwertabgabe (Spezialfinanzierung)**						
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	135.00					
49	Interne Verrechnungen	-135.00					
8	**VOLKSWIRTSCHAFT**	**-406'311.70**	**-397'000**	**-395'900**	**-393'200**	**-397'200**	**-394'700**
81	**Landwirtschaft**		**3'300**		**3'300**		**3'300**
8130	**Produktionsverbesserungen Vieh**		**3'300**		**3'300**		**3'300**
30	Personalaufwand		200		200		200
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		21'100		21'100		21'100
46	Transferertrag		-18'000		-18'000		-18'000
84	**Tourismus**	**-597.75**	**4'100**	**-4'500**	**-5'300**	**-6'100**	**-7'100**
8400	**Tourismus**	**-597.75**	**4'100**	**-4'500**	**-5'300**	**-6'100**	**-7'100**
36	Transferaufwand	78'960.25	79'100	75'500	75'900	76'300	76'600
40	Fiskalertrag	-79'558.00	-75'000	-80'000	-81'200	-82'400	-83'700

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
85	**Industrie, Gewerbe, Handel**	**56'419.75**	**21'000**	**34'000**	**34'200**	**34'300**	**34'500**
8500	**Industrie, Gewerbe, Handel**	**56'419.75**	**21'000**	**34'000**	**34'200**	**34'300**	**34'500**
36	Transferaufwand	56'419.75	21'000	34'000	34'200	34'300	34'500
87	**Brennstoffe und Energie**	**-462'133.70**	**-425'400**	**-425'400**	**-425'400**	**-425'400**	**-425'400**
8710	**Elektrizität**	**-462'133.70**	**-425'400**	**-425'400**	**-425'400**	**-425'400**	**-425'400**
41	Regalien und Konzessionen	-462'133.70	-425'400	-425'400	-425'400	-425'400	-425'400
9	**FINANZEN UND STEUERN**	**-27'870'276.54**	**-28'743'100**	**-29'791'000**	**-30'051'600**	**-30'315'300**	**-30'583'000**
91	**Steuern**	**-16'938'256.51**	**-17'262'700**	**-17'556'400**	**-17'817'000**	**-18'081'100**	**-18'349'400**
9100	**Steuern**	**-16'938'256.51**	**-17'262'700**	**-17'556'400**	**-17'817'000**	**-18'081'100**	**-18'349'400**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	282'290.72	150'000	150'000	151'500	153'000	154'500
34	Finanzaufwand	33'991.26	50'000	35'000	35'000	35'000	35'000
40	Fiskalertrag	-16'993'838.49	-17'154'000	-17'459'000	-17'721'100	-17'986'700	-18'256'500
46	Transferertrag	-260'700.00	-308'700	-282'400	-282'400	-282'400	-282'400
93	**Finanz- und Lastenausgleich**	**-11'417'990.00**	**-11'128'400**	**-11'781'900**	**-11'781'900**	**-11'781'900**	**-11'781'900**
9300	**Finanz- und Lastenausgleich**	**-11'417'990.00**	**-11'128'400**	**-11'781'900**	**-11'781'900**	**-11'781'900**	**-11'781'900**
36	Transferaufwand	-51'400.00					
46	Transferertrag	-11'366'590.00	-11'128'400	-11'781'900	-11'781'900	-11'781'900	-11'781'900
95	**Ertragsanteile, übrige**	**-121'514.25**	**-122'500**	**-200'900**	**-200'900**	**-200'900**	**-200'900**
9500	**Ertragsanteile, übrige, ohne Zweckbindung**	**-121'514.25**	**-122'500**	**-200'900**	**-200'900**	**-200'900**	**-200'900**
41	Regalien und Konzessionen	-121'514.25	-122'500	-121'000	-121'000	-121'000	-121'000
46	Transferertrag			-79'900	-79'900	-79'900	-79'900
96	**Vermögens- und Schuldenverwaltung**	**-304'848.80**	**-229'500**	**-251'800**	**-251'800**	**-251'400**	**-250'800**
9610	**Zinsen**	**-56'535.90**	**-9'100**	**-11'600**	**-12'000**	**-12'000**	**-12'000**
34	Finanzaufwand	142'557.35	196'000	245'000	441'000	802'500	998'100
39	Interne Verrechnungen	18'169.00					
44	Finanzertrag	-98'331.90	-35'100	-36'000	-36'000	-36'000	-36'000
49	Interne Verrechnungen	-118'930.35	-170'000	-220'600	-417'000	-778'500	-974'100
9630	**Liegenschaften des Finanzvermögens**	**-241'552.90**	**-214'800**	**-233'400**	**-233'000**	**-232'600**	**-232'000**
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	32'439.60	32'400	43'700	44'100	44'500	45'100
34	Finanzaufwand	25'405.10	52'800	22'900	22'900	22'900	22'900
44	Finanzertrag	-299'397.60	-300'000	-300'000	-300'000	-300'000	-300'000
9690	**Finanzvermögen, n.a.g.**	**-6'760.00**	**-5'600**	**-6'800**	**-6'800**	**-6'800**	**-6'800**
44	Finanzertrag	-6'760.00	-5'600	-6'800	-6'800	-6'800	-6'800
99	**Nicht aufgeteilte Posten**	**912'333.02**					
9999	**Abschluss**	**912'333.02**					
90	Abschluss Erfolgsrechnung	912'333.02					

3 Investitionsrechnung 2027 – 2030
3.1 Zusammenzug Investitionsrechnung nach Funktionen

	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
0	ALLGEMEINE VERWALTUNG	1'223'081.88	600'000	250'000	200'000	200'000	200'000
1	ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT	322'590.80	140'000	88'000	110'000	200'000	375'000
2	BILDUNG	1'352'207.15	1'483'000	2'949'000	3'588'000	12'685'000	6'304'000
3	KULTUR, SPORT UND FREIZEIT	490'631.40	600'000	50'000	1'000'000	3'000'000	9'000'000
4	GESUNDHEIT						
5	SOZIALE SICHERHEIT						
6	VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG	848'460.90	1'895'000	3'330'000	25'360'000	6'703'700	-4'786'000
7	UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG	-955.75	420'000	1'294'000	5'165'000	365'000	3'620'000
8	VOLKSWIRTSCHAFT						
9	FINANZEN UND STEUERN						
	Nettoinvestitionen	**4'236'016.38**	**5'138'000**	**7'961'000**	**35'423'000**	**23'153'700**	**14'713'000**

3.2 Investitionsrechnung

	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
	Investitionsrechnung		**5'138'000**	**7'961'000**	**35'423'000**	**23'153'700**	**14'713'000**
0	**ALLGEMEINE VERWALTUNG**	**1'223'081.88**	**600'000**	**250'000**	**200'000**	**200'000**	**200'000**
02	**Allgemeine Dienste**	**1'223'081.88**	**600'000**	**250'000**	**200'000**	**200'000**	**200'000**
0220	**Allgemeine Dienste, übrige**	**203'210.38**	**250'000**	**250'000**	**200'000**	**200'000**	**200'000**
50	Sachanlagen	203'210.38	250'000	250'000	200'000	200'000	200'000
0290	**Verwaltungsliegenschaften, n.a.g.**	**92'062.00**					
50	Sachanlagen	92'062.00					
291	**Verwaltungsliegenschaften, Grundstücke**	**927'809.50**	**350'000**				
50	Sachanlagen	927'809.50	350'000				
1	**ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT**	**322'590.80**	**140'000**	**88'000**	**110'000**	**200'000**	**375'000**
15	**Feuerwehr**	**322'590.80**	**140'000**	**88'000**	**110'000**	**200'000**	**375'000**
1500	**Feuerwehr**	**322'590.80**	**140'000**	**88'000**	**110'000**	**200'000**	**375'000**
50	Sachanlagen	322'590.80	160'000	88'000	110'000	200'000	375'000
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-20'000				
16	**Verteidigung**						
1620	**Zivilschutz**						
50	Sachanlagen		150'000	1'200'000			
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-150'000	-1'200'000			
2	**BILDUNG**	**1'352'207.15**	**1'483'000**	**2'949'000**	**3'588'000**	**12'685'000**	**6'304'000**
21	**Obligatorische Schule**	**1'352'207.15**	**1'483'000**	**2'949'000**	**3'588'000**	**12'685'000**	**6'304'000**
2120	**Primarstufe**	**74'922.00**	**98'000**	**171'000**	**163'000**	**175'000**	**84'000**
50	Sachanlagen	74'922.00	98'000	171'000	163'000	175'000	84'000

	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
2170	**Schulliegenschaften**	**1'277'285.15**	**1'385'000**	**2'778'000**	**3'425'000**	**12'510'000**	**6'220'000**
50	Sachanlagen	1'277'285.15	1'430'000	2'875'000	3'425'000	12'510'000	6'220'000
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung		-45'000	-97'000			
3	**KULTUR, SPORT UND FREIZEIT**	**490'631.40**	**600'000**	**50'000**	**1'000'000**	**3'000'000**	**9'000'000**
34	**Sport und Freizeit**	**490'631.40**	**600'000**	**50'000**	**1'000'000**	**3'000'000**	**9'000'000**
3410	**Sport**	**72'221.20**					
50	Sachanlagen	72'221.20					
3420	**Freizeit**	**418'410.20**	**600'000**	**50'000**	**1'000'000**	**3'000'000**	**9'000'000**
50	Sachanlagen	418'410.20	600'000	50'000	1'000'000	3'000'000	9'000'000
6	**VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG**	**848'460.90**	**1'895'000**	**3'330'000**	**25'360'000**	**6'703'700**	**-4'786'000**
61	**Strassenverkehr**	**848'460.90**	**1'895'000**	**3'330'000**	**25'360'000**	**6'703'700**	**-4'786'000**
6150	**Gemeinde-/Bezirksstrassen**	**848'460.90**	**1'895'000**	**3'330'000**	**25'360'000**	**6'703'700**	**-4'786'000**
50	Sachanlagen	1'023'460.90	1'895'000	3'330'000	25'360'000	13'500'000	1'814'000
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-175'000.00				-6'796'300	-6'600'000
7	**UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG**	**-955.75**	**420'000**	**1'294'000**	**5'165'000**	**365'000**	**3'620'000**
71	**Wasserversorgung**			**934'000**	**4'285'000**	**245'000**	**3'620'000**
7101	**Wasserwerk**			**934'000**	**4'285'000**	**245'000**	**3'620'000**
50	Sachanlagen			1'084'000	4'435'000	395'000	3'770'000
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung			-150'000	-150'000	-150'000	-150'000
72	**Abwasserbeseitigung**						
7200	**Abwasserbeseitigung**						
50	Sachanlagen	467'040.54	1'435'000	1'390'000	1'100'000	2'690'000	2'980'000
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-467'040.54	-1'435'000	-1'390'000	-1'100'000	-2'690'000	-2'980'000
73	**Abfallwirtschaft**		**120'000**			**120'000**	

	Bezeichnung	Rechnung 2025	Voranschlag 2026	Voranschlag 2027	Finanzplan 2028	Finanzplan 2029	Finanzplan 2030
7300	**Abfallwirtschaft**		**120'000**			**120'000**	
50	Sachanlagen		120'000			120'000	
74	**Verbauungen**			**60'000**	**880'000**		
7410	**Gewässerverbauungen**			**60'000**	**880'000**		
50	Sachanlagen			60'000	880'000		
77	**Übriger Umweltschutz**	**-955.75**	**300'000**	**300'000**			
7710	**Friedhof und Bestattung**	**-955.75**	**300'000**	**300'000**			
50	Sachanlagen	-955.75	300'000	300'000			
9	**FINANZEN UND STEUERN**	**-4'236'016.38**					
99	**Nicht aufgeteilte Posten**	**-4'236'016.38**					
9999	**Abschluss**	**-4'236'016.38**					
69	Übertrag an Bilanz	-4'236'016.38					

4 Kennzahlen 2027 – 2030

	R 2025	VA 2026	VA 2027	FP 2028	FP 2029	FP 2030		Richtwerte	
Ertragsüberschuss (-) / Aufwandüberschuss (+)	-912'333.02	1'678'200.00	2'276'400.00	2'169'900.00	2'421'200.00	3'951'100.00			
Eigenkapital (+) / Bilanzfehlbetrag (-)	**28'414'495.08**	**26'736'295.08**	**24'459'895.08**	**22'289'995.08**	**19'868'795.08**	**15'917'695.08**			
Finanzierungsüberschuss (-) / -fehlbetrag (+)	856'764.52	4'404'100.00	7'671'350.00	34'881'700.00	22'714'600.00	14'496'200.00			
Nettoschuld (+) / Nettovermögen (-)	**-228'103.92**	**4'175'996.08**	**11'847'346.08**	**46'729'046.08**	**69'443'646.08**	**83'939'846.08**			
Einwohnerzahl	*12'800.00*	*12'800.00*	*12'800.00*	*12'800.00*	*12'800.00*	*12'800.00*			
Nettoschuld I pro Einwohner	**-17.82**	**326.25**	**925.57**	**3'650.71**	**5'425.28**	**6'557.80**	**CHF**		
Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.								< 0 CHF 0 - 1000 CHF 1001 - 2500 CHF 2501 - 5000 CHF > 5000 CHF	keine geringe mittlere hohe sehr hohe Verschuldung
Nettoverschuldungsquotient	**-1.34**	**24.24**	**67.55**	**262.49**	**384.32**	**457.68**	**%**		
Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wieviel Jahrestranchen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen.								< 100 % 100 - 150 % > 150 %	gut genügend schlecht
Selbstfinanzierungsgrad	**79.77**	**14.28**	**3.64**	**1.53**	**1.90**	**1.47**	**%**		
Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil der Nettoinvestitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden kann.								> 100 % 80 - 100 % 50 - 80 % < 50 %	ideal gut problematisch ungenügend
Selbstfinanzierungsanteil	**7.93**	**1.73**	**0.63**	**1.17**	**0.94**	**0.46**	**%**		
Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil des Ertrages zur Finanzierung der Investitionen aufgewendet werden kann.								> 20 % 10 - 20 % <10 %	gut mittel schlecht
Zinsbelastungsanteil	**0.03**	**0.31**	**0.56**	**0.98**	**1.74**	**2.14**	**%**		
Die Kennzahl sagt aus, welcher Anteil des „verfügbaren Einkommens“ durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.								0 - 4 % 4 - 9 % > 9 %	gut genügend schlecht
Kapitaldienstanteil	**5.86**	**5.81**	**6.47**	**6.94**	**7.93**	**11.16**	**%**		
Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.								< 5 % 5 - 15 % >15 %	geringe Bel. tragbare Bel. hohe Bel.
Investitionsanteil	**11.07**	**14.00**	**19.11**	**44.48**	**41.38**	**34.21**	**%**		
Diese Kennzahl zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben.								< 10 % 10 - 20 %	schwach mittel

5 Feuerwehrersatzabgabe

Die Gemeinden erheben von den Feuerwehrpflichtigen, die in der Wohnsitzgemeinde keinen Feuerwehrdienst leisten, eine Ersatzabgabe (§ 38 der Verordnung über den Feuerschutz). Der Ertrag der Ersatzabgabe und der Entschädigung aus den Einsätzen der Feuerwehr ist zweckgebunden zu verwenden. Der Ertrag hat unter Berücksichtigung der Kantonsbeiträge und unter Vorbehalt besonderer Haushaltsvorschriften für die Gemeinden den Gesamtaufwand zu decken. Der Gemeinderat legt die Sätze der Ersatzabgabe im Rahmen dieser Vorgaben fest.

Rechtsgrundlage:
Feuerschutzgesetz (FSG) vom 12.12.2012
Feuerwehrreglement der Gemeinde Arth vom 01.01.2014

Im Quellensteuertarif ist keine Ersatzabgabe enthalten.

Ersatzabgabepflicht:
Alle Personen mit Wohnsitz in der Gemeinde Arth.

Altersbeschränkung:
Ab 01.01. nach vollendetem 20. Altersjahr bis 31.12. des vollendeten 52. Altersjahres.

Grundtarif:
CHF 50.00 plus Zuschlag für steuerbares Einkommen

Höchstgrenze:
CHF 220.00

Zuschlag für steuerbares Einkommen:

von Franken	bis Franken	Zuschlag von Franken	Total
0.00	10'000.00	0.00	**50.00**
10'001.00	15'000.00	25.00	**75.00**
15'001.00	20'000.00	40.00	**90.00**
20'001.00	25'000.00	55.00	**105.00**
25'001.00	30'000.00	65.00	**115.00**
30'001.00	35'000.00	90.00	**140.00**
35'001.00	40'000.00	110.00	**160.00**
40'001.00	45'000.00	130.00	**180.00**
45'001.00	50'000.00	150.00	**200.00**
50'001.00	und mehr	170.00	**220.00**

https://www.arth.ch/reglemente/16460

Budget 2027 des Elektrizitätswerkes Arth

A. Bericht

Zusammenfassung Ergebnis Budget 2027

Für das Jahr 2027 erwartet das Elektrizitätswerk Arth gemäss Finanzbuchhaltung einen Ertragsüberschuss von CHF 1'748'200.00. Durch die leicht sinkenden Kosten für die Energiebeschaffung sinken Aufwand und Ertrag. Der budgetierte Gewinn entspricht den eingepreisten Deckungsdifferenzen sowie den Differenzen aus den finanzbuchhalterischen Abschreibungen und Zinsen zu den kalkulatorischen Werten.

Die Betriebsbuchhaltung zeigt die Planung in den einzelnen Sparten des Elektrizitätswerks. Das Netzgeschäft weist aufgrund der Investitionen und der damit verbundenen Abschreibungen einen Ertrag von CHF 64'000.00 aus. Das Energiegeschäft erwartet einen positiven Erfolg von CHF 1'001'300.00. Dieses Ergebnis stammt aus den eingepreisten Deckungsdifferenzen (Verluste aus den Vorjahren), welche gemäss Weisung der ElCom über drei Jahre abgebaut werden müssen.

Für das kommende Jahr wird bei der Installation/Laden durch die eingerechneten Raum- und Verwaltungskosten ein Aufwandüberschuss von CHF 174'200.00 erwartet. Bei den Immobilien wird mit CHF 24'600.00 ein negatives Ergebnis erwartet. Der Bereich Dritte enthält die Tätigkeiten in den Netzdienstleistungen sowie in den Verrechnungsdienstleistungen für die Zusammenschlüsse zum Endverbrauch (ZEV), die lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) sowie im Kommunikationsnetz. Hier wird ein Gewinn von CHF 54'600.00 erwartet.

Die Differenz zwischen den Ergebnissen der Finanzbuchhaltung und der Betriebsbuchhaltung entsteht durch die kalkulatorischen Zinsen und unterschiedlichen Abschreibungssätze. Entsprechend resultiert in der Betriebsbuchhaltung ein Ertragsüberschuss von CHF 921'100.00.

Konzessionsabgabe an die Gemeinde Arth

Die gwa haben die Gemeinde Arth für die Beanspruchung des öffentlichen Grundes und Bodens für Anlagen und Leitungen der Elektrizitätsversorgung (Sondernutzung) im zugewiesenen Netzgebiet mit einer Konzessionsabgabe zu entschädigen. Die Abgabe bemisst sich für die gwa nach der aus ihrem Verteilnetz auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Arth ausgespiesenen Gesamtenergiemenge, multipliziert mit einem Ansatz von 0.85 Rp./kWh. Daraus resultiert ein Ertrag von CHF 390'400.00 zugunsten der Gemeinde Arth.

Anpassung der Strompreise auf 2027

Die Preise für Privat- und Geschäftskunden wurden analog den Preisen 2026 je nach Benutzerprofil übernommen. Für alle Kunden werden die Tarifmodelle belassen.

Unter dem Aspekt «Lokale Energie, lokal nutzen» wurden die Strompreise auch für das Jahr 2027 festgelegt. Der Zubau von Solarstrom ist nach wie vor gross, aber geringer als im letzten Jahr. Mit diesem Tarifmodell soll diese Energie lokal genutzt werden. Ein Teil dieser produzierten Energie wird direkt durch den Anlagenbetreiber oder bei einem Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV) durch dessen Kunden verbraucht. Die überschüssige Energie wird an die gwa oder Dritte geliefert. Dies führt dazu, dass zwischenzeitlich nicht nur an den Wochenenden ein Energieüberschuss vorhanden ist, welcher durch stromintensive Verbraucher (wie z.B. Boiler) tagsüber genutzt werden soll. Damit soll die Lieferung an den Spothandel mit tiefen und teilweise negativen Preisen weiter reduziert werden.

Einen wesentlichen Anteil an den Energietarifen macht im Jahr 2027 wieder der Abbau der Deckungsdifferenzen aus. Diese sind durch die grossen, nicht vorhersehbaren Nachbeschaffungen für die Grundversorgung entstanden und werden sukzessive abgebaut.

Die Einflussfaktoren für die Gestaltung bei den Netztarifen sind etwas breiter gefächert. So wirken sich die Investitionen in ein sicheres Versorgungsnetz, wie auch die Kostensenkung bei unserem Vorlieferanten (CKW), die Reduktion des kalkulatorischen Zinses und der Zubau von Solarstromanlagen auf die Preisgestaltung aus. Die Ermittlung der Kosten ist stark reguliert und wird durch den Regulator (ElCom) überwacht. Energieeffizienzmassnahmen, milde Winter und der Bau von weiteren Solarstromanlagen führen zu einem kontinuierlichen Rückgang des Netzabsatzes in unserem Versorgungsgebiet. Trotz eines sinkenden Netzabsatzes konnten die Netznutzungspreise vor allem im Sommer reduziert werden.

Für einen durchschnittlichen Haushalt in der Kategorie H4 (4'500 kWh) entstehen jährliche Minderkosten von rund CHF 60.00, was einer Senkung von 1 bis 2% entspricht. Weitere Details finden Sie auf www.gwa-energie.ch oder www.strompreis.elcom.admin.ch.

Erläuterungen einzelner Positionen

300 Ertrag Energie und Netz
Im Energiegeschäft (Kto. 3000) und im Netzgeschäft (Kto. 3010) sind die Preis- und Umsatzsenkungen durch die beschlossenen Preisanpassungen deutlich erkennbar.

320 Verkaufserlös/DL-Ertrag
Es sind im Bereich des Dienstleistungsgeschäftes ähnliche Erträge wie im Vorjahr budgetiert, wobei im Konto 3400 die Erträge für die Strassenbeleuchtung enthalten sind.

360 Übriger Ertrag
Der übrige Ertrag im Netzgeschäft wird an den Erfahrungswert der Vorjahre angepasst.

370 Eigenleistungen / Erlösminderungen
Der Erlös für die Eigenleistungen in Form von Arbeitsleistungen ergibt sich aus den realisierten Investitionen. Durch die geplanten tieferen Investitionen wird diese Position tiefer ausfallen als im Budget 2026.

400 Beschaffung Energie und Netz
Gegenüber dem Vorjahr sind die Beschaffungskosten für Energie gesunken (Kto. 4000), dies ist auf die tieferen Preise und die kleinere Beschaffungsmenge zurückzuführen. Schwer abschätzbar sind in dieser Position die kurzfristigen Käufe und Verkäufe aufgrund der stark schwankenden lokalen Einspeisungen.
Im Konto 4010 sind die Kosten für die Benutzung des Vorliegernetzes der CKW durch die neuen Tarife gesunken. Die unabhängigen Stromproduzenten USP (Kto. 4040) liefern immer mehr Energie ins Netz der gwa. Mit den sogenannten Referenzmarktpreisen des Bundesamtes für Energie, welche bereits im Vorjahr zur Anwendung kamen, werden diese Kosten gesenkt.

410 Materialaufwand/Fremdleistungen
Der Aufwand für die öffentliche Beleuchtung wird als Dienstleistung der Gemeinde weiterverrechnet. Im Konto 4140 sind die Beschaffungen für die öffentliche Beleuchtung enthalten, welche im 2026 tiefer geplant sind. Die Wirkverluste (Kto. 4090) hängen auch von den Energiebeschaffungspreisen ab.

420 Wareneinkauf
In dieser Position sind Warenkäufe für die Installationen und den Verkaufsladen. Dieser Wert liegt im Rahmen der Vorjahre.

500 Personalaufwand
Bei der Budgetierung wird von einer vollständigen Besetzung des Stellenplans ausgegangen. Bei Neubesetzungen wurden Marktpreise zugrunde gelegt. Lohnanpassungen sind im Budget nicht berücksichtigt.

570 Sozialversicherungen
Die Anpassungen ergeben sich aus dem veränderten Personalaufwand.

580 Übriger Personalaufwand
Im Konto 5800 ist der Aufwand für die externe Unterstützung bei der Suche nach dem neuen Betriebsleiter enthalten. Weiter gestärkt werden soll die Aus- und Weiterbildung (Kto. 5810) der Mitarbeiter in den internen Anwendungen und im Gesundheitsschutz. Im Weiteren sind weiterführende Weiterbildungen im Netzbereich vorgesehen.

650 Verwaltungsaufwand
Die externen Beratungsleistungen (Kto. 6530) sind für diverse externe Planungs- und Beratungsunternehmen in den Bereichen: Überprüfung Management und Strategie, Zielnetzplanung, Aufbau eines Riskmanagements und weiteren Projekten vorgesehen. Diese waren bereits im 2025 vorgesehen, konnten jedoch nicht umgesetzt werden.
Beim Unterhalt EDV ist zusätzliche Software für diverse Applikationen notwendig, auch müssen Lizenzen durch die wachsenden regulatorischen Anforderungen angepasst werden. Die neuen Applikationen ersetzen aufwendig geführte Dokumentationen und sollen die Prozessabläufe weiter verbessern.

Die gestiegenen Verwaltungskosten werden anteilmässig in der Betriebsbuchhaltung als «Umlagen Verwaltung» den Sparten und in der Finanzbuchhaltung der Wasserversorgung belastet, weshalb nur diese Position (Kto. 9200) erscheint.

690 Abschreibungen
Die realisierten und geplanten Investitionen sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen, jedoch nicht so stark, wie dies im Budget 2025 vorgesehen war.

Investitionsrechnung 2027

Die Investitionen für das Jahr 2027 belaufen sich auf total CHF 1’332’700.00.

Die geplanten Investitionen erfolgen auf Basis der Mehrjahresplanung.

Die Schwerpunkte 2027 im Mittelspannungsnetz sind folgende Investitionen (Auszug):
- Ersatz WEVA-Schaltanlage Depot SBB (Anteil) CHF 10’000.00
- Ersatz WEVA-Schaltanlage Wichel CHF 200’000.00
- Ersatz WEVA-Schaltanlage Ottenbach CHF 80’000.00
- Sanierung Trafostation Zay CHF 200’000.00

Der voraussichtliche Aufwand im NS-Netz (NE7) steigt gegenüber den Vorjahren an. Grosse Projekte in dieser Position sind die Netzsanierungen im Bereich Sonnhalden- und Chräbelstrasse sowie Rigistrasse in Goldau. Daneben müssen wieder diverse Verkabelungen ersetzt werden. Der budgetierte Aufwand beträgt CHF 614’000.00.

Bei den mobilen Sachanlagen Verwaltung ist die Erneuerung der ICT-Infrastruktur gemäss Budget Gemeinde IT für insgesamt CHF 43’700.00 vorgesehen.

Für die Immobilien ist nebst den ordentlichen Sanierungen der Geschäftsliegenschaft eine Sanierungsplanung für das Miethaus an der Gotthardstrasse in Arth vorgesehen. Der eingesetzte Betrag ist CHF 50’000.00.

Der Ertrag der Baukostenbeiträge (Anschlussgebühren) ist mit CHF 150’000.00 budgetiert. Somit verbleiben CHF 1’182’700.00 als Nettoinvestitionen.

Budget 2027 der Gemeindewerke Arth

ELEKTRIZITÄTSWERK ARTH ÜBERSICHT	BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
ERGEBNISSE	SOLL	HABEN	SOLL	HABEN	SOLL	HABEN
Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	12'899'300		13'533'500		15'565'455.86	
Total Ertrag		14'647'500		15'287'300		18'138'104.73
Aufwandüberschuss						
Ertragsüberschuss	**1'748'200**		**1'753'800**		**2'572'648.87**	
Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	1'332'700		1'597'000		1'483'944.62	
Total Einnahmen		150'000		150'000		303'150.72
Nettoinvestitionen		**1'182'700**		**1'447'000**		**1'180'793.90**
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	1'182'700		1'447'000		1'180'793.90	
Abschreibungen		814'900		775'900		800'456.12
Aufwandüberschuss						
Ertragsüberschuss		1'748'200		1'753'800		2'572'648.87
Finanzierungsfehlbetrag						
Finanzierungsüberschuss	**1'380'400**		**1'082'700**		**2'192'311.09**	
Selbstfinanzierungsgrad	**217%**		**175%**		**286%**	

ELEKTRIZITÄTSWERK ARTH	BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
ERFOLGSRECHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG
SPARTENRECHNUNG	**Betriebsbuchhaltung**		**Betriebsbuchhaltung**		**Betriebsbuchhaltung**	
NETZGESCHÄFT	7'471'900	7'535'900	8'030'553	7'846'300	7'641'872.13	8'613'142.92
NETTO ERTRAG/AUFWAND	**64'000**			**184'253**	**971'270.79**	
ENERGIEGESCHÄFT	4'733'700	5'735'000	5'013'172	5'948'916	7'226'578.00	8'026'976.77
NETTO ERTRAG/AUFWAND	**1'001'300**		**935'744**		**800'398.77**	
TOTAL NETZ-/ENERGIEGESCHÄFT	12'205'600	13'270'900	13'043'725	13'795'216	14'868'450.13	16'640'119.69
NETTO ERTRAG/AUFWAND	**1'065'300**		**751'491**		**1'771'669.56**	
INSTALLATION/LADEN	564'200	390'000	583'925	429'900	599'046.40	413'277.00
NETTO AUFWAND/ERTRAG		**174'200**		**154'025**		**185'769.40**
IMMOBILIEN	331'900	307'300	272'873	438'200	155'476.52	288'955.40
NETTO AUFWAND/ERTRAG		**24'600**	**165'327**		**133'478.88**	
DRITTE	565'400	620'000	515'889	609'000	667'426.47	716'388.43
NETTO ERTRAG/AUFWAND	**54'600**		**93'111**		**48'961.96**	
	14'787'000	**14'787'000**	**15'426'341**	**15'426'341**	**18'244'509.92**	**18'244'509.92**
GEWINN/VERLUST						
Total Aufwand	13'667'100		14'416'412		16'290'399.52	
Total Ertrag		14'588'200		15'272'316		18'058'740.52
Ertragsüberschuss	**921'100**		**855'904**		**1'768'341.00**	
Aufwandüberschuss						
Total	14'588'200	14'588'200	15'272'316	15'272'316	18'058'740.52	18'058'740.52
ÜBERLEITUNG BETRIEBS- ZU FINANZBUCHHALTUNG						
AUFWAND-/ERTRAGSÜBERSCHUSS BETRIEBSBUCHHALTUNG		**921'100**		**855'900**		**1'768'341.00**
Kalkulatorische Zinsen (WACC)		649'000		678'100		727'969.20
Kalkulatorische Abschreibungen		1'062'900		1'066'200		946'462.06
Buchhalterische Zinsen	69'900		70'500		69'667.27	
Buchhalterische Abschreibungen	814'900		775'900		800'456.12	
ERTRAGS-/AUFWANDÜBERSCHUSS FINANZBUCHHALTUNG	**1'748'200**		**1'753'800**		**2'572'648.87**	

ELEKTRIZITÄTSWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
KONTO	BEZEICHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG
	Ertrag						
30	**Ertrag Elektrizitätswerk**		**14'647'500**		**15'287'300**		**18'138'104.73**
300	**Ertrag Energie und Netz**		**12'993'900**		**13'425'000**		**16'193'193.68**
3000	Ertrag Energie		5'617'100		5'845'600		7'848'850.10
3010	Ertrag Netznutzung		5'551'400		5'690'000		6'295'172.54
3020	Ertrag SDL Swissgrid		87'300		125'000		259'806.79
3030	Ertrag erneuerbare Energien/ Gewässerschutz		1'056'400		1'069'000		1'086'392.82
3035	Ertrag Stromreserve		165'400		190'700		108'681.46
3050	Ertrag Konzessionsabgabe Gemeinde		390'400		395'400		401'505.37
3090	Wirkverluste Energie		125'900		109'300		192'784.60
320	**Verkaufserlös/DL-Ertrag**		**1'248'300**		**1'417'200**		**1'371'657.36**
3200	Verkaufserlös		390'000		430'000		413'447.72
3250	Liegenschaftsertrag		247'300		387'200		247'280.00
3400	Ertrag Dienstleistungen		611'000		600'000		710'929.64
360	**Übriger Ertrag**		**121'000**		**123'000**		**82'509.17**
3600	Übriger Ertrag		121'000		123'000		82'509.17
370	**Eigenleistungen/ Erlösminderungen**		**284'300**		**322'100**		**490'744.52**
3700	Aktivierte Eigenleistungen		304'400		358'200		499'039.71
3790	Debitorenverluste		−20'100		−36'100		−8'295.19
	Aufwand						
40	**Material-/Dienstleistungsaufwand**	**8'352'800**		**8'881'100**		**11'195'752.17**	
400	**Beschaffung Energie und Netz**	**7'414'200**		**7'695'000**		**10'394'900.36**	
4000	Einkauf Energie	3'749'300		3'898'600		6'414'954.94	
4010	Aufwand Netznutzung	1'314'500		1'400'000		1'660'201.97	
4020	Aufwand Systemdienstleistungen	87'300		125'000		259'884.06	
4030	Abgaben erneuerbare Energien/ Gewässerschutz	1'056'400		1'069'000		1'078'158.97	
4035	Aufwand Stromreserve	165'400		190'700		106'686.74	
4040	Einkauf USP	525'000		507'000		280'730.75	
4050	Aufwand Konzessionsabgabe Gemeinde	390'400		395'400		401'498.33	
4090	Wirkverluste Energie	125'900		109'300		192'784.60	
410	**Materialaufwand/ Fremdleistungen**	**263'000**		**372'200**		**243'457.93**	
4100	Aufwand Hochspannung NE5	35'000		44'500		45'024.15	
4110	Aufwand Trafostationen	13'000		16'000		9'629.28	
4120	Aufwand Niederspannung NE7	35'000		42'000		6'163.30	
4130	Aufwand Zähler / NKE	20'000		95'000		51'213.83	
4140	Aufwand öffentl. Beleuchtung ÖB	160'000		113'200		164'240.98	
4190	Lager-/Hilfsmaterial	0		61'500		−32'813.61	
420	**Wareneinkauf**	**250'000**		**290'100**		**245'099.43**	
4200	Wareneinkauf	250'000		290'100		245'099.43	
430	**Aufwendungen Investitionen**	**8'200**		**−2'000**		**14'277.25**	
4301	Aufwand Abbruch/Provisorien	8'200		−2'000		14'277.25	

ELEKTRIZITÄTSWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
KONTO	BEZEICHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG
440	**Übriger Sachaufwand/ Aufwand Drittleistungen**	**347'400**		**460'300**		**233'682.39**	
4400	Übriger Sachaufwand	10'000		59'900		7'119.30	
4410	Unterhalt Netzpläne	103'000		185'500		69'739.53	
4420	Förderprogramme/ Einkauf Herkunftsnachweise	56'300		50'000		65'734.15	
4450	Aufwand für Drittleistungen	178'100		164'900		91'089.41	
450	**Energie/Wasser/Heizung**	**70'000**		**65'500**		**64'334.81**	
4500	Energie, Wasser, Heizung	70'000		65'500		64'334.81	
50	**Personalaufwand**	**2'988'500**		**3'122'900**		**2'908'929.59**	
500	**Personalaufwand**	**2'281'700**		**2'459'100**		**2'351'727.82**	
5000	Besoldungen Personal	2'146'000		2'351'500		2'256'570.20	
5030	Lohnkosten Personaldienst Gde	79'800		77'400		79'737.75	
5040	Rentenleistungen	25'100		14'100		3'971.90	
5070	Leistungen von Sozialversicherungen	-4'000		-15'500		-23'346.55	
5090	Honorar GL-Präsident/RPK	34'800		31'600		34'794.52	
570	**Sozialversicherungen**	**469'100**		**507'900**		**490'100.75**	
5700	AHV, IV, EO, ALV, FAK	170'600		183'800		179'798.95	
5720	Berufliche Vorsorge BVG	231'600		255'600		243'777.30	
5730	Unfall-/Krankentaggeldvers. UVG/KTG	66'900		68'500		66'524.50	
580	**Übriger Personalaufwand**	**237'700**		**155'900**		**67'101.02**	
5800	Übriger Personalaufwand	59'500		61'700		25'422.75	
5810	Aus- und Weiterbildung	66'300		85'000		29'725.46	
5820	Spesenentschädigung	11'900		9'200		11'952.81	
5890	Temporäres Personal	100'000		0		0.00	
60	**Sonstiger Betriebsaufwand**	**1'558'000**		**1'531'000**		**1'484'352.70**	
600	**Mietaufwand**	**144'300**		**144'400**		**143'808.50**	
6000	Mietaufwand	144'300		144'400		143'808.50	
610	**Unterhalt, Reparaturen, Ersatz**	**114'000**		**165'100**		**96'163.05**	
6100	URE Werkzeuge/Magazin/Werkstatt	97'000		137'000		76'949.03	
6110	Betriebssicherheit	17'000		28'100		19'214.02	
620	**Fahrzeugaufwand**	**42'000**		**44'000**		**45'256.80**	
6200	Betriebsaufwand Fahrzeuge	42'000		44'000		45'256.80	
630	**Sachversicherungen**	**39'700**		**36'800**		**39'206.65**	
6300	Sachversicherungen	39'700		36'800		39'206.65	
650	**Verwaltungsaufwand**	**331'800**		**292'400**		**288'128.21**	
6500	Büromaterial/Drucksachen	38'400		43'900		38'559.90	
6510	Telefon/Porti/Bankspesen	38'600		42'300		42'920.96	
6520	Verbandsbeiträge	15'800		15'300		15'394.94	
6530	Beratungskosten	175'000		133'000		131'946.41	
6560	Unterhalt EDV	464'700		428'600		420'442.43	
6590	Diverser Verwaltungsaufwand	2'000		2'000		-1'940.46	
6600	Infos/Werbung	12'000		31'000		9'638.10	
6650	Öffentlichkeitsarbeit/Ausstellungen	10'000		11'000		9'361.19	
9200	Umlagen Verwaltung/Vertrieb WW	-424'700		-414'700		-378'195.26	

ELEKTRIZITÄTSWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
KONTO	BEZEICHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG
670	**Übriger Betriebsaufwand**	**1'400**		**1'900**		**1'666.10**	
6790	Übriger Betriebsaufwand	1'400		1'900		1'666.10	
680	**Finanzerfolg**	**69'900**		**70'500**		**69'667.27**	
6800	Finanzertrag	-100		-100		-99.23	
6850	Finanzaufwand	70'000		70'600		69'766.50	
690	**Abschreibungen**	**814'900**		**775'900**		**800'456.12**	
6920	Abschr. Mobile Sachanlagen	162'500		154'500		197'962.52	
6930	Abschr. Geschäftsliegenschaft	4'000		2'300		2'247.50	
6962	Abschr. MS-Netz NE5	111'000		105'900		103'031.50	
6963	Abschr. Trafostationen	228'900		221'700		214'548.40	
6964	Abschr. NS-Netz NE7	188'600		160'100		160'685.95	
6965	Abschr. Smart Meter	190'900		187'200		187'911.10	
6966	Abschr. Kommunikationsnetz	7'100		13'600		3'563.30	
6990	Abschr. Netzkostenbeiträge EW	–78'100		–69'400		– 69'494.15	
80	**a.o. Erfolg**	**0**		**–1'500**		**–23'578.60**	
800	**a.o. Erfolg**	**0**		**–1'500**		**–23'578.60**	
8000	a.o. Ertrag	0		–1'500		– 23'578.60	
	GEWINN/VERLUST						
	Total Aufwand	12'899'300		13'533'500		15'565'455.86	
	Total Ertrag		14'647'500		15'287'300		18'138'104.73
	Ertragsüberschuss	**1'748'200**		**1'753'800**		**2'572'648.87**	
	Aufwandüberschuss						
	Total	14'647'500	14'647'500	15'287'300	15'287'300	18'138'104.73	18'138'104.73

ELEKTRIZITÄTSWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
	INVESTITIONSRECHNUNG	AUSGABEN	EINNAHMEN	AUSGABEN	EINNAHMEN	AUSGABEN	EINNAHMEN
	Total	**1'332'700**	**1'332'700**	**1'597'000**	**1'597'000**	**1'483'944.62**	**1'483'944.62**
	Anlagen Elektrizitätswerk	**1'239'000**		**1'235'000**		**1'315'571.11**	
1620	MS-Netz NE5	95'000		195'000		327'041.46	
1630	Trafostationen	490'000		510'000		473'718.42	
1640	NS-Netz NE7	614'000		420'000		485'322.76	
1650	Smart Meter	20'000		10'000		29'488.47	
1670	Kommunikationsnetz	20'000		100'000		0.00	
	Mobilien/Maschinen/Fahrzeuge	**93'700**		**362'000**		**168'373.51**	
1500	Mobile Sachanlagen EW	43'700		362'000		162'897.41	
1600	Geschäftsliegenschaft	50'000		0		5'476.10	
	Gebühren/Beiträge		**150'000**		**150'000**		**303'150.72**
1690	Anschlussgebühren EW		150'000		150'000		303'150.72
	Abschluss		**1'182'700**		**1'447'000**		**1'180'793.90**
	Nettoinvestitionen		1'182'700		1'447'000		1'180'793.90

B. Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung das Budget (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das Jahr 2027 des Elektrizitätswerkes Arth zu genehmigen.

C. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission an die Stimmberechtigten der Gemeinde Arth über das Budget für das Jahr 2027 des Elektrizitätswerkes Arth

Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das Jahr 2027 des Elektrizitätswerkes Arth auf ihre Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft.

Aufgrund unserer Prüfungsergebnisse beantragen wir, das Budget für das Jahr 2027 des Elektrizitätswerkes Arth mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'748'200.00 und Nettoinvestitionen von CHF 1'182'700.00 zu genehmigen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

Budget 2027 des Wasserwerkes Arth

A. Bericht

Das Wasserwerk rechnet für das Jahr 2027 mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 49'900.00. Die Investitionen in das Wasserleitungsnetz und Pumpwerke belaufen sich auf CHF 1'084'000.00. Budgetiert werden Anschlussgebühren in der Höhe von CHF 150'000.00. Die Finanzierung des geplanten Finanzierungsfehlbetrages kann nicht mehr mit eigenen Mitteln sichergestellt werden. In den letzten Jahren hat sich der Frischwasserabsatz reduziert, was auch Auswirkungen auf das Budget hat.

Die neuen Investitionen und die damit verbundenen Abschreibungen sowie die gestiegenen Verwaltungskosten führen zu einem höheren Aufwandüberschuss. Entsprechend musste damals auf Beginn des Jahres 2025 der Wasserpreis auf CHF 1.50 angehoben werden. Der Gesamtwasserpreis bleibt wie im Jahr 2026 gleich bei CHF 1.50.

Konzessionsabgabe an die Gemeinde Arth

Unter Anwendung des Wasserreglements erheben die Gemeindewerke Arth im Auftrag der Gemeinde Arth bei den Kunden eine Abgabe von CHF 117'000.00 (17.5 Rp/m^3). Zulasten der Gemeinde Arth gehen hingegen die Aufwendungen für die Löschwasserversorgung und das Inkasso des Abwassers in der Höhe von CHF 145'000.00.

Erläuterungen einzelner Positionen

310 Ertrag Wasser

Die gleichbleibenden Wasserpreise im Umfang von 1.50 CHF/m^3, bei einem voraussichtlich leicht tieferen Wasserabsatz ergeben für das kommende Jahr einen leicht tieferen Ertrag im Vergleich zum Rechnungsjahr 2025. In dieser Position sind auch die Einnahmen für die Konzessionsabgabe enthalten, welche unverändert bleiben.

320 Verkaufserlös/DL-Ertrag

Die Aufwendungen für den Betrieb der Löschwasserversorgung und das Inkasso für das Abwasser gehen gemäss Wasserreglement zulasten der Gemeinde Arth.

370 Eigenleistungen/Erlösminderungen

Der Aufwand orientiert sich an den geplanten Investitionen in Eigenleistung. Diese Position bezieht sich nur auf den Personalaufwand, da die Fremdleistungen und deren Materiallieferungen direkt aktiviert werden.

410 Materialaufwand/Fremdleistungen

Der Aufwand für die Instandhaltung der Wasserleitungen sowie für Leckbehebungen und der Pumpwerke bewegt sich in einer ähnlichen Höhe wie in den vergangenen Jahren, jedoch wird der Energieaufwand für die Pumpwerke (4170/4180) durch die tieferen Strompreise sinken. Der Aufwand für die Hydranten und deren Anschlussleitungen wird der Gemeinde weiterverrechnet.

580 Übriger Personalaufwand

Bei der Budgetierung wird von einer vollständigen Besetzung des Stellenplans ausgegangen. Bei Neubesetzungen wurden Marktpreise zugrunde gelegt. Lohnanpassungen sind im Budget nicht berücksichtigt.

610 URE und Wasserqualität

Die kontinuierliche Erneuerung des Werkzeuges und der Messgeräte verursacht einen grösseren Aufwand.

650 Verwaltungsaufwand

Die Position 6599 enthält den Verwaltungskostenanteil der Wasserversorgung an den gesamten Verwaltungskosten der gwa.

690 Abschreibungen

Die realisierten und geplanten Investitionen sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund der geplanten Investitionen leicht angestiegen.

Investitionsrechnung 2027

Die Investitionen für das Jahr 2027 betragen total CHF 1’084’000.00.

Im Leitungsnetz sind die üblichen Sanierungen und Ausbauten in der Höhe von CHF 555’000.00 geplant.

Grössere Investitionen sind budgetiert (Auszug):

– GWPW Wegscheiden, Kanalisationsanpassung	CHF	140’000.00
– GWPW Wegscheiden, Zufahrt und Vorplatz S1	CHF	110’000.00
– Ersatz T5 (technisches Lebensende)	CHF	65’000.00
– Versorgungsleitung Rigistrasse (unterer Teil)	CHF	100’000.00
– Versorgungsleitung Sonnhaldenstrasse	CHF	130’000.00
– Sanierung Bachunterquerung Aabach	CHF	150’000.00

Um die Druckverhältnisse im Bereich Bernerhöhe zu verbessern und auch die Kapazität zu erhöhen, soll als nächstes Reservoir ein Neubau gemäss dem generellen Wasserplan (GWP 2025) im Bereich Kilchstalden realisiert werden. Entsprechend wurden Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für CHF 50’000.00 in das Budget aufgenommen.

Nach Abzug der Anschlussgebühren in der Höhe von CHF 150’000.00 belaufen sich die Nettoinvestitionen auf CHF 934’000.00.

Budget 2027 der Gemeindewerke Arth

WASSERWERK ARTH ÜBERSICHT	BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
ERGEBNISSE	SOLL	HABEN	SOLL	HABEN	SOLL	HABEN
Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'811'300		1'804'200		1'673'185.78	
Total Ertrag		1'761'400		1'463'300		1'751'045.80
Aufwandüberschuss		**49'900**		**340'900**		
Ertragsüberschuss					**77'860.02**	
Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	1'084'000		1'135'000		1'062'935.56	
Total Einnahmen		150'000		150'000		511'549.72
Nettoinvestitionen		**934'000**		**985'000**		**551'385.84**
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	934'000		985'000		551'385.84	
Abschreibungen		233'800		201'900		194'315.60
Aufwandüberschuss	49'900		340'900			
Ertragsüberschuss						77'860.02
Finanzierungsfehlbetrag		**750'100**		**1'124'000**		**279'210.22**
Finanzierungsüberschuss						
Selbstfinanzierungsgrad	**20%**		**–14%**		**49%**	

WASSERWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
KONTO	BEZEICHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG
	Ertrag						
30	**Ertrag Wasser**		**1'761'400**		**1'463'300**		**1'751'045.80**
310	**Ertrag Wasserzins**		**1'498'000**		**1'182'500**		**1'501'518.96**
3100	Wasserzins		1'371'000		1'050'000		1'372'411.25
3110	Betriebserlös Wasser		10'000		10'000		10'801.88
3150	Ertrag Konzessionsabgabe Wasser		117'000		122'500		118'305.83
320	**Verkaufserlös/DL-Ertrag**		**165'000**		**164'000**		**141'852.56**
3400	Ertrag Dienstleistungen		165'000		164'000		141'852.56
360	**Übriger Ertrag**		**2'000**		**900**		**1'564.47**
3600	Übriger Ertrag		2'000		900		1'564.47
370	**Eigenleistungen/ Erlösminderungen**		**96'400**		**115'900**		**106'109.81**
3700	Aktivierte Eigenleistungen		97'800		117'000		113'944.18
3790	Debitorenverluste		–1'400		–1'100		–7'834.37
	Aufwand						
40	**Material-/Dienstleistungsaufwand**	**490'000**		**536'900**		**495'935.55**	
410	**Materialaufwand/Fremdleistungen**	**464'500**		**494'700**		**469'153.59**	
4050	Aufwand Konzessionsabgabe Wasser	117'000		122'500		118'434.94	
4130	Aufwand Zähler	8'000		10'000		1'525.49	
4150	Aufwand Wasserleitungen	44'500		87'000		28'617.04	
4160	Aufwand Hydranten	35'000		50'000		37'901.57	
4170	Aufwand Reservoire/Pumpwerke	80'000		70'900		79'220.84	
4180	Aufwand Grundwasserpumpwerke	180'000		149'300		185'129.03	
4190	Lager-/Hilfsmaterial	0		5'000		18'324.68	
440	**Übriger Sachaufwand/ Aufwand Drittleistungen**	**25'500**		**42'200**		**26'781.96**	
4400	Übriger Sachaufwand	4'000		5'700		4'586.02	
4410	Unterhalt Netzpläne	15'000		26'500		15'995.94	
4450	Aufwand für Drittleistungen	6'500		10'000		6'200.00	
50	**Personalaufwand**	**465'300**		**467'200**		**451'746.71**	
500	**Personalaufwand**	**379'800**		**367'600**		**369'316.15**	
5000	Besoldungen Personal	383'300		371'100		372'806.35	
5070	Leistungen von Sozialversicherungen	–3'500		–3'500		–3'490.20	
570	**Sozialversicherungen**	**74'800**		**73'400**		**73'550.85**	
5700	AHV, IV, EO, ALV, FAK	28'300		28'600		29'360.65	
5720	Berufliche Vorsorge BVG	35'500		34'300		33'546.60	
5730	Unfall-/Krankentaggeldvers. UVG/KTG	11'000		10'500		10'643.60	
580	**Übriger Personalaufwand**	**10'700**		**26'200**		**8'879.71**	
5800	Übriger Personalaufwand	1'000		1'000		1'244.04	
5810	Aus- und Weiterbildung	8'000		24'200		6'015.67	
5820	Spesenentschädigung	1'700		1'000		1'620.00	
60	**Sonstiger Betriebsaufwand**	**856'000**		**800'100**		**725'503.52**	
600	**Mietaufwand**	**12'400**		**12'400**		**12'358.50**	
6000	Mietaufwand	12'400		12'400		12'358.50	

WASSERWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
KONTO	BEZEICHNUNG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG	AUFWAND	ERTRAG
610	**URE und Wasserqualität**	**59'500**		**59'100**		**46'709.25**	
6100	URE Werkzeuge/Magazin/Werkstatt	40'500		38'100		27'765.60	
6110	Betriebssicherheit	3'000		4'000		2'862.80	
6150	Wasserqualität	16'000		17'000		16'080.85	
620	**Fahrzeugaufwand**	**14'000**		**17'300**		**13'407.17**	
6200	Betriebsaufwand Fahrzeuge	14'000		17'300		13'407.17	
630	**Sachversicherungen**	**13'000**		**14'000**		**13'154.90**	
6300	Sachversicherungen	13'000		14'000		13'154.90	
650	**Verwaltungsaufwand**	**448'300**		**445'400**		**416'158.10**	
6500	Büromaterial/Drucksachen	1'000		4'500		803.82	
6510	Telefon/Porti/Bankspesen	800		1'000		727.03	
6520	Verbandsbeiträge	4'800		5'200		4'662.41	
6530	Beratungskosten	8'000		5'000		0.00	
6560	Unterhalt EDV	9'000		11'500		14'010.41	
6599	Umlagen Verwaltung/Vertrieb EW	424'700		414'700		378'195.26	
6600	Infos/Werbung/Ausstellungen	0		3'000		903.04	
6650	Öffentlichkeitsarbeit	0		0		16'856.13	
6790	übriger Betriebsaufwand	0		500		0.00	
680	**Finanzerfolg**	**75'000**		**50'000**		**29'400.00**	
6850	Finanzaufwand	75'000		50'000		29'400.00	
690	**Abschreibungen**	**233'800**		**201'900**		**194'315.60**	
6920	Abschr. Mobile Sachanlagen	27'400		21'800		18'073.20	
6970	Abschr. Leitungsnetz Wasser	51'900		45'600		77'308.75	
6972	Abschr. Wasserreservoire/Pumpwerke	77'400		59'400		60'678.85	
6975	Abschr. Messeinrichtungen Wasser	82'100		75'100		77'062.25	
6979	Abschr. Netzkostenbeiträge Wasser	−5'000		0		−38'807.45	
80	**a.o. Erfolg**	**0**		**0**		**0.00**	
800	**a.o. Erfolg**	**0**		**0**		**0.00**	
8000	a.o. Ertrag	0		0		0.00	
8005	a.o. Aufwand	0		0		0.00	
8012	a.o. Abschreibungen	0		0		0.00	
	GEWINN/VERLUST						
	Total Aufwand	1'811'300		1'804'200		1'673'185.78	
	Total Ertrag		1'761'400		1'463'300		1'751'045.80
	Ertragsüberschuss					**77'860.02**	
	Aufwandsüberschuss		**49'900**		**340'900**		
	Total	1'811'300	1'811'300	1'804'200	1'804'200	1'751'045.80	1'751'045.80

WASSERWERK ARTH		BUDGET 2027		BUDGET 2026		RECHNUNG 2025	
INVESTITIONSRECHNUNG		AUSGABEN	EINNAHMEN	AUSGABEN	EINNAHMEN	AUSGABEN	EINNAHMEN
	Total	**1'084'000**	**1'084'000**	**1'135'000**	**1'135'000**	**1'062'935.56**	**1'062'935.56**
	Anlagen Wasserwerk	**1'019'000**		**1'085'000**		**1'052'624.28**	
1700	Leitungsnetz Wasser	555'000		475'000		394'480.40	
1720	Wasserreservoire/Pumpwerke	414'000		560'000		608'027.30	
1750	Steuerung	50'000		50'000		50'116.58	
	Mobilien/Maschinen/Fahrzeuge	**65'000**		**50'000**		**10'311.28**	
1500	Mobile Sachanlagen WW	65'000		50'000		10'311.28	
	Gebühren/Beiträge		**150'000**		**150'000**		**511'549.72**
1790	Anschlussgebühren WW		150'000		150'000		511'549.72
	Abschluss		**934'000**		**985'000**		**551'385.84**
	Nettoinvestitionen		934'000		985'000		551'385.84

B. Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung das Budget (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das Jahr 2027 des Wasserwerkes Arth zu genehmigen.

C. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission an die Stimmberechtigten der Gemeinde Arth über das Budget für das Jahr 2027 des Wasserwerkes Arth

Die Rechnungsprüfungskommission hat das Budget (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) für das Jahr 2027 des Wasserwerkes Arth auf ihre Rechtmässigkeit und Wirtschaftlichkeit geprüft.

Aufgrund unserer Prüfungsergebnisse beantragen wir, das Budget für das Jahr 2027 des Wasserwerkes Arth mit einem Aufwandüberschuss von CHF 49'900.00 und Nettoinvestitionen von CHF 934'000.00 zu genehmigen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

Traktandum 6

Genehmigung der Abrechnung zur Ausgabenbewilligung von CHF 3’405’000.00 für den Neubau des Reservoirs mit Stufenpumpwerk Laube, Goldau

A. Bericht

Die Stimmbürger der Gemeinde Arth haben an der Urnenabstimmung vom 13. Juni 2021 dem Verpflichtungskredit von CHF 3’405’000.00 für den Neubau des Reservoirs mit Stufenpumpwerk Laube, Goldau, mit einem Ja-Stimmenanteil von 80.3 Prozent (3’538 Ja- zu 868 Nein-Stimmen) zugestimmt.

Mit dem Neubau des Reservoirs mit Stufenpumpwerk Laube konnte die Wasserinfrastruktur in Arth und Oberarth nachhaltig verbessert und an die heutigen sowie zukünftigen Anforderungen angepasst werden. Die Versorgungssicherheit wurde erhöht und gleichzeitig die Belieferung der höher gelegenen Druckzonen Tennmatt und Kilchstalden sichergestellt. Durch die Erweiterung des Fassungsvermögens auf insgesamt 1’500 m³ stehen zudem grössere Reserven für eine zuverlässige Wasserversorgung zur Verfügung.

Im Zuge des Neubaus wurden die drei bestehenden Ableitungen erneuert und die Wasserstandshöhen optimiert, wodurch eine ausgewogene Druckverteilung im gesamten Versorgungsnetz erreicht werden konnte. Dank einer sorgfältig abgestimmten Bauausführung blieb die Versorgung während der gesamten Bauzeit ohne Unterbruch gewährleistet. Gleichzeitig konnte auf aufwändige Provisorien für das Stufenpumpwerk sowie auf umfangreiche Schutzmassnahmen für die Wasserkammern verzichtet werden.

Die vorhandenen Platzverhältnisse wurden optimal genutzt und die Raumaufteilung sowie deren Nutzung an die aktuellen betrieblichen Bedürfnisse angepasst. Dadurch konnte nicht nur die Funktionalität der Anlage verbessert, sondern auch der kurz- und mittelfristige Sanierungsbedarf deutlich reduziert werden. Sämtliche Massnahmen tragen zudem dazu bei, einen hygienisch einwandfreien und langfristig sicheren Betrieb der Trinkwasserversorgung zu gewährleisten.

Der Kostenvoranschlag basierte auf projektspezifischen Kostenschätzungen sowie auf Vergleichs- und Konkurrenzofferten mit Preisstand vom 24. April 2018. Seit Projektbeginn im Jahr 2017 und der damaligen Übergabe der Kostenschätzung an die gwa wurde der Kostenvoranschlag nicht mehr aktualisiert. Die ausgewiesenen Kosten basieren somit auf dem damaligen Preisstand und berücksichtigen die seither eingetretene Kostenentwicklung nicht.

Die Finanzierung der Investition für das Reservoir mit Stufenpumpwerk Laube erfolgte aus einer Kombination von Eigen- und Fremdkapital. Die daraus resultierenden Finanzierungskosten, insbesondere die Fremdkapitalzinsen sowie die Amortisation der Investition, sind grundsätzlich über die Einnahmen aus den Wasserzinsen zu finanzieren.

Zur Sicherstellung der langfristigen Finanzierung wurde der Wasserpreis per 1. Januar 2025 von bisher CHF 1.15/m³ auf CHF 1.50/m³ angehoben. Diese Preisanpassung um CHF 0.35/m³ erfolgte im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des neuen Reservoirs mit Stufenpumpwerk Laube und der damit verbundenen zusätzlichen Investition und der notwendigen Finanzierung.

Abrechnung Neubau Reservoir mit Stufenpumpwerk Laube, Goldau

Gemäss dem Bruttoprinzip, welches gemäss den HRM2-Fachempfehlungen und dem VSZGB-Gemeinde-Handbuch angewendet werden muss, beinhalten alle Kostenangaben auch Honorare, Abgaben und Mehrwertsteuer.

Kostenschätzung Sommer 2018		**CHF**	**3’405’000.00**
Ausgabenbewilligung, Abstimmung vom 13. Juni 2021		**CHF**	**3’405’000.00**
Baukredit indexiert, Tiefbau [1]	**inkl. MwSt.**	**CHF**	**3’886’617.00**
Schlussabrechnung	**inkl. MwSt.**	**CHF**	**4’880’350.20**
Bruttokostenüberschreitung		**CHF**	**1’475’350.20**
./. davon teuerungsbedingte Mehrkosten [1]		**CHF**	**−481’617.00**
Nettokostenüberschreitung		**CHF**	**993’733.20**

[1] Schweizer Baukostenindex, Basis April 2021 bis Oktober 2025.

Aus der vorstehenden Zusammenstellung ist ersichtlich, dass für die Realisierung des Neubaus brutto ein Mehraufwand von CHF 1’475’350.20 resultiert. Aufgrund der Teuerung zwischen der Abstimmung vom 13. Juni 2021 und dem Projektabschluss 2025 fielen indexierte Mehrkosten von CHF 481’617.00 an. Dieser Anteil der Kostenentwicklung ist vom Gesetzgeber explizit als genehmigungsfrei deklariert und bedarf keiner formellen Erhöhung der Ausgabenbewilligung (§ 20 Abs. 2 Finanzhaushaltsgesetz, FHG-BG). **Die relevante Kostenüberschreitung beträgt rein netto somit CHF 993’733.20.**

Dies entspricht einer teuerungsbereinigten Kreditüberschreitung von 25.5% gegenüber dem im Jahr 2021 bewilligten Baukredit.

Detailabrechnung im Vergleich	Ausgabenbewilligung		Abrechnung	
Reservoir und Stufenpumpwerk	CHF	1’500’000.00	CHF	2’677’384.00
Baumeisterarbeiten, Fassadenelemente	*CHF*	*650’000.00*	*CHF*	*811’768.00*
Umgebung, Zufahrt, Ausbau, Provisorien	*CHF*	*350’000.00*	*CHF*	*1’069’737.00*
Rückbau- und Ausbauarbeiten	*CHF*	*500’000.00*	*CHF*	*795’879.00*
Bauarbeiten Leitungen	CHF	935’000.00	CHF	1’102’456.00
Steuerungsanlage, Erneuerung und Ergänzung	CHF	190’000.00	CHF	195’291.00
Honorare	CHF	280’000.00	CHF	409’640.00
Diverses inkl. Reserve 10%	CHF	500’000.00	CHF	495’579.20
Total (inkl. MwSt.)	CHF	3’405’000.00	CHF	4’880’350.20

Begründung Mehraufwand gegenüber der Ausgabenbewilligung

Die in der Ausgabenbewilligung erwähnten teuerungsbedingten Mehrkosten belaufen sich in einer Höhe von 14.1 Prozent.

Im Rahmen der Bauausführung sind gegenüber dem ursprünglichen Verpflichtungskredit (= Ausgabenbewilligung) teuerungsbereinigte Mehrkosten von gesamthaft rund CHF 1.0 Mio. entstanden. Diese Kostenüberschreitung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Dabei handelt es sich sowohl um bereits bei der ursprünglichen Kostenschätzung bestehende Unsicherheiten als auch um zusätzliche, teilweise erst während der Projektierung und Ausführung erkannte Anforderungen und unvorhersehbare Ereignisse.

a. Kostengrundlage und Projektierungsstand

Die ursprüngliche Kostenschätzung wurde im Jahr 2018 erstellt. Das Projekt befand sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf einem ausreichend detaillierten Planungsstand, um sämtliche Kosten zuverlässig bestimmen zu können. Verschiedene bauliche und technische Details waren noch nicht abschliessend geklärt und konnten deshalb nur mit entsprechenden Unsicherheiten geschätzt werden.

Seit der Erstellung der Kostenschätzung im Jahr 2018 erfolgte zudem keine umfassende Aktualisierung der Kostengrundlage. Dadurch wurden die zwischenzeitlichen Veränderungen des Projekts und die Entwicklung der effektiven Baukosten nicht vollständig abgebildet. Im weiteren Projektverlauf wurden zusätzliche Leistungen und Anforderungen konkretisiert, welche in der ursprünglichen Kostenschätzung noch nicht oder nur teilweise enthalten waren.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die Teuerung zwischen der massgeblichen Volksabstimmung 2021 und der Schlussabrechnung 2025. Die ursprüngliche Kostenschätzung basierte sogar auf dem Preisstand von 2018. Die zwischenzeitliche Erhöhung der Bau-, Material- und Lohnkosten wurde bei der ursprünglichen Kreditgrundlage nicht ausreichend berücksichtigt. Dies führte bei der späteren Realisierung zu höheren effektiven Kosten. Auf eine allfällig hinzukommende Teuerung wurde in der Botschaft zum Sachgeschäft im Frühling 2021 ausdrücklich beim bewilligten Kredit von CHF 3’405’000.00 hingewiesen, sodass der bewilligte Kredit sich teuerungsbereinigt auf CHF 3’886’617.00 beläuft. Damit beträgt die relevante Kostenüberschreitung rund CHF 1.0 Mio.

b. Verkeimung der Reservoirableitungen

Während der Realisierung wurde eine massive Verkeimung der bestehenden Reservoirableitungen festgestellt. Dieses Problem war in der ursprünglichen Kostenschätzung nicht vorgesehen und in diesem Umfang nicht absehbar.
Die Verkeimung erforderte zusätzliche Abklärungen und Massnahmen sowie entsprechende Reinigungs-, Sanierungs- und Anpassungsarbeiten. Dadurch entstanden erhebliche zusätzliche Kosten für Arbeitsleistungen, Material, technische Abklärungen und weitere notwendige Leistungen.

Die Auswirkungen beschränkten sich jedoch nicht auf die direkten Kosten der Sanierung. Die notwendigen Abklärungen und Arbeiten hatten auch erhebliche Auswirkungen auf den Bauablauf.

c. Bauverzug von rund einem Jahr

Infolge der Verkeimung der Reservoirableitungen kam es zu einem Bauverzug von rund einem Jahr. Der ursprünglich vorgesehene Bauablauf konnte dadurch nicht eingehalten werden.

Die Verlängerung der Bauzeit führte zu zusätzlichen Kosten für Planung, Koordination, Bauleitung, Baustelleneinrichtungen und weitere projektbezogene Leistungen. Zudem mussten Arbeiten teilweise neu terminiert und auf die veränderten Rahmenbedingungen abgestimmt werden.

Der Bauverzug ist deshalb neben den direkten Kosten der Verkeimung als weiterer wesentlicher Faktor für die entstandenen Mehrkosten zu berücksichtigen.

d. Zusätzliche Leistungen ausserhalb des ursprünglichen Kredits

Im Verlauf der Projektierung und Ausführung zeigte sich, dass weitere bauliche Massnahmen erforderlich waren, welche im ursprünglichen Kredit nicht enthalten waren. Dazu gehören insbesondere der Wendeplatz und die Zufahrtsstrasse.

Diese Massnahmen waren für eine zweckmässige Erschliessung und die ordnungsgemässe Nutzung der Anlage erforderlich. Die entsprechenden Kosten waren in der ursprünglichen Kostenschätzung nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt und führten deshalb ebenfalls zu zusätzlichen Ausgaben.

e. Provisorischer Parkplatz für die Mieter Harmettlen

Während der Bauzeit musste zudem ein provisorischer Parkplatz für die Mieter von Harmettlen erstellt werden. Aufgrund der Bauarbeiten konnte die bisherige Parkplatzsituation nicht unverändert aufrechterhalten werden.
Mit der Erstellung des provisorischen Parkplatzes konnte die notwendige Erreichbarkeit und Nutzung während der Bauphase sichergestellt werden. Die hierfür erforderlichen Arbeiten und Aufwendungen waren im ursprünglichen Kredit ebenfalls nicht vorgesehen.

f. Gesamtbeurteilung

Die teuerungsbereinigten Mehrkosten von rund CHF 1.0 Mio. sind insgesamt auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückzuführen.

Wesentliche Ursachen sind:

- die zu tief angesetzte ursprüngliche Kostenschätzung;
- der zum Zeitpunkt der Kostenschätzung noch ungenügende Projektierungs- und Detaillierungsgrad;
- die fehlende Aktualisierung der Kostenschätzung seit 2018;
- die unvorhergesehene massive Verkeimung der Reservoirableitungen und die daraus entstandenen Zusatzarbeiten;
- der dadurch verursachte Bauverzug von rund einem Jahr;
- die ursprünglich nicht im Kredit enthaltenen Kosten für Wendeplatz und Zufahrtsstrasse;
- die notwendige Erstellung eines provisorischen Parkplatzes für die Mieter Harmettlen.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren sind die gegenüber dem ursprünglichen Kredit entstandenen Mehrkosten von rund CHF 1.0 Mio. nachvollziehbar und sachlich begründbar.

Zur finanzrechtlichen Einschätzung und Fehlerbeurteilung der Kostenüberschreitung

Nach dem Finanzhaushaltsgesetz für die Bezirke und Gemeinden (FHG-BG, SRSZ 153.100) müssen Erhöhungen der Ausgabenbewilligung grundsätzlich vor der Ausgabentätigung durch dasselbe Organ genehmigt werden, welches die ursprüngliche Ausgabenbewilligung beschlossen hat (§ 20 Abs. 1 FHG-BG). Gemäss § 20 Abs. 2 FHG-BG gilt für teuerungsbedingte Mehrausgaben jedoch eine ausdrückliche Ausnahme: Sie sind formell bewilligungsfrei und lösen kein vorgezogenes Zusatzbewilligungsverfahren aus. Die aufgelaufene Teuerung von CHF 481'617.00 ist somit gesetzlich gedeckt und stellt keinen finanzrechtlichen Ordnungsverstoss dar. Dennoch ist kritisch anzumerken, dass der nominale Verpflichtungskredit bereits bei der Abstimmung im Juni 2021 auf einer veralteten Kostenschätzung von 2018 basierte.

Das Reservoir Laube ist ein betriebsnotwendiger und unverzichtbarer Pfeiler unserer Wasserinfrastruktur in der Gemeinde Arth. Mit der vorliegenden Bauabrechnung wird die entstandene Kostenüberschreitung von rund CHF 1.0 Mio. transparent ausgewiesen und dem zuständigen Organ zur entsprechenden Beschlussfassung vorgelegt. Mit einer Genehmigung der vorliegenden Abrechnung kann das Geschäft trotz der vorstehend dargelegten Kostenüberschreitung ordnungsgemäss abgeschlossen werden.

B. Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Abrechnung zu genehmigen.

C. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission der Gemeinde Arth über die Abrechnung der Ausgabenbewilligung von CHF 3'405'000.00

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Abrechnung für den Neubau Reservoir und Stufenpumpwerk Laube, Goldau, geprüft.

Für die Abrechnung der Ausgabenbewilligung ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen.

Aufgrund unserer Prüfungsergebnisse beantragen wir der Gemeindeversammlung, die Abrechnung im Gesamtbetrag von CHF 4'880'350.20 mit einer teuerungsbereinigten Kostenüberschreitung von CHF 993'733.20 zu genehmigen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

Traktandum 7

Verkauf des Elektrizitätswerks (EW) der Gemeinde Arth an ebs Energie AG, Schwyz – Genehmigung des Kaufvertrages und des Konzessionsvertrages inklusive Aufhebung bzw. Änderungen zugehöriger Reglemente

A. Bericht

Ausgangslage

Die Gemeindewerke Arth (gwa) versorgen die Gemeinde Arth mit Elektrizität und Wasser und sind daneben im Elektroinstallations- und Elektrofachgeschäft tätig. Die gwa befinden sich vollständig im Eigentum der Gemeinde Arth.

Über viele Jahre konnten die gwa ihren Kundinnen und Kunden Strom zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten. Bis 2022 lagen die Stromtarife in einem vergleichbaren Bereich der umliegenden Elektrizitätswerke. Seit der Energiekrise hat sich diese Situation jedoch nachhaltig verändert. Die Tarife der gwa stiegen deutlich stärker an und waren nach der Energiekrise weniger stark rückläufig als bei regionalen Vergleichsunternehmen. Im Tarifjahr 2025 lagen diese je nach Vergleich rund 6.3 bis 8.7 Rp./kWh und im Tarifjahr 2026 rund 3.1 bis 6.2 Rp./kWh über den vergleichbaren Tarifen umliegender Werke, was sich auch im Tarifjahr 2027 mit rund 3.2 bis 6.4 Rp./kWh höheren Tarifen fortsetzte und dies, obwohl nicht die gesamten der bei der gwa angefallenen Stromkosten eingepreist werden, um konkurrenzfähige Tarife zu bieten.

Tarifentwicklung 2011 bis 2027



2027: Arth (gwa) 30.57 Rp./kWh / Steinerberg (EWS) 27.08 Rp./kWh / Schwyz (ebs) 25.09 Rp./kWh
Quellenhinweis: Strompreise gemäss ElCom Standard-Haushalt H4

Diese Entwicklung hat den Gemeinderat bereits ab Mitte 2024 bewogen zu prüfen, ob und wie die Stromversorgung langfristig sicher, wirtschaftlich und zu konkurrenzfähigen Tarifen ausgestaltet werden kann.

Warum besteht Handlungsbedarf?

Die damalige Analyse zeigte, dass mehrere Faktoren für die erhöhte Tarifsituation verantwortlich sind. Ein wesentlicher Punkt ist die kritische Grösse des Elektrizitätswerks. Auch ein kleineres Werk muss heute weitgehend dieselben gesetzlichen, technischen und organisatorischen Anforderungen erfüllen wie ein grosser Energieversorger. Dazu gehören insbesondere die regulatorischen Vorgaben als Verteilnetzbetreiber und zur Grundversorgung mit Strom. Die Umsetzung erfordert Ressourcen und externe Dienstleistungen insbesondere im Bereich der Strombeschaffung, im Netzbetrieb, im Messwesen sowie in der Digitalisierung. Weiter erfordert der Umbau im Energiesektor entsprechende Investitionen im lokalen Stromnetz und der Infrastruktur. Bei einem kleineren Werk verteilen sich die skalierbaren Kosten jedoch auf weniger Kundinnen und Kunden und dadurch steigen die Netzkosten weiter an.

Gleichzeitig sank der Stromabsatz in den letzten Jahren mit zunehmendem Eigenverbrauch privater PV-Anlagen stetig. Diese Tendenz dürfte weiter in diese Richtung gehen, was den Druck auf die Tarife ebenso erhöht.

Hinzu kamen in den vergangenen Jahren stark gestiegene Beschaffungskosten. Die gwa verfügen im Gegensatz zu vielen grösseren Energieunternehmen über keine bedeutende eigene Stromproduktion, mit welcher Preisschwankungen teilweise ausgeglichen werden könnten. Letztlich erschwert die mit dem neuen Stromversorgungsgesetz verbundene Wechselmöglichkeit marktberechtigter Kunden die längerfristige Planung der Strombeschaffung. Dies erschwert insbesondere für kleinere Werke eine vorausschauende und konkurrenzfähige Strombeschaffung.

Die Analyse hat aufgezeigt, dass die erhöhten Stromtarife weitgehend struktureller Natur sind und daher im Falle einer Weiterführung des Elektrizitätswerks mit den heutigen Strukturen dauerhaft deutlich über dem Niveau regionaler Vergleichswerke zu liegen kommen.

Welche Möglichkeiten wurden geprüft?

Mit externer fachlicher Unterstützung wurden sieben Zukunftsmodelle untersucht – von betrieblichen Optimierungen innerhalb der bestehenden Struktur über eine Ausgliederung und weiteren Kooperationen bis hin zu einer Verpachtung und dem Verkauf.

Insbesondere die Weiterführung in einer gemeindeeigenen Aktiengesellschaft wurde vertieft geprüft. Diese hätte zwar mehr unternehmerischen Freiraum und flexiblere Kooperationen ermöglicht. Die erheblichen strukturellen Nachteile eines vergleichsweisen kleinen Elektrizitätswerks wären jedoch bestehen geblieben. Die weiter steigenden regulatorischen, technischen und personellen Aufgaben müssten weiterhin intern oder extern erfüllt und die damit verbundenen Kosten auf den vergleichsweise geringen, stetig sinkenden Stromabsatz verteilt werden.

Nach Abwägung sämtlicher Vor- und Nachteile und nach Abschluss der notwendigen Abklärungen gelangte der Gemeinderat im Laufe der ersten Jahreshälfte 2026 zum Ergebnis, dass ein Verkauf die besten Voraussetzungen bietet, um die Stromversorgung langfristig sicher, wirtschaftlich und zu konkurrenzfähigen Tarifen zu gewährleisten. Gleichzeitig soll den Interessen der Gemeinde sowie der Mitarbeitenden mit dem Verkauf angemessen und gleichermassen Rechnung getragen werden.

Warum das Angebot der ebs Energie AG?

Der Verkauf des Elektrizitätswerks untersteht nicht dem öffentlichen Beschaffungsrecht, da die Gemeinde keine Leistung beschafft, sondern Vermögenswerte veräussert. Eine öffentliche Ausschreibung nach der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) war deshalb nicht erforderlich.

Um dennoch einen Wettbewerb zu ermöglichen, wurden vier regionale, teilweise ans Verteilnetz der gwa angrenzende Energieversorgungsunternehmen zum Verkaufsverfahren eingeladen. Nach Auswertung der unverbindlichen Angebote erhielten im nächsten Schritt zwei Unternehmen die Möglichkeit, ihre verbindlichen Angebote einzureichen.

Die Angebote wurden von einer vom Gemeinderat eingesetzten Arbeitsgruppe zusammen mit dem Betriebsleiter der gwa sowie unabhängigen Beratern anhand spezifischer Kriterien ausgewertet und sodann vom Gemeinderat beurteilt. Berücksichtigt wurden insbesondere die zu erwartenden Stromtarife, der Kaufpreis, die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinde Arth, die Anschlusslösung für die Mitarbeitenden, die regionale und strategische Einbettung der Käuferin, deren Präsenz in Arth sowie die Bedingungen des Kauf- und Konzessionsvertrags. In der Gesamtbeurteilung setzte sich das Angebot der ebs Energie AG durch, das in der Gesamtbeurteilung am meisten überzeugte.

Die ebs Energie AG mit Sitz in Schwyz ist regional verankert. Ihr Versorgungsnetz grenzt unmittelbar an jenes der Gemeinde Arth. Die eigene Stromproduktion, insbesondere aus Wasserkraft, sowie die Ressourcen eines grösseren Energieversorgungsunternehmens ermöglichen Synergien und schaffen gute Voraussetzungen für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung.

Mehrheitsaktionär der ebs Energie AG ist der Bezirk Schwyz. Weitere Aktionäre sind die Oberallmeindkorporation Schwyz sowie die Konzessionsgemeinden Schwyz, Muotathal, Steinen, Sattel, Unteriberg, Lauerz und Illgau. Mit dem Verkauf wird auch die Gemeinde Arth Aktionärin der ebs Energie AG und erhält mit dem Einsitz in den Verwaltungsrat eine Mitwirkungsmöglichkeit an der weiteren Entwicklung des Unternehmens. Die Details hierzu werden im Aktionärsbindungsvertrag der ebs Energie AG geregelt.

Was wird mit dem Verkauf geregelt?

Der Verkauf des Elektrizitätswerks und die künftige Stromversorgung werden im Wesentlichen durch den Kaufvertrag und den Konzessionsvertrag zwischen der Gemeinde Arth und der ebs Energie AG geregelt. Mit dem Vollzug des Verkaufs sind zudem verschiedene kommunale Reglemente aufzuheben beziehungsweise an die neue Situation anzupassen. Nachfolgend nähere Erläuterungen:

Kaufvertrag

Der Kaufvertrag regelt die Übertragung des Elektrizitätswerks von der Gemeinde Arth auf die ebs Energie AG. Gegenstand des Verkaufs bilden insbesondere die Verteilnetzinfrastruktur sowie die Aktiven des Elektrofachgeschäfts und des Elektroinstallationsbetriebs samt den damit verbundenen Geschäftsbeziehungen. Die für den Netzbetrieb benötigten Grundstücke verbleiben im Eigentum der Gemeinde Arth; der ebs Energie AG werden die erforderlichen Dienstbarkeiten und Nutzungsrechte eingeräumt.

Der Kaufpreis beträgt nach heutigem Stand rund CHF 27.84 Mio. Dieser Betrag hat noch einen vorläufigen Charakter. Der definitive Kaufpreis wird anhand der tatsächlichen Werte der Aktiven per 30. Juni 2027 ermittelt. Bis zu diesem Zeitpunkt können sich insbesondere Veränderungen beim Anlagevermögen des Stromnetzes, bei den werthaltigen Deckungsdifferenzen sowie durch Investitionen und Abschreibungen der Aktiven auf den endgültigen Kaufpreis auswirken. Er wird teilweise in bar sowie zusätzlich durch eine Beteiligung an der ebs Energie AG abgegolten.
Der Kaufvertrag regelt zudem die Übernahme bestehender Vertragsverhältnisse und die Arbeitsverhältnisse der betroffenen Mitarbeitenden. Die Mitarbeitenden des Elektrizitätswerks werden von ebs Energie AG per 1. Juli 2027 zu mindestens den bestehenden vertraglichen Konditionen angestellt.

Was geschieht mit der Wasserversorgung/Wasserwerk?

Die Wasserversorgung ist nicht Gegenstand des Verkaufs. Sie bleibt vollständig im Eigentum und in der Verantwortung der Gemeinde Arth. Das Wasserwerk wird organisatorisch in die Gemeindeverwaltung integriert und als Spezialfinanzierung weitergeführt. Die betreffenden Mitarbeitenden bleiben bei der Gemeinde angestellt.

Für die Wasserbeziehenden ändert sich dadurch im Grundsatz nichts. Die Wasserversorgung wird weiterhin durch die Gemeinde sichergestellt. Das neue Wasserversorgungsreglement dient in erster Linie dazu, die organisatorischen Folgen der Integration des Wasserwerks in die Gemeindeverwaltung abzubilden und die weiterhin erforderlichen Bestimmungen in einer eigenständigen Regelung zusammenzuführen.

Konzessionsvertrag

Mit dem Konzessionsvertrag wird geregelt, unter welchen Bedingungen die ebs Energie AG künftig die Stromversorgung im bisherigen Versorgungsgebiet der gwa übernimmt. Die Gemeinde räumt der ebs Energie AG insbesondere das Recht ein, den öffentlichen Grund und Boden für die für den Netzbetrieb erforderlichen Anlagen und Leitungen zu nutzen. Gleichzeitig werden der Leistungsauftrag der ebs Energie AG sowie die Rechte und Pflichten beider Vertragsparteien festgelegt.

Der Konzessionsvertrag sieht eine Konzessionsabgabe an die Gemeinde innerhalb einer festgelegten Bandbreite von 0.7 bis 1.2 Rp./kWh vor. Deren Höhe soll im gesamten Gemeindegebiet weiterhin einheitlich ausgestaltet werden; aktuell beträgt die Abgabe 0.85 Rp./kWh. Für das künftige Versorgungsgebiet der ebs Energie AG fällt überdies eine Konzessionsabgabe zugunsten des Bezirks Schwyz in Höhe von 0.18 Rp./kWh an.

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann erstmals per 31. Dezember 2038 (entsprechend den Konzessionsverträgen anderer von ebs Energie AG versorgten Gemeinden im Bezirk Schwyz) gekündigt werden. Für den Fall einer Beendigung des Konzessionsverhältnisses ist zugunsten der Gemeinde ein Kaufs- beziehungsweise Heimfallsrecht vorgesehen. Damit erhält die Gemeinde die Möglichkeit, die für die Stromversorgung erforderlichen Anlagen unter den vertraglich festgelegten Konditionen wieder zurückzunehmen.

Für die öffentliche Beleuchtung ist eine separate Vereinbarung vorgesehen. Diese regelt die entsprechenden betrieblichen und finanziellen Einzelheiten.

Aufhebung und Anpassung kommunaler Reglemente

Mit dem Verkauf des Elektrizitätswerks entfällt die Grundlage für das bisherige Reglement betreffend die Elektrizitätsversorgung vom 26. Februar 2020. Die künftige Stromversorgung im bisherigen Versorgungsgebiet der gwa wird durch den Konzessionsvertrag mit der ebs Energie AG geregelt. Das Elektrizitätsreglement soll deshalb aufgehoben werden.
Auch das Organisationsreglement der Gemeindewerke Arth verliert mit dem Wegfall der gwa als eigenständige Organisationseinheit seinen bisherigen Regelungsgegenstand. Das Wasserwerk verbleibt bei der Gemeinde und wird organisatorisch in die Gemeindeverwaltung integriert. Die für die Wasserversorgung weiterhin erforderlichen Bestimmungen aus dem Organisationsreglement werden deshalb in das neue Wasserversorgungsreglement überführt.

Das neue Wasserversorgungsreglement trägt dieser organisatorischen Neuordnung Rechnung. Für die Wasserbeziehenden entstehen dadurch keine Mehrkosten und es sind folglich insbesondere bei der Tarifierung keine Änderungen vorgesehen. Die Wasserversorgung bleibt als Spezialfinanzierung vollständig im Eigentum und in der Verantwortung der Gemeinde Arth.

Vorprüfung durch den Kanton

Der Konzessionsvertrag mit der ebs Energie AG sowie das angepasste Wasserversorgungsreglement der Gemeinde Arth bedürfen nach der Zustimmung der Stimmberechtigten an der Urne noch der formellen Genehmigung durch den Regierungsrat.
Sie wurden deshalb dem Kanton Schwyz vorgängig zur rechtlichen Vorprüfung eingereicht, um frühzeitig die Vereinbarkeit der vorgesehenen Regelungen mit dem übergeordneten Recht und einer späteren Genehmigung durch den Regierungsrat zu klären. Diese Prüfung führte gemäss Schreiben des Volkswirtschaftsdepartements vom 24. September 2026 zu einem positiven Ergebnis.
Lediglich beim Wasserversorgungsreglement zeigte sich, dass die bisherige Konzessionsabgabe gemäss Art. 11 des geltenden Reglements betreffend die Wasserversorgung infolge des Wegfalls der Gemeindewerke und die Eingliederung in die Gemeindeverwaltung nicht mehr beibehalten werden kann. So soll der bisherige Ansatz von 17.50 Rp. pro m^3 Wasser in die Verbrauchsgebühr integriert werden, was dazu führt, dass der Wasserpreis für die Kundinnen und Kunden unverändert bleibt.

Was bedeutet der Verkauf für die Stromkundinnen und Stromkunden?

Zentrales Anliegen der Gemeinde Arth sind eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung und damit verbunden eine nachhaltige attraktive Tarifentwicklung. Die vorgenommenen Analysen zeigen, dass die ebs Energie AG aufgrund ihrer Grösse, Infrastruktur, eigenen Stromproduktion und möglicher Skalierungs- und Synergieeffekte erheblich bessere Voraussetzungen bietet als der eigenständige Weiterbetrieb des Elektrizitätswerks Arth.
Eine Garantie für einen stetigen Strompreis kann jedoch nicht abgegeben werden. Die Strompreise werden auch künftig von den Energiebeschaffungskosten (indirekt den Grosshandelspreisen auf dem Energiemarkt), den gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, den Infrastrukturkosten im Stromnetz und weiteren externen Faktoren beeinflusst. Allerdings bleiben strukturelle Vorteile gegenüber dem eigenständigen Weiterbetrieb des EW unabhängig davon bestehen.

Die zuverlässige Stromversorgung bleibt sichergestellt. Mit dem Vollzug des Verkaufs übernimmt die ebs Energie AG die Stromversorgung und den Netzbetrieb ab dem 1. Juli 2027; bis dahin bleibt die gwa dafür verantwortlich. Netzbetrieb und Netztarife unterliegen weiterhin den gesetzlichen Vorgaben des Bundes und der Aufsicht durch die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) und können von der ebs Energie AG nicht frei festgelegt werden. Die Stromtarife der ebs Energie AG kommen ab 1. Januar 2028 (Tarifjahr 2028) zur Anwendung.

Bestehende Verträge im Zusammenhang mit der Stromversorgung werden von der ebs Energie AG übernommen und zu den vereinbarten Konditionen weitergeführt. Für die Kundinnen und Kunden entsteht daraus kein zusätzlicher administrativer Aufwand. Über allfällige organisatorische Änderungen im Zusammenhang mit der Umstellung werden sie rechtzeitig informiert.

Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde

Mit dem Verkauf erhält die Gemeinde Arth als Gegenleistung einen nach heutigem Stand auf rund CHF 27.84 Mio. geschätzten Kaufpreis. Der definitive Kaufpreis wird anhand der tatsächlichen Werte per 30. Juni 2027 ermittelt und kann deshalb noch in geringem Ausmass vom heutigen Schätzwert abweichen, der im Kaufpreis enthaltende Goodwill von CHF 7.5 Mio. bleibt hingegen fix. Die Gemeinde bleibt damit finanziell und strategisch mit der regionalen Stromversorgung verbunden und kann künftig zudem mittels Dividenden am Erfolg der ebs Energie AG partizipieren. Zusätzlich erhält sie die im Konzessionsvertrag geregelte Konzessionsabgabe.

Vom geschätzten Verkaufspreis müssen die bestehenden Darlehen des Elektrizitätswerks inklusive dem Wasserwerk zurückbezahlt werden. Ein Teil der Gegenleistung erfolgt in Form einer Beteiligung von 667 Aktien an der ebs Energie AG, was einem Verkehrswert von rund CHF 9.19 Mio. entspricht.
Für Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen gilt das Nominalwertprinzip, sofern keine Börsenbewertung existiert. Die ebs Energie AG ist nicht börsenkotiert. Die Bilanzierung erfolgt daher nicht zum Verkehrswert von rund CHF 9.19 Mio., sondern zwingend zum Nominalwert. Das führt dazu, dass der bilanzierte Wert der Aktien tiefer ist als ihr wirtschaftlicher Wert oder ihr Anteil am Gesamtverkaufspreis. Für die Berechnung des Nettoerlöses wird deshalb die Aktienposition mit CHF 667’000.00 (667 Aktien à CHF 1’000.00 Nennwert) ausgewiesen.

Finanzielle Auswirkungen des geplanten Verkaufs

Position	**Betrag**	
Barvergütung nach Schuldentilgung ca.	CHF	8’000’000.00
Beteiligung an ebs Energie AG (Nominalwert)	CHF	667’000.00
Total Nettoerlös	**CHF**	**8’667’000.00**

Überführung der Liegenschaften

Mit dem Verkauf des EW werden die Grundstücke herausgelöst und in die Gemeinderechnung überführt. Die Rossstallung und kleinere Parzellen dienen ausschliesslich öffentlichen Aufgaben und gelten als Verwaltungsvermögen. Da diese Objekte bereits vollständig abgeschrieben sind, werden sie zum Restbuchwert von jeweils CHF 1.00 übernommen.
Die Liegenschaft Gotthardstrasse 21 wird überwiegend nicht für Verwaltungszwecke genutzt und zählt zum Finanzvermögen. Solches ist zum Verkehrswert zu bilanzieren; deshalb wird der aktuelle Marktwert von CHF 9.85 Mio. eingesetzt.

Liegenschaft/Objekt	**Einstufung**	**Übernahmewert**	
Rossstallung hinter Rathaus	Verwaltungsvermögen	CHF	1.00
Diverse kleinere Parzellen	Verwaltungsvermögen	CHF	100.00
Gotthardstrasse 21, Arth	Finanzvermögen	CHF	9'850'000.00

Bilanzielle Gesamtwirkung

Zusammengefasst ergeben sich folgende Effekte auf das Eigenkapital:

Effekt	**Betrag**	
Aufwertung Gotthardstrasse 21	CHF	9'850'000.00
Überführung Vermögenswerte Wasserwerk	CHF	2'500'000.00
Nettoerlös aus Verkauf (Bar und Aktien)	CHF	8'667'000.00
Gesamteffekt auf das Eigenkapital	rund	CHF 21.0 Mio.

Diese Effekte treten nur bei Zustimmung der Stimmberechtigten ein und sind, mit Ausnahme der Spezialfinanzierung Wasserversorgung, im Voranschlag 2027 bewusst nicht berücksichtigt.

Was geschieht bei einer Ablehnung des Verkaufs des EW an die ebs Energie AG?

Lehnen die Stimmberechtigten den Verkauf ab, verbleibt das Elektrizitätswerk im Eigentum der Gemeinde Arth und wird grundsätzlich innerhalb der bisherigen Strukturen weitergeführt.

Der Gemeinderat würde die bereits geprüften, jedoch limitierten betrieblichen und organisatorischen Optimierungsmöglichkeiten weiterverfolgen. Die bestehenden strukturellen Nachteile könnten jedoch durch andere Massnahmen nicht beseitigt werden. Insbesondere verbleibt das Risiko zur Bewältigung der regulatorischen, technischen und personellen Anforderungen bei der Gemeinde Arth, während sich die zu tarifierenden Kosten weiterhin auf eine vergleichsweise kleine Zahl von Kundinnen und Kunden verteilen und somit erhöht bleiben dürften.

Aus diesem Grund wäre nach heutiger Einschätzung auch künftig damit zu rechnen, dass die Stromtarife der gwa weiterhin erhöht und deutlich über dem Niveau regionaler Vergleichswerke bleiben dürften. Eine Ablehnung des Verkaufs würde daher nicht bedeuten, dass die heute bestehenden Herausforderungen wegfallen, sondern im Gegenteil, dass diese weiterhin innerhalb der bisherigen gemeindeeigenen Struktur durch die Gemeinde Arth bewältigt werden müssten.

Wie geht es bei einer Zustimmung weiter?

Stimmen die Stimmberechtigten an der Urnenabstimmung vom 28. Februar 2027 dem Verkauf zu, können der Kaufvertrag und der Konzessionsvertrag definitiv vollzogen werden. Der Vollzug ist per 1. Juli 2027 vorgesehen. Die vollständige betriebliche Überführung soll per 1. Januar 2028 abgeschlossen sein und die Stromtarife werden per 1. Januar 2028 an die Tarife ebs Energie AG angeglichen.

Bis zum Vollzug des Verkaufs wird die Stromversorgung weiterhin durch die gwa sichergestellt. Anschliessend werden die für den Übergang notwendigen betrieblichen, technischen und personellen Massnahmen gemeinsam mit der ebs Energie AG umgesetzt. Die Kundinnen und Kunden sowie die Mitarbeitenden werden über die einzelnen Schritte rechtzeitig informiert.

Das Wasserwerk verbleibt wie dargelegt bei der Gemeinde Arth und wird in die Gemeindeverwaltung integriert. Die Wasserversorgung bleibt damit auch nach dem Verkauf vollständig in der Hand der Gemeinde Arth.

Zusammenfassung und Empfehlung des Gemeinderates

Der Entscheid über den Verkauf des gemeindeeigenen Elektrizitätswerks ist von grosser Tragweite. Der Gemeinderat hat sich deshalb intensiv mit den verschiedenen Handlungsoptionen und Zukunftsmodellen auseinandergesetzt und diese eingehend geprüft, externe Fachpersonen beigezogen und im Rahmen eines mehrstufigen Verkaufsprozesses mehrere potenzielle Käuferinnen strukturiert einbezogen. Handlungsbedarf besteht insbesondere durch die im regionalen Vergleich deutlich höheren Stromtarife und die Frage, wie die Stromversorgung langfristig sicher, wirtschaftlich und zu konkurrenzfähigen Tarifen gewährleistet werden kann.

Dem Gemeinderat ist bewusst, dass mit dem Elektrizitätswerk ein bedeutender Vermögenswert der Gemeinde veräussert wird. Er hat mit der ebs Energie AG eine zuverlässige, lokal verankerte Partnerin gefunden, die zudem bereit ist, eine attraktive Gegenleistung zu bieten. Der Verkauf bedeutet für die Gemeinde deshalb keinen ersatzlosen Verzicht auf diesen Vermögenswert, sondern sie erhält eine erhebliche Gegenleistung in Form eines Kaufpreises von rund CHF 27.8 Mio. inklusive einer Beteiligung an der ebs Energie AG. Die Gemeinde kann über den erhaltenen Sitz im Verwaltungsrat ihre Interessen direkt einbringen, bleibt über den Konzessionsvertrag mit der Stromversorgung verbunden und sichert sich für den Fall einer späteren Beendigung des Konzessionsverhältnisses ein Kaufs- beziehungsweise Heimfallsrecht.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile ist der Gemeinderat überzeugt, dass der Verkauf des Elektrizitätswerks an die ebs Energie AG die beste Lösung für die Gemeinde Arth sowie für ihre Stromkundinnen und Stromkunden darstellt. Er empfiehlt den Stimmberechtigten deshalb, der Vorlage zuzustimmen.

B. Antrag des Gemeinderates

1. Dem Verkauf des Elektrizitätswerks der Gemeinde Arth an ebs Energie AG, Schwyz, sei zuzustimmen.

2. Der Konzessionsvertrag zwischen der Gemeinde Arth und ebs Energie AG, Schwyz, sei zu genehmigen.

3. Die mit dem Verkauf verbundenen Aufhebungen beziehungsweise Änderungen der zugehörigen Reglemente seien zu genehmigen.

4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Abstimmungsfrage soll lauten:

> Wollen Sie dem Verkauf des Elektrizitätswerks der Gemeinde Arth an die ebs Energie AG, Schwyz, inklusive Konzessionsvertrag sowie den notwendigen Aufhebungen beziehungsweise Anpassungen der zugehörigen Reglemente zustimmen?

C. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Vorlage «Verkauf des Elektrizitätswerks (EW)» auf formelle, rechtliche und materielle Richtigkeit geprüft.

Wir beantragen der Gemeindeversammlung zuhanden des Souveräns dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen und die Vorlage anzunehmen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

Kaufvertrag

I. Parteien

1. Verkäuferschaft
Gemeinde Arth, Rathaus, 6415 Arth
nachfolgend «Verkäuferschaft»

2. Käuferschaft
ebs Energie AG, UID CHE-105.979.887
Riedstrasse 17, 6430 Schwyz
nachfolgend «Käuferschaft»

II. Präambel

1 Die Gemeinde Arth hat sich dazu entschieden, ihre Verteilnetzinfrastruktur (gemeint ist die Verteilnetzinfrastruktur zur Stromversorgung im zugeteilten Netzgebiet in der Gemeinde Arth), ihr Elektrofachgeschäft und den Elektroinstallationsbetrieb zu veräussern. Die ebs Energie AG ist am Erwerb dieser Betriebsteile des Elektrizitätswerks Arth (EWA) interessiert und bereit, die Verteilnetzinfrastruktur des EWA in ihr Verteilnetz zu integrieren und die Stromversorgung im zugeteilten Netzgebiet in der Gemeinde Arth inskünftig sicherzustellen.

2 Parallel zu diesem Kaufvertrag schliessen die Parteien einen separaten Konzessionsvertrag betreffend insbesondere die Nutzung des öffentlichen Grundes, die Versorgungspflichten, Konzessionsabgabe, Tarifintegration, Investitions- und Informationspflichten, Vertragsdauer und Heimfall. Der Konzessionsvertrag ist rechtlich selbstständig, bildet jedoch eine Vollzugsbedingung dieses Kaufvertrags.

III. Kaufobjekte

3. Eigentumsübertragung

3 Die Verkäuferschaft überträgt der Käuferschaft und diese übernimmt am Vollzugstag im Alleineigentum die Kaufobjekte gemäss Ziffer 4 hiernach.

4. Kaufobjekte (Elektrizitätsversorgung/Verteilnetzinfrastruktur, Elektrofachgeschäft und Elektroinstallationsbetrieb)

4 Die Käuferschaft erwirbt von der Verkäuferschaft die Elektrizitätsversorgung/Verteilnetzinfrastruktur, das Elektrofachgeschäft und den Installationsbetrieb zu Eigentum sowie die dazugehörenden Geschäftsbeziehungen und Vertragsverhältnisse.

5 Die Anlagenteile/Aktiven der Elektrizitätsversorgung/Verteilnetzinfrastruktur inkl. Netzplan ergeben sich im Detail aus Anhang 1. Im Rahmen der Smart-Meter-Integration sichert die Käuferschaft der Verkäuferschaft Folgendes zu: Die Käuferschaft ersetzt die rund 1'000 von METAS beanstandeten LOS-Zähler bis zum 31.12.2027. Die verbleibenden Zähler werden in den Jahren 2028 und 2029 schrittweise durch die Smart-Meter-Lösung der Käuferschaft ersetzt, sodass die Messinfrastruktur im Gemeindegebiet spätestens ab dem 01.01.2030 auf den Systemen der Käuferschaft betrieben werden kann. Die Käuferschaft trägt sämtliche Kosten und betrieblichen Risiken der technischen und organisatorischen Migration der Messinfrastruktur, einschliesslich Planung, Beschaffung, Installation, allfälliger Übergangslösungen, Systemintegration, Datenmigration, Tests und Inbetriebnahme.

6 Die Aktiven und Anlagenteile des Elektrofachgeschäfts ergeben sich aus Anhang 2 und diejenigen des Elektroinstallationsbetriebes aus Anhang 3.

7 Die öffentliche Beleuchtung ist nicht Bestandteil der Kaufobjekte und verbleibt bei der Verkäuferschaft, soweit Anhang 1 nicht ausdrücklich einzelne Anlagen oder Leistungen der Käuferschaft zuordnet.

8 Die Käuferschaft übernimmt keine Passiven der Verkäuferschaft. Die Verkäuferschaft bleibt somit für alle Verpflichtungen haftbar, die mit diesem Vertrag nicht ausdrücklich durch die Käuferschaft übernommen werden. Die zeitliche Risikoabgrenzung richtet sich ergänzend nach Ziffer V.

IV. Kaufpreis und Zahlungsmodalitäten

5. Kaufpreis

9 Der vorläufig geschätzte Gesamtkaufpreis beträgt CHF 27'842'846.00 (siebenundzwanzig Millionen achthundertzweiundvierzigtausendachthundertsechsundvierzig Schweizer Franken) und beruht auf den im Zeitpunkt des verbindlichen Angebots verfügbaren Schätzungen der nachfolgend aufgeführten Kaufpreiskomponenten:

a)	Wert Anlagevermögen Stromnetz per 31.12.2025	CHF	18'139'938.00
	Verbrauchsmaterial Stromnetz per 31.12.2025	CHF	379'232.00
b)	Voraussichtlich werthaltige Deckungsdifferenzen per 30.06.2027 (Grobschätzung)	CHF	1'200'000.00
c)	Wert der Aktiven und Anlagenteile (Warenlager) Elektrofachgeschäft per 31.12.2025	CHF	75'166.00
d)	Wert der Aktiven und Anlagenteile (Anlagen, Warenlager) Elektroinstallationsbetrieb per 31.12.2025	CHF	548'510.00
e)	Goodwill (fixer Betrag)	CHF	7'500'000.00

10 Der definitive Gesamtkaufpreis wird nach Massgabe der tatsächlichen Werte per 30.06.2027 gemäss den nachfolgenden Bestimmungen ermittelt und entsprechend angepasst. Die Parteien erstellen beziehungsweise veranlassen nach Vorliegen der für die Kaufpreisbestimmung erforderlichen Unterlagen eine definitive Abrechnung der obgenannten Kaufpreiskomponenten auf Grundlage der tatsächlichen Werte per 30.06.2027. Der Goodwill von CHF 7'500'000.– bleibt von der Kaufpreisanpassung unberührt. Die werthaltigen Deckungsdifferenzen werden dabei höchstens bis zu einem Betrag von CHF 2'500'000.– als Bestandteil des Kaufpreises berücksichtigt.

11 Die Verkäuferschaft stellt der Käuferschaft die definitive Abrechnung des Kaufpreises (Zwischenabschluss per 30.06.2027 – geprüft von einem externen Kontrollorgan im Auftrag der Verkäuferschaft) samt Belegen bis spätestens 30.09.2027 zu. Die Käuferschaft kann einzelne Positionen innert 20 Arbeitstagen seit Eingang der Abrechnung schriftlich und begründet beanstanden. Nicht fristgerecht und substanziiert beanstandete Positionen gelten als anerkannt.

12 Kann zwischen den Parteien innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Zustellung der definitiven Abrechnung bzw. einer allfälligen Beanstandung durch die Käuferschaft keine Einigung

über einzelne für die Bestimmung des definitiven Kaufpreises massgebende Bewertungs- oder Berechnungspositionen erzielt werden, sind die streitigen Positionen einem Sachverständigen zur Beurteilung vorzulegen. Der Sachverständige muss von den Parteien unabhängig sein und über ausgewiesene Erfahrung in der Bewertung von Elektrizitätsverteilnetzen sowie in regulatorischen Fragen des schweizerischen Stromversorgungsrechts verfügen. Der Sachverständige prüft die streitigen Bewertungs- und Berechnungspositionen unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Vertrags und legt den Parteien seine Bewertung schriftlich vor. Die Bewertung des Sachverständigen ist endgültig und verbindlich. Die Parteien verpflichten sich, die Bewertung des Sachverständigen bei der Festlegung des definitiven Kaufpreises zu übernehmen. Die Kosten des Sachverständigen werden von den Parteien je zur Hälfte getragen. Jede Partei trägt ihre eigenen Beratungs- und Vertretungskosten.

13 Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die aus der Übertragung der Vermögenswerte der Verkäuferschaft allenfalls entstehende Mehrwertsteuerpflicht mittels Meldung gemäss Art. 38 MwStG erfüllt wird. Das entsprechende Meldeformular wird von beiden Parteien unmittelbar nach Inkrafttreten des Kaufvertrags unterschrieben und durch die Käuferschaft eingereicht. Kann die Mehrwertsteuerpflicht nicht auf dem Meldeweg erfüllt werden, ist eine allfällige Mehrwertsteuer von der Käuferschaft zu bezahlen.

6. Zahlungsmodalitäten

6.1 Grundsatz

14 Am Vollzugstag wird der Gesamtkaufpreis wie folgt getilgt:

a) Ein Teilbetrag von CHF 9'187'925.00 (die «Aktienkomponente») wird durch Übertragung von 667 eigenen, vollständig liberierten Namenaktien der Käuferschaft mit einem Nennwert von je CHF 1'000.00 und einem Wert und Preis von je CHF 13'775.00 getilgt; und

b) der verbleibende Teil des Kaufpreises wird durch Überweisung auf das von der Verkäuferschaft rechtzeitig schriftlich bezeichnete Bankkonto getilgt (die «Barkomponente»).

15 Übersteigt der definitive Gesamtkaufpreis den vorläufigen Gesamtkaufpreis, erhöht sich die Barkomponente um den Differenzbetrag. Unterschreitet der definitive Gesamtkaufpreis den vorläufigen Gesamtkaufpreis, reduziert sich die Barkomponente entsprechend.

16 Am Vollzugstag wird der Betrag von CHF 18'654'921.00 (Residualwert aus provisorischem Kaufpreis, abzüglich Aktienabgeltung) als Akontozahlung zur Zahlung fällig.

6.2 Vorbereitung und Bedingungen der Aktienkomponente

17 Die 667 Namenaktien, welche auf die Verkäuferschaft am Vollzugszeitpunkt übertragen werden, sind von der Käuferschaft vorgängig durch Kapitalerhöhung zu schaffen. Die Käuferschaft verpflichtet sich, sämtliche hierfür erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Beschlüsse, Prüfungen, Erklärungen und Statutenänderungen rechtzeitig herbeizuführen und der Verkäuferschaft den Nachweis hierfür spätestens 10 Tage vor dem Vollzugstag vorzulegen.

18 Im Rahmen der Aktienbeteiligung sichert die Käuferschaft zu, dass die Verkäuferschaft berechtigt ist, eine Person in den Verwaltungsrat der Käuferschaft abzuordnen. Die hierfür erforderliche Statutenänderung und die Wahl sind rechtzeitig vor dem Vollzugstag vorzunehmen.

19 Am Vollzugstag werden die 667 Namenaktien der Gesellschaft an die Verkäuferschaft abgetreten. Die Abtretung erfolgt Zug um Zug mit der Übertragung der Kaufobjekte.

20 Die Aktienkomponente gilt erst als getilgt, wenn:

a) die 667 Namenaktien rechtsgültig der Verkäuferschaft übertragen worden sind; und
b) die Generalversammlung der Gesellschaft der Übertragung zugestimmt hat und die Verkäuferschaft als Eigentümerin der 667 Namenaktien mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen worden ist.

21 Sind die vorgenannten Tilgungsbedingungen (Rz. 20) am Vollzugstag nicht vollständig erfüllt, gilt die Tilgung durch die Aktienkomponente als gescheitert. Die Käuferschaft hat der Verkäuferschaft in diesem Fall den Aktienteilbetrag von CHF 9'187'925.00 unverzüglich in bar auf das bezeichnete Bankkonto zu überweisen. Ein Anspruch auf eine spätere Erfüllung durch Aktienausgabe besteht nicht. Vorbehalten bleibt die Gewährung einer Nachfrist in analoger Anwendung von Randziffer 39.

6.3 Sicherstellung der Barkomponente

22 Die Käuferschaft legt der Verkäuferschaft am 30.06.2027 eine unwiderrufliche und unbedingte Zahlungsverpflichtung einer erstklassigen Schweizer Bank über die Zahlung der Barkomponente vor. Ein Zahlungsversprechen ist nicht erforderlich, wenn die Käuferschaft eine Belastungsanzeige ihrer Bank vorweist, aus welcher ersichtlich ist, dass der Zahlungsauftrag für die Überweisung der Barkomponente spätestens am 30.06.2027 in vollem Umfang erteilt worden ist.

V. Nutzen und Gefahr

23 Die Eigentumsübertragung mit allen Rechten und Pflichten sowie der Übergang von Nutzen und Gefahr an den Kaufobjekten erfolgen per 01.07.2027 (Antrittstag).

24 Die Käuferschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Stromtarif für die Kundinnen und Kunden der Verkäuferschaft für das ganze Jahr 2027 festgesetzt ist und unterjährig nicht angepasst werden kann.

VI. Übertragung Vertragsverhältnisse, Dienstbarkeiten und Nutzungsrechte

7. Vertragsverhältnisse

25 Die Käuferschaft tritt unter Vorbehalt der Zustimmung der anderen Vertragsparteien (Drittparteien) auf den 01.07.2027 mit allen Rechten und Pflichten in die Vertragsverhältnisse ein. Sämtliche Mietverhältnisse, Versicherungsverträge, Infrastrukturverträge, Leasingverträge, Vertriebsverträge, Werkverträge und übrigen Vertragsverhältnisse, die auf die Käuferschaft übergehen, sind in einer separaten Liste (Anhang 4) aufgeführt. Die übergehenden Verträge sind der Käuferschaft auszuhändigen. Die Rechte und Pflichten aus diesen Verträgen sind auf den 30.06.2027 zeitgerecht abzugrenzen und entsprechend zwischen den Parteien abzurechnen.

26 Sollte eine Drittpartei, die vor dem 30.06.2027 mit der Verkäuferschaft im Zusammenhang mit den Kaufobjekten einen Vertrag abgeschlossen hat, der Übertragung dieses Vertrags an die Käuferschaft nicht zustimmen, bleibt die Verkäuferschaft im Aussenverhältnis gegenüber der Drittpartei Vertragspartner. Im Innenverhältnis gelten jedoch sämtliche Rechte und Pflichten

aus dem betreffenden Vertrag als an die Käuferschaft abgetreten. Die Käuferschaft ist verpflichtet, den entsprechenden Vertrag direkt zu erfüllen und die Verkäuferschaft von allfälligen Forderungen der Drittpartei freizustellen. Bei einer Vertragsverletzung auf Seiten der Verkäuferschaft steht der Käuferschaft ein Rückgriffsrecht auf die Verkäuferschaft zu.

27 Die Käuferschaft führt den Standort Arth mit bestehendem Ladenlokal und Installationsgeschäft weiter und sieht vor, Telekommunikations- und Energiedienstleistungen sowie andere Energielösungen weiterzuentwickeln. Für diese Tätigkeiten verpflichten sich die Parteien zum Abschluss eines bzw. mehrerer Mietverträge über das bestehende Ladenlokal sowie weitere Räumlichkeiten (bestehendes Magazin, Werkstatt, Parkplätze sowie Büros) mit einer Fläche bis zu 400 m^2. Die Mietverträge sind zu marktüblichen Konditionen mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren abzuschliessen.

8. Dienstbarkeiten und Nutzungsrechte

28 Die Verkäuferschaft verpflichtet sich, sämtliche für den Besitz, Betrieb und Unterhalt des übertragenen Stromverteilnetzes erforderlichen Leitungsrechte, Zutrittsrechte, Benützungsrechte und sonstigen dinglichen oder obligatorischen Rechte so zu übertragen, neu zu bestellen oder anderweitig zu sichern, dass die Käuferschaft ab dem Vollzug des Vertrages über die für den vertragsgemässen Betrieb des Stromverteilnetzes notwendigen Rechte verfügt.

29 Die Käuferschaft übernimmt die für den Betrieb der Kaufobjekte erforderlichen obligatorischen und dinglichen Rechte und Pflichten unter Vorbehalt der Zustimmung Dritter, wo eine solche erforderlich ist. Insbesondere übernimmt die Käuferschaft alle bestehenden Dienstbarkeiten (Baurechte, Benützungsrechte, Zugangs- und Zufahrtsrechte sowie Durchleitungsrechte für Transformatorenstationen, Kabelverteilkabinen und Kabelleitungen etc.).

30 Die Verkäuferschaft leitet die Übertragung bestehender Vereinbarungen und Dienstbarkeitsverträge in Absprache mit der Käuferschaft rechtzeitig vor dem Vollzugsdatum ein, treibt diese voran und koordiniert die hierfür erforderlichen Handlungen. Die Käuferschaft leistet der Verkäuferschaft die dazu erforderliche Unterstützung.

31 Soweit einzelne Rechte (insb. Dienstbarkeitsrechte) nicht übertragbar sind oder aus einem anderen Grund nicht übertragen werden können, wird die Verkäuferschaft diese Rechte im Einvernehmen mit der Käuferschaft (i) in eine für die Käuferschaft wirksame Form überführen, (ii) der Käuferschaft gleichwertige Ersatzrechte beschaffen oder (iii) die Käuferschaft als ihre Vertreterin und obligatorisch Berechtigte aus den betroffenen Rechten (insb. Dienstbarkeitsrechten) bestellen.

32 Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit:

a) der Übertragung bestehender oder der Errichtung neuer Dienstbarkeiten oder obligatorischer Nutzungsrechte sowie

b) der Neubegründung einer Dienstbarkeit zugunsten der Käuferschaft, weil eine bestehende Dienstbarkeit nicht oder nicht ohne Zustimmung Dritter übertragen beziehungsweise umgeschrieben werden kann, werden je hälftig von der Käuferschaft und der Verkäuferschaft getragen. Dies umfasst Grundbuch- und Notariatskosten sowie Vermessungs- und Plankosten.

33 Soweit sich Anlagen und Bauten, die Bestandteil der Kaufobjekte sind, am Vollzugstag auf Grundstücken im Eigentum der Verkäuferschaft befinden und zu deren dauernder Sicherung, Betrieb, Kontrolle, Unterhalt, Instandsetzung, Erneuerung oder gleichwertigem Ersatz neue Dienstbarkeiten erforderlich sind, verpflichtet sich die Verkäuferschaft, der Käuferschaft die erforderlichen Dienstbarkeiten unentgeltlich einzuräumen. Es gilt die hälftige Kostenteilung gemäss Rz. 32 hiervor.

34 Nicht von der Verpflichtung zur unentgeltlichen Einräumung erfasst sind Dienstbarkeiten für:

a) nach dem Vollzugstag neu erstellte Anlagen, die keine Ersatzanlagen für bereits am Vollzugstag bestehende Anlagen darstellen;

b) räumliche Erweiterungen bestehender Anlagen;

c) Kapazitäts- oder Nutzungsänderungen, die über den bisherigen Betrieb hinausgehen; oder

d) andere betriebliche Zwecke der Käuferschaft, die nicht unmittelbar mit den übernommenen Kaufobjekten zusammenhängen.

Solche zusätzlichen Belastungen bedürfen einer separaten schriftlichen Vereinbarung zwischen den Parteien, einschliesslich einer allfälligen Entschädigungsregelung.

35 Die Nutzung des öffentlichen Grundes sowie die Einräumung von Sondernutzungsrechten werden ausschliesslich im Konzessionsvertrag geregelt. Aus diesem Kaufvertrag entsteht kein selbstständiges Recht der Käuferschaft zur gesteigerten Nutzung oder Sondernutzung des öffentlichen Grundes.

9. Arbeitsverträge und Personalübernahme

36 Die Käuferschaft wird mit Wirkung per 01.07.2027 mit sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des EWA neue Arbeitsverhältnisse abschliessen. Die Konditionen dieser Arbeitsverhältnisse dürfen dabei während einer Dauer von zwei Jahren insgesamt – mit Bezug auf jedes einzelne Arbeitsverhältnis – nicht schlechter sein als die Konditionen der bisherigen Arbeitsverhältnisse der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Verkäuferschaft (Besitzstandswahrung). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind durch die Parteien in angemessener Form zu konsultieren.

10. Strombeschaffung für Grundversorgung

37 Die Verkäuferschaft hat die Beschaffung zur Belieferung ihrer grundversorgten Kundinnen und Kunden mit Strom teilweise bereits getätigt. Die Käuferschaft übernimmt die dafür bereits abgeschlossenen Strombeschaffungsgeschäfte (gemäss Auflistung in Anhang 5).

VII. Vollzugsbedingungen

38 Der Vollzug steht unter den folgenden aufschiebenden Bedingungen:

a) rechtskräftige Genehmigung des Kaufvertrags und des Konzessionsvertrags durch die zuständigen Organe und, soweit erforderlich, durch das Stimmvolk der Verkäuferschaft;

b) wirksamer Abschluss des Konzessionsvertrags in einer von beiden Parteien genehmigten Fassung;

c) rechtswirksame Eintragung der Kapitalerhöhung für die 667 Namenaktien spätestens 10 Arbeitstage vor dem Vollzugstag oder vollständige Barersatzleistung analog Rz. 21;

d) Wahl eines von der Verkäuferschaft bezeichneten Verwaltungsratsmitglieds durch die Generalversammlung der Käuferschaft; und

e) Unterzeichnung des Aktionärbindungsvertrags durch die Verkäuferschaft gemäss Entwurf vom 20.08.2026.

39 Die Parteien informieren sich unverzüglich über den Eintritt oder das Ausbleiben einer Vollzugsbedingung und unternehmen alle zumutbaren Schritte, um deren Eintritt herbeizuführen. Sind nicht sämtliche Vollzugsbedingungen bis zum 30.06.2027 erfüllt oder wirksam erlassen, findet kein Vollzug statt. Die Parteien sind gegenseitig verpflichtet, eine angemessene Nachfrist einzuräumen, um die Vollzugsbedingungen zu erfüllen. Nutzen und Gefahr gehen in diesem Fall erst an diesem späteren Vollzugstag über. Jede Partei kann den Vertrag nach unbenutztem Ablauf der Nachfrist schriftlich beenden, sofern sie das Ausbleiben der Vollzugsbedingungen trotz Einräumung der Nachfrist nicht überwiegend verursacht hat.

VIII. Vollzug

40 Der Vollzug dieses Vertrags findet am 30.06.2027 statt, sofern sämtliche Vollzugsbedingungen erfüllt sind. Sämtliche Vollzugshandlungen stehen in einem Zug-um-Zug-Verhältnis.

41 Am Vollzugstag nimmt die Käuferschaft insbesondere folgende Handlungen vor:

a) Überweisung der Barkomponente einschliesslich des Aktienteilbetrags, soweit dieser nicht wirksam durch Übertragung der 667 Namenaktien erfolgt;

b) Übertragung der 667 Namenaktien gemäss Rz. 20 und

c) Übernahme der Betriebsmittel, Dokumentationen, Daten und Zugänge gemäss Übergabeprotokoll.

42 Am Vollzugstag nimmt die Verkäuferschaft insbesondere folgende Handlungen vor:

a) Übertragung des Besitzes und Einräumung der tatsächlichen Verfügungsmacht an den zu den Kaufobjekten gehörenden beweglichen Sachen;

b) Übertragung der betrieblichen Verantwortung und Kontrolle über die Verteilnetzinfrastruktur auf die Käuferschaft, insbesondere durch Übergabe beziehungsweise Freischaltung der erforderlichen Schlüssel, Zutrittsberechtigungen, Steuerungs- und Systemzugänge sowie der für den sicheren und ordnungsgemässen Netzbetrieb erforderlichen technischen und betrieblichen Dokumentation;

c) Unterzeichnung der erforderlichen Abtretungs- und Vertragsübertragungserklärungen, sofern am Vollzugstag bereits möglich;

d) Übergabe der verfügbaren Schlüssel, Unterlagen, Zugänge und Datenträger; und

e) Mitwirkung bei den erforderlichen Mitteilungen an Mitarbeitende, Kunden, Lieferanten und Behörden;

f) Übergabe einer vollständigen Übersicht der für den Betrieb der Kaufobjekte erforderlichen obligatorischen und dinglichen Rechte und Pflichten gemäss Ziffer VI, 8 per Vollzugsdatum (mit Wiedergabe allfälliger Anpassungen infolge des Abschlusses und Vollzugs dieses Kaufvertrags).

IX. Gewährleistung und Haftung

43 Die Verkäuferschaft leistet Gewähr, dass

– sie über die Kaufobjekte frei verfügen kann und diese frei von Rechten Dritter sind, die der ordnungsgemässen und dauernden Weiterführung der Elektrizitätsversorgung im zugeteilten Netzgebiet entgegenstehen oder den Wert der Kaufobjekte einschränken.

– die Kaufobjekte zum Antrittstermin in betriebsbereitem und der bisherigen Nutzung entsprechendem Zustand auf die Käuferschaft übertragen werden.

– auf den Kaufobjekten keine Verbindlichkeiten (einschliesslich Steuern, Sozialabgaben und sonstiger Abgaben), insbesondere aus Gewährleistungs- und Garantieverträgen, Wechseln oder Bürgschaften lasten oder mit diesen verbunden sind, die in den Anhängen nicht ausgewiesen sind.

– sie Verbindlichkeiten dieser Art bis zum Antrittstermin ohne Zustimmung der Käuferschaft auch nicht eingehen wird.

– die Anhänge nach bestem Wissen die wesentlichen Kaufobjekte und übernommenen Vertragsverhältnisse vollständig bezeichnen und ihr keine nicht offengelegten Verfahren bekannt sind, die den Betrieb wesentlich beeinträchtigen.

– seit dem Angebot der Käuferschaft vom 03.06.2026 keine aussergewöhnlichen Geschäfte zulasten der Kaufobjekte getätigt worden sind und sich auch keine Schadenfälle ereignet haben, die sich auf den Wert der Kaufobjekte negativ auswirken.

– sie der Käuferschaft keine ihr bekannten Risiken oder sonstigen Vorgänge im Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb des EWA verschwiegen hat, die der ordnungsgemässen dauernden Weiterführung des Geschäfts durch die Käuferschaft (als Teil ihres Verteilnetzes) entgegenstehen.

– in Bezug auf die Kaufobjekte keine Rechtsstreitigkeiten, Verwaltungsverfahren oder behördliche Untersuchungen hängig, angekündigt oder in Aussicht sind, welche nicht durch die Verkäuferschaft getragen werden.

44 Jede weitere Gewährleistung und Haftung der Verkäuferschaft wird unter Vorbehalt abweichender Bestimmungen in diesem Kaufvertrag wegbedungen, sofern und soweit dies gesetzlich zulässig ist.

X. Übergangsbestimmungen

45 Beantragte Anschlüsse an das Verteilnetz des EWA, die von der Verkäuferschaft gemäss den bisherigen reglementarischen Bestimmungen offeriert worden sind und erst nach dem Übergang von Nutzen und Gefahr auf die Käuferschaft erstellt werden können, werden von der Käuferschaft zu den angebotenen Konditionen ausgeführt. Die Beiträge für Netzanschluss und Netzkosten stehen der Käuferschaft zu.

46 Die Verkäuferschaft verpflichtet sich, das Verteilnetz, das Elektrofachgeschäft und den Elektroinstallationsbetrieb in der Zeit zwischen der Unterzeichnung dieses Vertrags und dessen Vollzug im ordentlichen Geschäftsgang und im Einklang mit der bisherigen Praxis, den anwendbaren regulatorischen Vorgaben (insbesondere StromVG/StromVV bzw. anwendbares Energierecht) mit der Sorgfalt eines ordentlichen Netzbetreibers und Geschäftsinhabers fortzuführen und den Wert, den Bestand und die Betriebsbereitschaft des Geschäfts zu erhalten. Die Käuferschaft wird der Verkäuferschaft dazu bei Bedarf die nötige Unterstützung leisten.

47 Die Verkäuferschaft wird Investitionen nach Inkrafttreten des Vertrags nur im Einvernehmen mit der Käuferschaft vornehmen und ohne schriftliche Zustimmung der Käuferschaft keine Wertverminderungen zulasten der Kaufobjekte mehr tätigen.

XI. Abrechnung unter den Parteien

48 Die Parteien rechnen untereinander auf den Übergang von Nutzen und Gefahr (30.06.2027) ab. Die Verkäuferschaft stellt die Käuferschaft von sämtlichen Drittansprüchen, die den Zeitraum vor dem Antrittstag betreffen, auf erstes Anfordern der Käuferschaft frei sowie schad- und klaglos; die Käuferschaft stellt die Verkäuferschaft von sämtlichen Drittansprüchen, die den Zeitraum ab Antrittstag betreffen, auf erstes Anfordern der Verkäuferschaft frei sowie schad- und klaglos.

XII. Vertraulichkeit und Kommunikation

49 Die Parteien behandeln nicht öffentliche Informationen über die Transaktion vertraulich. Offenlegungen sind zulässig, soweit sie gesetzlich, behördlich, kommunalpolitisch oder für die Genehmigung durch das Stimmvolk erforderlich sind oder gegenüber beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Beratern erfolgen.

50 Öffentliche Mitteilungen werden vorgängig abgestimmt, soweit keine Partei aufgrund zwingender Vorgaben unverzüglich kommunizieren muss. Die demokratische Willensbildung und die gesetzlichen Informationspflichten der Verkäuferschaft dürfen nicht unangemessen eingeschränkt werden.

XIII. Vertragskosten

51 Jede Partei trägt ihre Kosten im Zusammenhang mit dem Abschluss und Vollzug dieses Vertrags selbst.

XIV. Schlussbestimmungen

11. Vertragsbestandteile, Anhänge

52 Bestandteile und Anhänge dieses Vertrages mit Stand per 30.06.2027 sind:

- Anhang 1: Anlagenteile / Aktiven Verteilnetz
- Anhang 2: Anlagenteile / Aktiven Elektrofachgeschäft
- Anhang 3: Anlagenteile / Aktiven Elektroinstallationsbetrieb
- Anhang 4: Zu übertragende Vertragsverhältnisse
- Anhang 5: Liste der abgeschlossenen Strombeschaffungsgeschäfte

12. Änderungen und Schriftform

53 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags sowie von dessen Anhängen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.

13. Salvatorische Klausel

54 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise nichtig oder nicht durchsetzbar sein, beeinträchtigt dies den Vertrag insgesamt nicht. Die ungültigen oder nicht durchsetzbaren Bestimmungen sind durch rechtlich zulässige Regelungen so zu ersetzen, dass der angestrebte wirtschaftliche Vertragszweck möglichst erreicht wird. Diese Regelung gilt sinngemäss auch für Vertragslücken.

14. Anwendbares Recht/Gerichtsstand

55 Es findet schweizerisches materielles Recht Anwendung. Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Arth.

15. Inkrafttreten

56 Dieser Vertrag wird mit gegenseitiger Unterzeichnung und unter der aufschiebenden Bedingung abgeschlossen, dass das Stimmvolk der Gemeinde Arth anlässlich der Urnenabstimmung am 28.02.2027 den Vertrag rechtskräftig genehmigt.

16. Original

57 Dieser Vertrag wird in zwei Originalen ausgefertigt. Jede Partei erhält ein Exemplar.

Ort und Datum:

.....

Für die Verkäuferschaft:	Für die Käuferschaft:
.....	.....
Ruedi Beeler *Gemeindepräsident*	*Richard Föhn* *Verwaltungsratspräsident*
.....	.....
Markus Betschart *Gemeindeschreiber*	*Stefan Vogler* *Vorsitzender der Geschäftsleitung*

Konzessionsvertrag

zwischen der

Gemeinde Arth, Rathaus, 6415 Arth
im Folgenden **Gemeinde** genannt

und der

ebs Energie AG, UID CHE-105.979.887,
Riedstrasse 17, 6430 Schwyz
im Folgenden **ebs** genannt

zusammen **Parteien** genannt

betreffend

Nutzung von öffentlichem Grund und Boden/Leistungsvereinbarung

1. Verpflichtungen und Leistungen der Gemeinde

1.1. Sondernutzungskonzession für den öffentlichen Grund

1 Die Gemeinde erteilt ebs das Recht, ihre Verteilanlagen und Stromleitungen im und auf öffentlichem Grund (alle Grundstücke der Gemeinde auf dem Gemeindegebiet, die Verwaltungsvermögen sind oder im Gemeingebrauch stehen) zu erstellen, zu betreiben und zu unterhalten. Das zugeteilte Netzgebiet der ebs in der Gemeinde Arth umfasst lückenlos das Gebiet der Gemeindewerke Arth gemäss Netzzuteilungsplan des Kantons SZ (Anhang 1).

2 Die erwähnten Rechte beziehen sich auf die bei Vertragsabschluss bestehenden elektrischen Verteilanlagen und deren Erweiterungen gemäss Ziffer 1.2 nachstehend inklusive der zum Zwecke der Stromverteilung integrierten Datenübertragung.

1.2. Netzerweiterungen

1 ebs hat Anspruch auf die Erteilung der Rechte gemäss Ziff. 1.1 für weitere elektrische Verteilanlagen inklusive der zum Zwecke der Stromverteilung integrierten Datenübertragung.

2 ebs hat für Netzerweiterungen keine zusätzlichen Konzessionsabgaben zu entrichten.

3 Die Lage der elektrischen Verteilanlagen auf Grundstücken der Gemeinde wird in Absprache mit der Gemeinde festgelegt.

1.3. Rechte an Grundstücken im Finanzvermögen der Gemeinde

1 Grundstücke im Finanzvermögen der Gemeinde werden bezüglich Dienstbarkeiten gleich behandelt wie private Grundstücke. Die Gemeinde wird mit ebs die erforderlichen Dienstbarkeitsverträge abschliessen. Auf eine finanzielle Entschädigung wird in diesem Fall verzichtet. Das Entgelt ist mit den Konzessionsabgaben gemäss Ziff. 2.1 dieses Vertrags abgegolten.

2 Beim Erwerb von Durchleitungsrechten und weiteren Dienstbarkeiten auf Privateigentum ist die Gemeinde ebs nach Möglichkeit behilflich.

1.4. Veräusserung belasteter Grundstücke

Beabsichtigt die Gemeinde, Grundstücke, auf denen sich elektrische Verteilanlagen von ebs befinden, zu veräussern, wird die Gemeinde ebs rechtzeitig benachrichtigen. Sofern die elektrischen Verteilanlagen nicht bereits dinglich gesichert sind, bestellt die Gemeinde auf diesen Grundstücken vor der Veräusserung zugunsten von ebs die entsprechenden Dienstbarkeiten. Das Entgelt ist in den Konzessionsabgaben gemäss Ziff. 2.1 dieses Vertrags inbegriffen.

2. Verpflichtungen und Leistungen von ebs

2.1. Gemeindeentschädigung (Konzessionsabgabe)

1 Als Gegenleistung für das Erteilen der Sondernutzung von öffentlichem Grund und Boden, der damit verbundenen Durchleitungsrechte und anderen Dienstbarkeiten entrichtet ebs der Gemeinde eine Konzessionsabgabe.

2 Die Konzessionsabgabe wird auf der Basis der aus dem Verteilnetz der ebs ausgespiesenen elektrischen Energie (kWh) erhoben und besteht aus zwei Teilbeträgen:

a) Ein fester Betrag von 0.18 Rappen je kWh steht dem Bezirk Schwyz zu.
b) Ein Betrag, welcher der Gemeinde zusteht und innerhalb einer Spannweite von 0.7 bis 1.2 Rappen je kWh liegt, wobei die Gemeinde auch gänzlich auf ihren Anteil verzichten kann.

3 Der Gemeinderat wird durch den vorliegenden Konzessionsvertrag ermächtigt und verpflichtet, die konkrete Höhe des Teilbetrags gemäss Absatz 2 Bst. b hiervor innerhalb des Gebührenrahmens für jedes Jahr im Voraus festzulegen. Der Gemeinderat legt den Betrag jeweils bis spätestens 30.06. mittels einer an ebs gerichteten Verfügung fest. Erfolgt bis zu diesem Zeitpunkt keine explizite Festlegung durch den Gemeinderat, bleibt der für das Vorjahr festgelegte Rappenbetrag pro kWh bestehen.

4 Bemessungsgrundlage ist die im jeweiligen Abrechnungsjahr innerhalb des zugeteilten Netzgebiets der Gemeinde über das Verteilnetz an Endverbraucherinnen und Endverbraucher ausgespiesene und der Netznutzung zugeordnete elektrische Energie. Nicht zur Bemessungsgrundlage gehören insbesondere Netzverluste, der Eigenbedarf von ebs, Lieferungen ausserhalb des Konzessionsgebietes sowie Debitorenverluste bei Kunden.

5 Als Abrechnungsperiode dient das hydrologische Jahr. ebs stellt der Gemeinde spätestens 60 Tage nach Ablauf jeder Abrechnungsperiode eine nachvollziehbare Abrechnung zu, welche mindestens die massgebende Energiemenge, den Gesamtbetrag der Konzessionsabgabe sowie die auf die Gemeinde und den Bezirk Schwyz entfallenden Beträge ausweist. Gleichzeitig überweist ebs den geschuldeten Gesamtbetrag auf das von der Gemeinde bezeichnete Bankkonto.

6 Die Abgeltung gemäss Ziff. 2.1 Abs. 1 entspricht gemäss Art. 12 Abs. 2 lit. d StromVG als «Abgaben und Leistungen an Gemeinwesen» und ist somit auf der Rechnung an die betroffenen Endverbraucherinnen und Endverbraucher transparent und separat auszuweisen.

7 Die Gemeinde kann die Überprüfung der Abrechnung über die Konzessionsabgaben durch eine neutrale, unabhängige und von beiden Parteien gemeinsam bestimmte Treuhandstelle verlangen. ebs gewährt dieser Stelle die zur Prüfung

erforderliche Einsicht in die massgebenden Mess-, Abrechnungs- und Buchungsunterlagen. Ergibt die Prüfung eine wesentliche Abweichung zugunsten der Gemeinde, hat ebs den Fehlbetrag samt Verzugszins von 5% pro Jahr ab ursprünglicher Fälligkeit nachzuzahlen. Enthält die Abrechnung Fehler, gehen die Kosten zulasten von ebs, ansonsten zulasten der Gemeinde.

2.2. Dokumentation der Verteilanlagen

ebs führt den Leitungskataster nach den elektrizitätsrechtlichen Vorschriften.

2.3. Leistungsauftrag ebs

1 ebs übernimmt als Konzessionärin für die Dauer dieses Vertrags im ihr zugeteilten Netzgebiet der Gemeinde den Leistungsauftrag für die Elektrizitätsversorgung. Sie erfüllt diesen Leistungsauftrag nach Massgabe des jeweils anwendbaren Bundes- und Kantonsrechts, der rechtsgültigen kommunalen Erlasse sowie dieses Vertrags.

2 Die Konzessionärin ist insbesondere verpflichtet:

a) die elektrische Erschliessung im zugeteilten Netzgebiet nach Massgabe des anwendbaren Planungs-, Bau- und Stromversorgungsrechts sowie der von den zuständigen Organen genehmigten Erschliessungsplanungen sicherzustellen;

b) die für eine sichere und zuverlässige Elektrizitätsversorgung erforderlichen Verteilanlagen, Leitungen, Netzanschlüsse, Mess- und Steuerungseinrichtungen auf eigene Kosten zu planen, zu erstellen, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und bedarfsgerecht auszubauen;

c) durch einen fachgerechten Netzbetrieb sicherzustellen, dass elektrische Energie in genügender Menge und Qualität sowie mit der erforderlichen Versorgungssicherheit und Netzkapazität nach dem jeweiligen Stand der Technik durchgeleitet werden kann;

d) die gesetzlichen Verpflichtungen betreffend Netzanschluss, Netznutzung, Grundversorgung und Energielieferung zu erfüllen;

e) eine angemessene Betriebs-, Störungs- und Notfallorganisation zu unterhalten und bei Störungen alle zumutbaren Massnahmen zur raschen Wiederherstellung eines sicheren Netzbetriebs zu treffen;

f) die Anlagen und den Netzbetrieb so zu organisieren, dass die Sicherheit von Personen und Sachen sowie der Schutz der Umwelt gewährleistet sind;

g) die für den Netzbetrieb erforderlichen technischen Unterlagen, Anlageverzeichnisse, Leitungskataster, Messdaten und Betriebsdokumentationen vollständig und nachgeführt zu halten; und

h) sämtliche für den Betrieb des Verteilnetzes erforderlichen Bewilligungen, Zulassungen und regulatorischen Voraussetzungen auf eigene Kosten einzuholen und während der Vertragsdauer aufrechtzuerhalten.

3 Die Konzessionärin behandelt vergleichbare Kundengruppen im Gemeindegebiet diskriminierungsfrei. Sie stellt sicher, dass die Kundinnen und Kunden im Gemeindegebiet hinsichtlich Versorgungsqualität, Service und Zugang zu den von ihr angebotenen Netzdienstleistungen gegenüber vergleichbaren Kundengruppen in ihren übrigen Versorgungsgebieten nicht ohne sachlichen Grund benachteiligt werden.

4 Zeichnen sich wesentliche Beeinträchtigungen der Versorgungssicherheit, länger dauernde Versorgungsunterbrüche, Kapazitätsengpässe oder andere erhebliche Störungen ab, informiert die Konzessionärin die Gemeinde unverzüglich.

5 Die Konzessionärin erstattet der Gemeinde jährlich Bericht über:
a) die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität;
b) wesentliche Versorgungsunterbrüche und Störungen;
c) den Zustand und die Entwicklung des Verteilnetzes;
d) die im vergangenen Jahr realisierten Investitionen;
e) die für die folgenden Jahre vorgesehenen wesentlichen Investitions- und Erneuerungsmassnahmen; und
f) wesentliche regulatorische oder technische Entwicklungen, welche das Gemeindegebiet betreffen.

6 Weitere Dienstleistungen, welche mit der Elektrizitätsversorgung zusammenhängen, aber nicht Bestandteil des gesetzlichen oder vertraglichen Leistungsauftrags sind, werden nur aufgrund einer separaten schriftlichen Vereinbarung erbracht.

2.4. Investitionen

ebs übernimmt die in der Investitionsplanung vom August 2026 vorgesehenen Investitionen der Gemeinde und führt die darin bezeichneten Projekte beziehungsweise technisch und funktional gleichwertige Ersatzprojekte auf eigene Rechnung und Verantwortung aus.

2.5. Öffentliche Beleuchtung

Die öffentliche Beleuchtung im Versorgungsgebiet wird durch separate Vereinbarung zwischen den Parteien geregelt.

2.6. Preisgestaltung der ebs

ebs ist berechtigt, sämtliche im Rahmen dieser Konzession erbrachten Leistungen (wie Energielieferung, Netznutzung, Netzanschluss etc.) dem jeweiligen Bezüger in Rechnung zu stellen. Sie erhebt dazu von den Kunden einmalige Anschlussbeiträge (2.6.1) und wiederkehrende Betriebsgebühren (2.6.2).

2.6.1 Anschlussbeiträge

1 ebs erhebt bei neuen Netzanschlüssen sowie bei Verstärkung, Erweiterung, Änderung oder Ersatz von bestehenden Netzanschlüssen von den Grundeigentümern bzw. Baurechtsberechtigten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sowie der geltenden Reglemente und Bedingungen der ebs Netzkostenbeiträge und Netzanschlussgebühren.

2 Die Netzkostenbeiträge decken einen angemessenen Teil der Kosten der Groberschliessung und den überwiegenden Teil der Kosten der Feinerschliessung mit elektrischer Energie. Sie werden pauschaliert auf der Basis der bezugsberechtigten Leistung bzw. der für das jeweilige Grundstück geschaffenen Netzkapazität erhoben.

3 Die Netzanschlussgebühren decken sämtliche Kosten für den jeweiligen Hausanschluss, welche nicht anteilsmässig durch Netzkostenbeiträge gedeckt werden.

4 Bei Verstärkung, Erweiterung, Änderung oder Ersatz von bestehenden Netzanschlüssen ist der Grundeigentümer bzw. Baurechtsberechtigte nur dann zur Bezahlung eines Netzkostenbeitrags und einer Netzanschlussgebühr ver-

pflichtet, wenn ihm aus diesem Sachverhalt ein Sondervorteil erwächst. Für den bestehenden Anschluss bezahlte Beiträge werden an den Netzkostenbeitrag bzw. die Netzanschlussgebühr angerechnet.

5 Netzkostenbeiträge und Netzanschlussgebühren werden mit dem jeweiligen Netzanschluss bzw. mit der Verstärkung, Erweiterung, Änderung oder dem Ersatz eines bestehenden Netzanschlusses eines Grundstücks zur Zahlung fällig.

2.6.2 Wiederkehrende Betriebsgebühren

ebs stellt den Energiebezügern die Kosten der Netznutzung, des Messwesens sowie der gelieferten Energie in Rechnung.

2.6.3

1 Die Höhe der Beiträge und Gebühren wird in einem von ebs erlassenen «Preisreglement» festgelegt, welches in seiner jeweils gültigen Fassung dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme zuzustellen ist.

2 Die Preise bemessen sich nach regulatorischen und unternehmerischen Grundsätzen.

3 ebs integriert die Kundinnen und Kunden im bisherigen Versorgungsgebiet der Gemeinde per 01.01.2028 in ihr Tarifsystem. Ab diesem Zeitpunkt gelten für vergleichbare Kundengruppen grundsätzlich dieselben Tarifgrundsätze, Leistungsstandards und allgemeinen Geschäftsbedingungen wie in den übrigen vergleichbaren Versorgungsgebieten von ebs.

3. Gegenseitige Information und Koordination von Bauarbeiten

3.1. Gegenseitige Information

Die Gemeinde und ebs orientieren sich gegenseitig im Voraus rechtzeitig über alle relevanten Massnahmen, Baugesuche, Änderungen und Planungen jeglicher Art (wie Zonen-, Bebauungs-, Gestaltungs-, Erschliessungsplanungen), welche Auswirkungen auf die elektrischen Verteilanlagen nach sich ziehen. Die Gemeinde und ebs gewähren sich gegenseitig Einblick in ihre Werkleitungskataster und erstellen davon auf Verlangen kostenlos Auszüge.

3.2. Koordinieren von Bauarbeiten/entgangene Erlöse und Mehrkosten aufgrund von Bauarbeiten

1 Bauarbeiten auf öffentlichem Grund und Boden werden zwischen der Gemeinde und ebs koordiniert.

2 Die Parteien können Gräben und Leitungsschächte sowie weitere Anlagen der anderen Vertragspartei für leitungsgebundene Dienstleistungen (Wasser, Abwasser, Gas, Kabelfernsehen, Datenübertragungsanlagen usw.) gegen Kostenbeteiligung mitbenutzen oder mitbenutzen lassen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

3 Für während der Bauzeit entgangene Erlöse der Gemeinde auf öffentlichem Grund (bspw. Parkgebühren) entrichtet ebs keine Entschädigungen. Solche Einbussen gelten durch die Konzessionsabgaben als abgegolten. Anderslautende Bestimmungen der Gemeinde sind ausgeschlossen.

4 Die infolge fachgerecht ausgeführter Bauarbeiten im Zusammenhang mit Erweiterungen des Verteilnetzes sowie allen weiteren baulichen Massnahmen am Verteilnetz an den öffentlichen Strassen und ihren Bestandteilen der Gemeinde entstehende Minderung der Lebensdauer sowie die damit zulasten der Gemeinde verbundenen Mehrkosten sind mit der Bezahlung der Konzessionsabgabe abgegolten. Zu diesen Mehrkosten gehören auch sämtliche Gebühren für Bewilligungen, wie bspw. solche für Aufbruchsbewilligungen und Baubewilligungen.

4. Rechtsnachfolge

ebs kann den vorliegenden Konzessionsvertrag nur mit Zustimmung der Gemeinde an einen Dritten übertragen. Die Gemeinde wird der Übertragung zustimmen, wenn ihr der Dritte die Gewähr bietet, die vertraglichen Bedingungen zu erfüllen.

5. Vertragsdauer

1 Dieser Vertrag tritt gemäss Ziffer 8 am 01.07.2027 in Kraft. Er gilt auf unbestimmte Zeit. Beide Parteien können die Konzession und die vertraglichen Vereinbarungen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen, erstmals per 31.12.2038. Nach diesem Zeitpunkt ist die ordentliche Kündigung unter Einhaltung derselben Kündigungsfrist auf jedes nachfolgende Jahresende möglich. Massgebend für die Einhaltung der Kündigungsfrist ist der Eingang der Kündigung bei der anderen Partei.

2 Das Recht beider Parteien zur ausserordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt vorbehalten. Als wichtiger Grund gilt insbesondere eine schwerwiegende Vertragsverletzung, welche trotz schriftlicher Abmahnung und angemessener Nachfrist nicht behoben wird, oder der dauerhafte Wegfall einer für die Vertragserfüllung wesentlichen öffentlich-rechtlichen Bewilligung oder Netzgebietszuteilung.

6. Kaufsrecht («Heimfall»)

1 Im Fall einer Kündigung des Vertrags durch eine Partei oder einer anderen Vertragsbeendigung hat die Gemeinde das Recht, die auf öffentlichem oder privatem Boden errichteten elektrischen Verteilanlagen und Stromleitungen sowie die dazugehörigen Grundstücke inkl. allfälliger beschränkter dinglicher Rechte auf dem Gebiet der Gemeinde zu erwerben (Kaufsrecht). Das Kaufsrecht ist innert 60 Tagen seit Eingang der Kündigung des Vertrags auszuüben. Erforderliche Beschlüsse der zuständigen Gemeindeorgane und behördliche Genehmigungen bleiben vorbehalten; die Gemeinde leitet die entsprechenden Verfahren nach Ausübung des Rückkaufsrechts ohne unangemessene Verzögerung ein.

2 Auch Grundstücke, Anlagen und Rechte, die auf dem Gebiet der Gemeinde Arth liegen und nicht nur der Versorgung der Gemeinde Arth, sondern auch der Versorgung Dritter dienen, werden vom Kaufsrecht erfasst. Die Gemeinde ist diesfalls jedoch verpflichtet, ebs gegen angemessene Entschädigung ein Mitbenützungsrecht zur Sicherstellung der Versorgung dieser Dritten einzuräumen. Soweit eine Übertragung nicht sachgerecht möglich ist, räumt ebs der Gemeinde die erforderlichen Mitbenützungsrechte zu angemessenen, vom Expertenkollegium festzulegenden Bedingungen ein.

3 Die Parteien bestimmen gemeinsam ein Expertenkollegium, das den Kaufpreis für die Anlagen festzusetzen hat. Die Experten werden wie folgt bestimmt: Jede Partei

ernennt einen Experten. Diese beiden Experten bestimmen gemeinsam einen Obmann. Falls sie sich nicht auf die Bezeichnung eines Obmanns einigen können, wird dieser durch den Präsidenten des Kantonsgerichts Schwyz bestimmt. Die Parteien sind verpflichtet, dem Expertenkollegium sämtliche von ihm gewünschten Aufschlüsse zu erteilen und ihm sämtliche gewünschten Bücher und Belege zur Einsicht zu unterbreiten. Die Kosten des Expertenkollegiums werden von den Parteien je zur Hälfte getragen. Der Entscheid des Expertenkollegiums ist endgültig und für beide Parteien verbindlich. Das Expertenkollegium entscheidet auch über das rechtliche Schicksal, die allfällige Zuteilung von Mitbenützungsrechten und die Höhe der zu entrichtenden Entschädigungen hinsichtlich derjenigen Grundstücke, Anlagen und Rechte, die auf dem Gebiet anderer Gemeinden liegen.

4 Der Kaufpreis für die Anlagen wird nach den gleichen Grundsätzen beziehungsweise Kaufpreiskomponenten bewertet wie bei der Übertragung der Anlagen von der Gemeinde auf ebs gemäss Kaufvertrag vom 29.09.2026. In Bezug auf die Kaufpreiskomponente «Goodwill» ist das Folgende bei der Kaufpreisfestlegung zu berücksichtigen. Ausgangswert für die Berechnung des Goodwillrestwerts gilt der von ebs gemäss Kaufvertrag vom 29.09.2026 tatsächlich bezahlte fixe Goodwill von CHF 7'500'000.00. Der Goodwill wird ab dem 01.07.2027 über eine Dauer von 360 Monaten linear auf null abgeschrieben. Der im Zeitpunkt des Vollzugs des Heimfalls noch nicht abgeschriebene Goodwillrestwert berechnet sich pro rata temporis (Goodwillrestwert = CHF 7'500'000.00 × Anzahl der zwischen dem Vollzug des Heimfalls und dem 30.06.2057 verbleibenden vollen Monate/360).

5 Mit Vertragsablauf und Ausübung des Kaufsrechts der Anlagen sollen – soweit rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll – sämtliche Verträge, welche für den Betrieb der Versorgung von Bedeutung sind (Verträge mit Kunden, anderen Gemeinden, Kanton, usw.), auf die Gemeinde Arth übergehen.

7. Aufsicht

Die Gemeinde ist berechtigt, die Einhaltung der Konzessionsbestimmungen zu kontrollieren und allfällig erforderliche Massnahmen anzuordnen.

8. Genehmigung und Inkrafttreten

Der Vertrag tritt nach Beratung in der Gemeindeversammlung vom 11.12.2026, bzw. der Annahme an der Urnenabstimmung vom 28.02.2027 und der Genehmigung durch den Regierungsrat auf den 01.07.2027 in Kraft.

Die von der Gemeinde per 17.08.2026 festgesetzte Konzessionsabgabe gilt für das ganze Kalenderjahr 2027. Der Teilbetrag der Konzessionsabgabe gemäss Ziffer 2.1 an den Bezirk Schwyz tritt per 01.01.2028 in Kraft.

9. Schlussbestimmungen

9.1. Widerrechtliche Vereinbarungsbestimmungen/ Lücken der Vereinbarung

Sollten nur einzelne Bestimmungen dieses Konzessionsvertrages widerrechtlich sein oder werden, ohne dass anzunehmen wäre, dass die übrigen Vereinbarungen zwischen den Parteien ohne den widerrechtlichen Teil nicht geschlossen worden wären, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Vielmehr verpflichten sich die Parteien, die rechtsunwirksame Bestimmung durch eine andere, im wirtschaftlichen Ergebnis möglichst gleichwertige Bestimmung zu ersetzen. Sollte der Vertrag ausfüllungsbedürftige Lücken enthalten, verpflichten sich die Parteien zu einer entsprechenden Vertragsergänzung, wobei die wirtschaftlichen Interessen beider Parteien angemessen zu berücksichtigen sind.

9.2. Schriftform

Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Abänderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die vorliegende Bestimmung. Sie werden mit der Unterzeichnung beider Parteien wirksam.

9.3. Streitigkeiten und Gerichtsstand

Alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten zwischen den Parteien, die nicht gütlich beigelegt werden können, werden durch die zuständigen Gerichte des Kantons Schwyz beurteilt.

Ort und Datum:

Gemeinde Arth	**ebs Energie AG**
.....	.....
Ruedi Beeler *Gemeindepräsident*	*Richard Föhn* *Verwaltungsratspräsident*
.....	.....
Markus Betschart *Gemeindeschreiber*	*Stefan Vogler* *Vorsitzender der Geschäftsleitung*
.....	.....

gemeinde arth

Wasserversorgungs-reglement der Gemeinde Arth

vom 28. Februar 2027

Die Stimmberechtigten der Gemeinde Arth beschliessen,

gestützt auf § 12 Abs. 1 des Gemeindeorganisationsgesetzes des Kantons Schwyz vom 25. Oktober 2017:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck und Leistungsauftrag

1 Die Gemeinde Arth gewährleistet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Versorgung ihres Versorgungsgebiets mit Trink- und Brauchwasser sowie die Sicherstellung der Löschwasserversorgung.

2 Sie stellt sicher, dass den Wasserbezügern jederzeit Wasser in ausreichender Menge und einwandfreier Qualität geliefert wird, soweit nicht aussergewöhnliche Umstände eine Einschränkung oder Unterbrechung der Versorgung erforderlich machen.

3 Die Gemeinde erstellt, betreibt, unterhält und erneuert die für die Wasserversorgung erforderlichen Anlagen und Leitungen. Sie sorgt für deren bedarfsgerechte Erweiterung entsprechend der Siedlungsentwicklung und den geltenden Erschliessungsplanungen.

4 Die Gemeinde kann für deren Betrieb und Unterhalt der Wasserversorgung oder Teile davon auch geeignete Dritte beauftragen. Die hoheitlichen Befugnisse verbleiben bei der Gemeinde.

5 Sie gewährleistet die Trinkwasserversorgung in Notlagen nach den Vorgaben des Bundes- und kantonalen Rechts.

6 Die Gemeinde kann im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags weitere Dienstleistungen erbringen, sofern dadurch die Erfüllung des Versorgungsauftrags nicht beeinträchtigt wird.

Art. 2 Organisation

1 Die Wasserversorgung ist Bestandteil der Gemeindeverwaltung Arth.

2 Ihr Betrieb wird organisatorisch durch die zuständige Verwaltungsstelle geführt. Diese sorgt für den Unterhalt der Anlagen und die Erfüllung der operativen Aufgaben.

3 Der Gemeinderat übt die strategisch-politische Führung sowie die Aufsicht über die Wasserversorgung aus.

Art. 3 Lieferpflicht

1 Die Gemeinde ist innerhalb ihres Versorgungsgebiets verpflichtet, Wasser ununterbrochen, in genügender Menge und einwandfreier Qualität zu liefern.

2 Innerhalb der Bauzonen besteht Anspruch auf den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung nach Massgabe dieses Reglements.

3 Ausserhalb der Bauzonen besteht ein Anspruch auf einen Anschluss nur, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind und die Gesuchsteller sämtliche dadurch entstehenden Kosten übernehmen.

4 Die Gemeinde ist berechtigt, die Wasserlieferung bei höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten, Neuanschlüssen oder aufgrund behördlicher Anordnungen einzuschränken oder vorübergehend einzustellen. Soweit möglich werden die Betroffenen rechtzeitig informiert.

Art. 4 Rechtsverhältnisse und Befugnisse

1 Das Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinde Arth und den Wasserbezügern ist öffentlich-rechtlicher Natur.

2 Das Rechtsverhältnis für gewerbliche Leistungen ausserhalb des gesetzlichen Versorgungsauftrags richtet sich nach Privatrecht.

3 Die Gemeinde ist insbesondere befugt:

a) Anschluss- und Lieferbedingungen sowie Allgemeine Geschäftsbedingungen zu erlassen;

b) die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Bewilligungen zu erteilen;

c) Verfügungen zu erlassen;

d) Grundstücke und Gebäude zu betreten, soweit dies zur Erstellung, Kontrolle, Wartung, Erneuerung oder Reparatur der Wasserversorgungsanlagen erforderlich ist.

II. Anlagen und Finanzierung

Art. 5 Eigentumsverhältnisse

1 Das kommunale öffentliche Wasserversorgungsnetz umfasst insbesondere die Transport-, Haupt- und Versorgungsleitungen sowie die Hydrantenanlagen.

2 Die Hausanschlussleitung von der Netzanschlussstelle bis zur Parzellengrenze steht im Eigentum der Gemeinde.

3 Der Anschluss an die Versorgungsleitung («Schieber»)sowie der Wasserzähler stehen im Eigentum der Gemeinde. Die Hausanschlussleitung auf privatem Grund steht im Eigentum der Eigentümerin oder des Eigentümers der angeschlossenen Liegenschaft oder Anlage.

4 Die Hausanschlussleitung wird durch die Gemeinde oder durch von ihr beauftragte Dritte auf Kosten der Eigentümerin oder des Eigentümers der angeschlossenen Liegenschaft erstellt, unterhalten, erneuert oder ersetzt.

Art. 6 Löschwasserversorgung

Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung erstellt und unterhält die Gemeinde die nötigen Anlagen und Einrichtungen (Wasserreservoirs, Auslösestation, Hydranten) nach den Vorgaben der Feuerwehrgesetzgebung.

Art. 7 Finanzierung

1 Die Kosten der Wasserversorgung werden nach dem Verursacherprinzip finanziert.

2 Zur Deckung der Investitions- und Betriebskosten erhebt die Gemeinde:
a) einmalige Anschluss- und Netzkostenbeiträge;
b) wiederkehrende Benützungsgebühren;
c) administrative Gebühren.

3 Die Gebühren sind so festzusetzen, dass Betrieb, Unterhalt, Erneuerung und angemessene Abschreibungen der Wasserversorgung langfristig finanziert werden können.

4 Die Wasserversorgung ist als Spezialfinanzierung nach den Vorschriften des kantonalen Finanzhaushaltsrechts zu führen.

Art. 8 Gebührenarten

1 Die Gemeinde erhebt folgende Gebühren:

a) einmalige Netzanschlussbeiträge;
b) Netzkostenbeiträge;
c) wiederkehrende Benützungsgebühren, bestehend aus Grund- und Verbrauchsgebühr;
d) administrative Gebühren gemäss Art. 14 dieses Reglements.

2 Schuldnerin oder Schuldner der einmaligen Netzanschluss- und Netzkostenbeiträge sowie der wiederkehrenden Benützungsgebühren ist die Eigentümerin oder der Eigentümer der angeschlossenen Liegenschaft oder Anlage im Zeitpunkt der Rechnungsstellung.

3 Vorbehalten bleiben Gebühren und Ersatzabgaben, welche sich unmittelbar aus eidgenössischem oder kantonalem Recht ergeben.

Art. 9 Netzanschlussbeiträge

1 Für Neuanschlüsse an das Leitungsnetz von Wasserbezügern werden die erforderlichen Aufwendungen für das Erstellen des Netzanschlusses von der Netzanschlussstelle bis zum Verknüpfungspunkt in Rechnung gestellt. Darin eingeschlossen sind die Kosten für die rechtliche Sicherstellung der Anschlussleitung (Begründung von Dienstbarkeiten, Eintragung im Grundbuch usw.). Diese Regelung gilt auch für temporäre Netzanschlüsse (Baustellen, Ausstellungen, Festanlässe usw.).

2 Bei einer Verlegung, Abänderung, Verstärkung oder Ersatz eines bestehenden Anschlusses infolge Um- oder Neubauten gehen die daraus entstehenden Kosten zulasten der Eigentümerin oder des Eigentümers der angeschlossenen Liegenschaft oder Anlage.

Art. 10 Netzkostenbeiträge

1 Als Beitrag an die Investitionen des vorgelagerten Netzes wird für Neuanschlüsse einer Baute oder Anlage oder beim Umbau oder bei einer Nutzungsänderung einer bestehenden Baute oder Anlage zusätzlich ein Netzkostenbeitrag erhoben.

2 Der Netzkostenbeitrag basiert auf dem Bauwert der angeschlossenen Baute. Zur Ermittlung desselben ist der umbaute Raum in m³ massgebend, welcher mit dem Ansatz von CHF 563.00 pro m³ multipliziert wird. Der Netzkostenbeitrag beträgt 1,2 Prozent vom berechneten Bauwert.

3 Für die verschiedenen Gebäudekategorien kommen die nachfolgenden Faktoren zur Anwendung:

Wohnbauten:	1.00 x Ansatz pro m³
Gewerbebauten:	0.60 x Ansatz pro m³
Industriebauten <= 15'000 m³:	0.40 x Ansatz pro m³
Industriebauten > 15'000 m³:	0.20 x Ansatz pro m³
Landwirtschaftsbauten:	0.23 x Ansatz pro m³
Öffentliche Bauten:	0.40 x Ansatz pro m³

Bei gemischt genutzten Bauten (insb. Wohn-/Gewerbebauten) wird derjenige Faktor angewendet, der dem grössten Volumenanteil entspricht.

4 Der Ansatz von CHF 563.00 pro m³ gemäss Abs. 2 entspricht dem Stand des Zentralschweizer Baupreisindexes vom Oktober 2015 (100%). Der Gemeinderat passt den Ansatz periodisch der Entwicklung des Indexes an. Massgebend ist der im Zeitpunkt der Einreichung des Anschlussgesuchs gültige Netzkostenbeitrag.

5 Dem Eigentümer der Baute steht es frei, die Bauabrechnung vorzulegen und den Erstellungswert des Gebäudes nachzuweisen. Der Ansatz beträgt 1,2 Prozent vom Bauwert.

6 Bei Anschlüssen für besondere Anlagen, denen keine Baukosten gemäss Abs. 2 zugrunde gelegt werden können, kann der Gemeinderat die Netzkostenbeiträge reduzieren (z.B. Notwasseranschluss).

7 Bei Erweiterungs-, Ersatz- und Wiederaufbauten wird für die erstellte Mehrkubatur ein nach Massgabe von Abs. 3 ermittelter zusätzlicher Netzkostenbeitrag verrechnet. Bei Nutzungsänderungen wird der Netzkostenbeitrag neu berechnet und die Differenz zum alten Beitrag nachträglich verrechnet.

8 Bei einer Zusammenlegung von Wohneinheiten oder einer Reduktion der Raumkubatur erfolgt keine Rückerstattung der Netzkostenbeiträge.

III. Wiederkehrende Gebühren

Art. 11 Grundgebühr

1 Für Wohngebäude wird eine Grundgebühr pro Haus von CHF 100.00 erhoben. Pro Wohnung erhöht sich die Grundgebühr um einen Zuschlag von CHF 50.00. Grundlage ist das Eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister (GWR).

2 Für Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsbauten wird die Grundgebühr aufgrund der Grösse der eingebauten Messeinrichtung erhoben. Demgemäss liegt die maximale Bandbreite der Grundgebühr

bis DN 20 von	CHF 300.00.
bis DN 32 von	CHF 600.00.
bis DN 50 von	CHF 900.00.
grösser DN 50 von	CHF 1'500.00.

3 Die Grundgebühr ist auch dann zu entrichten, wenn kein Wasser bezogen wird, die Liegenschaft aber am Versorgungsnetz angeschlossen bleibt.

Art. 12 Verbrauchsgebühr

1 Die Verbrauchsgebühr wird aufgrund des gemessenen Wasserverbrauchs je bezogenen m³ in Rechnung gestellt.

2 Preisanpassungen bei der Verbrauchsgebühr sind vom Gemeinderat zu etappieren. Sie beträgt jedoch maximal CHF 2.00 pro m³ bezogener Wassermenge.

Art. 13 Administrative Gebühren

1 Für administrative Aufwendungen, Kontrollen und Bewilligungen sowie für Ersatzvornahmen im Rahmen des Aufgabenbereichs der Wasserversorgung können entsprechende Gebühren erhoben werden.

2 Die administrativen Gebühren richten sich nach dem Kostendeckungsprinzip.

Art. 14 Tarife

1 Der Gemeinderat erlässt, soweit deren Höhe nicht unmittelbar durch dieses Reglement bestimmt wird, die Tarife und Ansätze für:
a) Anschluss- und Netzkostenbeiträge;
b) Grund- und Verbrauchsgebühren innerhalb der im Reglement festgelegten Vorgaben;
c) administrative Gebühren.

2 Die Tarife und Ansätze sind innerhalb der in diesem Reglement festgelegten Vorgaben festzusetzen und öffentlich bekannt zu machen.

IV. Zuständigkeiten und Vollzug

Art. 15 Gemeinderat

1 Der Gemeinderat übt die Aufsicht über die Wasserversorgung aus. Er sorgt für die Erfüllung des Leistungsauftrags.

2 Ihm obliegen nebst der Befugnis gemäss Art. 15 insbesondere:

a) der Erlass von Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie der Anschluss- und Lieferbedingungen im Rahmen dieses Reglements und des übergeordneten Rechts;

b) der Erlass von Ausführungsbestimmungen zu diesem Reglement;

c) die Regelung der Zeichnungs- und Finanzkompetenzen im Rahmen der Gemeindeorganisation;

d) der Entscheid über Beschwerden gegen Verfügungen der zuständigen Verwaltungsstelle

Art. 16 Vollzug

1 Der Vollzug dieses Reglements obliegt der zuständigen Verwaltungsstelle.

2 Sie erhebt die Gebühren und Beiträge nach diesem Reglement.

3 Sie erlässt die zur Anwendung dieses Reglements erforderlichen Verfügungen und erteilt die darin vorgesehenen Bewilligungen. Weitere Entscheidungsbefugnisse können ihr vom Gemeinderat im Rahmen von § 43 GOG übertragen werden.

V. Rechtsschutz und Schlussbestimmungen

Art. 17 Rechtsschutz

1 Gegen Verfügungen der zuständigen Verwaltungsstelle kann innert 20 Tagen seit der Zustellung schriftlich und begründet Beschwerde beim Gemeinderat erhoben werden.

2 Gegen Beschwerdeentscheide des Gemeinderates kann nach den Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes Beschwerde beim Regierungsrat des Kantons Schwyz erhoben werden.

3 Im Übrigen richten sich das Verfahren und die Rechtsmittel nach dem kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetz.

Art. 18 Übergangsrecht

1 Die Erhebung von Anschlussbeiträgen, Gebühren und weiteren Abgaben, welche vor Inkrafttreten dieses Reglements fällig geworden sind, richtet sich nach dem bisherigen Recht.

2 Die gestützt auf das bisherige Recht erlassenen Ausführungsbestimmungen, Tarife sowie Anschluss- und Lieferbedingungen bleiben, soweit sie diesem Reglement nicht widersprechen, bis zu ihrer Aufhebung in Kraft.

Art. 19 Aufhebung bisherigen Rechts

Mit Inkrafttreten dieses Reglements werden aufgehoben:

a) Reglement betreffend die Wasserversorgung vom 26. Februar 2020;

b) Organisationsreglement der Gemeindewerke Arth vom 26. Februar 2020, in der geltenden Fassung.

Art. 20 Inkrafttreten und Vollzug

1 Dieses Reglement unterliegt der Genehmigung durch die Stimmberechtigten der Gemeinde Arth sowie der Genehmigung des Regierungsrates des Kantons Schwyz.

2 Es tritt am 1. Juli 2027 in Kraft.

3 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Durch die Stimmberechtigten der Gemeinde Arth an der Urnenabstimmung vom 28. Februar 2027 genehmigt.

GEMEINDERAT ARTH

Ruedi Beeler	Markus Betschart
Gemeindepräsident	Gemeindeschreiber

Vom Regierungsrat des Kantons Schwyz genehmigt am:

.....

Traktandum 8

Ausgabenbewilligung für den Bau der Tiefgarage und die Neugestaltung der Arealflächen Hofmatt in Arth von CHF 16’850’000.00

A. Bericht

Einleitung

Arth bietet zahlreiche Freizeitangebote, die Einheimische und auswärtige Gäste anziehen. Im Sommer ist der Zugersee ein beliebtes Ausflugsziel, im Winter prägen die Anlässe des Theaters Arth das Dorfleben. Dieser grosse Zulauf stellt die Parkplatzsituation im Dorfkern zunehmend vor Herausforderungen. Gleichzeitig beanspruchen die oberirdischen Parkplätze wertvolle Flächen am Seeufer und auf der Hofmatt.

Der Bau der Tiefgarage Hofmatt soll diese Situation entschärfen. Mit dieser Botschaft informiert der Gemeinderat über das Ergebnis der Projektierung.

Ausgangslage

Der Ausgangspunkt ist der kommunale Richtplan vom 8. März 2022. Er hält fest, dass grossflächige, asphaltierte Parkplätze nach Möglichkeit durch unterirdische Parkierungsanlagen an zentralen Standorten ersetzt werden sollen. Gestützt darauf haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Arth am 18. Juni 2023 dem Kredit für die Projektierung der «Seeuferaufwertung Arth» zugestimmt. Das Vorhaben beruht auf einem Zukunftsbild, das die heutigen Parkierungsflächen am Seeufer zurückbaut und der Öffentlichkeit zugänglich macht.

Die Seeuferaufwertung ist allerdings erst möglich, wenn die Parkplätze am Seeufer nicht mehr benötigt werden. Dafür braucht es eine zentrale, unterirdische Parkierungsanlage. Sie bündelt die Parkplätze im Dorfteil Arth und ersetzt die wegfallenden Parkplätze. Die beiden Vorhaben sind eng verknüpft und lassen sich nur aufeinander abgestimmt umsetzen. Die oberirdisch angeordneten öffentlichen Parkplätze in Arth an der Gotthardstrasse, an der Bahnhofstrasse und auf dem Rathausplatz bleiben erhalten.

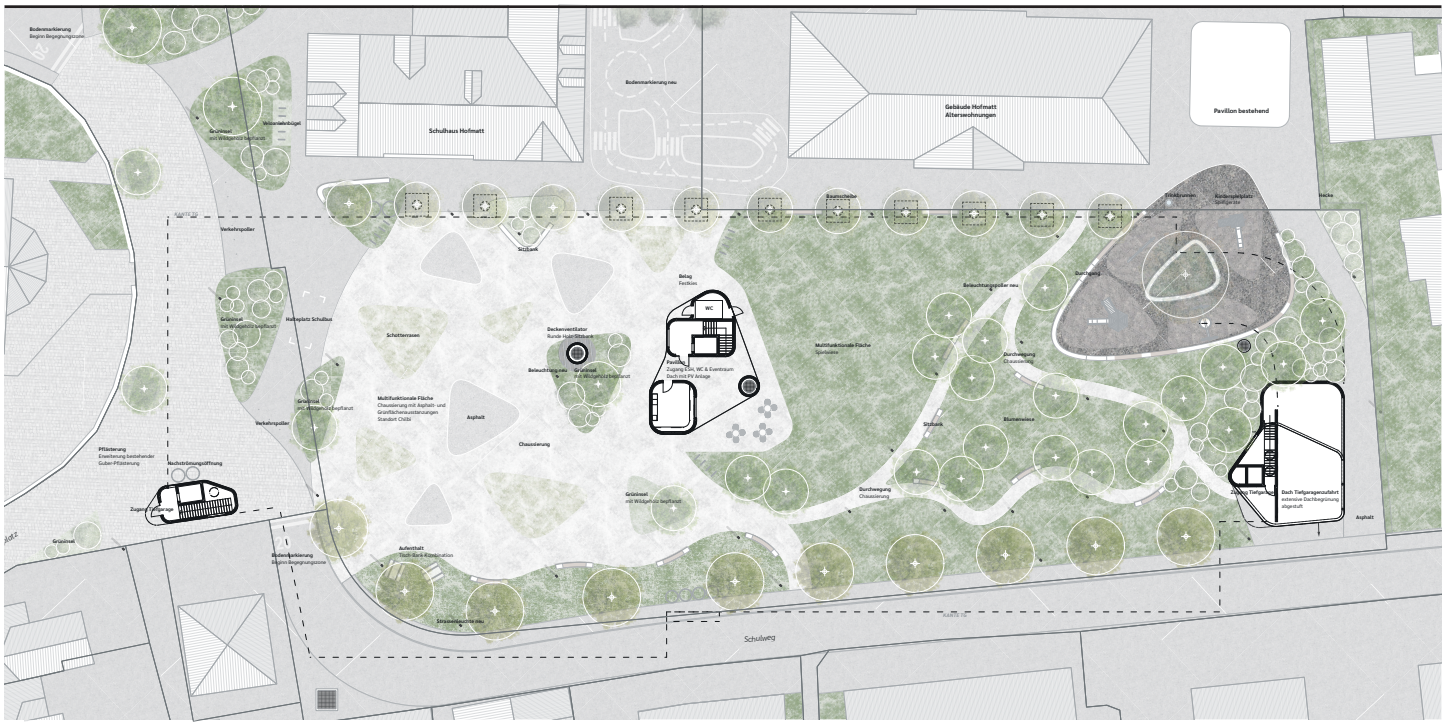
Nach einer verkehrstechnischen Standortevaluation entschied sich der Gemeinderat mit Beschluss vom 18. März 2024 für eine Tiefgarage auf der gemeindeeigenen Parzelle «Hofmatt» (KTN 185). Die Tiefgarage Hofmatt ist damit die Voraussetzung für die Seeuferaufwertung und setzt gleichzeitig das Richtplanziel eines zentralen, unterirdischen Parkplatzangebots um. Die Machbarkeitsstudie auf Basis der Baugrunduntersuchungen vom Herbst 2024 ergab als Bestvariante eine eingeschossige Tiefgarage mit rund 170 Parkfeldern.

Für die Konkretisierung der Tiefgarage und die Planung der baulichen Massnahmen auf dem Areal Hofmatt wurde ein Planungskredit von CHF 600’000.00 beantragt. Die Gemeindeversammlung beriet ihn am 5. September 2025 und die Stimmbevölkerung nahm ihn am 30. November 2025 mit 71% an. Seither wurde das Projekt bis zum «Vorprojekt plus» vorangetrieben. Dabei wurden die baulichen, technischen und betrieblichen Anforderungen vertieft geprüft. Das Ergebnis bildet die Grundlage für die vorliegende Ausgabenbewilligung.

Zielsetzung: Aufwertung der Arealfläche Hofmatt und Bündelung der öffentlichen Parkplätze

Die Verlegung der Parkierung unter Terrain schafft oberirdisch viel Raum für eine Aufwertung. Am Seeufer entsteht mehr Platz für die öffentliche Nutzung durch die Bevölkerung. Auf der Hofmatt wird die heute von parkierten Fahrzeugen geprägte Fläche zu einem zusammenhängenden Ort mit hoher Aufenthaltsqualität. Die Hofmattwiese wurde der Gemeinde seinerzeit mit der Zweckbestimmung geschenkt, dass diese der Dorfjugend und der Öffentlichkeit zugutekommen soll. Mit dem Projekt kehrt sie zu dieser ursprünglichen Bestimmung zurück und steht künftig wieder für vielfältige Aktivitäten zur Verfügung. Insgesamt wertet das Projekt das Ortszentrum von Arth städtebaulich markant auf.

Zentrales Ziel ist die im kommunalen Richtplan vorgesehene Bündelung der öffentlichen Parkierung im Dorfkern. Dafür werden die 51 Parkplätze am Seeufer und die 43 oberirdischen Parkplätze auf der Hofmatt aufgehoben und in die Tiefgarage verlegt. Die Tiefgarage bietet 177 Parkplätze für Personenwagen. Gegenüber dem heutigen Bestand von 94 Parkplätzen sind das 83 zusätzliche öffentliche Parkplätze.



Die Arealfläche Hofmatt wird dreiteilig gestaltet: Verkehrsfläche Bahnhofstrasse mit Pflästerung, multifunktionaler Platz und Freizeit- bzw. Grünflächen.

Städtebau, Denkmalschutz und Freiraumgestaltung

Oberirdisch entsteht ein Grünraum, der vielseitig nutzbar ist. Bei der Gestaltung der Hofmatt wurde mit dem multifunktionalen Platz darauf Wert gelegt, dass auch künftig grössere Veranstaltungen möglich bleiben. Die bestehende Baumallee vor dem Schulhaus und den Alterswohnungen muss wegen der Bauarbeiten gerodet werden. Im Rahmen der Oberflächengestaltung wird sie neu bepflanzt und erweitert. Mit der Zeit säumen wieder grosse, schattenspendende Bäume den Platz. Neben dem Pavillon entsteht in erster Linie eine Spielwiese für Kinder und Jugendliche. Die übrigen Grünflächen werden grösstenteils als Blumenwiese angelegt und laden zum Verweilen ein. Der Fussweg zum Schulhaus Hofmatt und zum Gebäude Hofmatt 3 (ehemaliges Alters- und Pflegeheim) erhält einen wintertauglichen Belag und ist dadurch zu jeder Jahreszeit sicher begehbar. Die Veloabstellplätze werden dezentral auf dem gesamten Hofmattareal verteilt in kleinen Gruppen zusammengefasst. Die kleinteilige Anordnung fügt sich besser in die Aussenräume ein und trägt zu einem ruhigen, übersichtlichen Erscheinungsbild des Areals bei.

Die bestehende Pflästerung und die Begegnungszone des Rathausplatzes werden entlang der Kirchenmauer weitergeführt. Dadurch entsteht ein einheitliches Erscheinungsbild, das den Rathausplatz und die Hofmatt zu einem zusammenhängenden Ortszentrum verbindet. Bei der Ein- und Ausfahrt des Wende- und Halteplatzes für den Schulbus und den Car des winterlichen Schwimmbetriebs verhindern versenkbare Poller unerwünschtes Parkieren.



Verkehrsfläche Bahnhofstrasse mit Pflästerung.

Multifunktionaler Platz auf dem Areal Hofmatt.





Spielwiese auf dem Areal Hofmatt.



Freizeit- und Grünflächen auf dem Areal Hofmatt.

Im Pavillon in der Platzmitte ist neben dem Treppenhaus ein kleiner Kioskraum für die Ausgabe von Getränken und Snacks vorgesehen, aber kein eigentlicher Gastronomiebetrieb. An einzelnen Tagen kann der Kiosk künftig auch von Vereinen gemietet und betrieben werden oder kann bei Bedarf bei öffentlichen Anlässen auf dem Platz genutzt werden. Der Pavillon wird überdacht und mit einer öffentlichen WC-Anlage ergänzt. Die Rauchabzüge der Tiefgarage, die der Brandschutz verlangt, werden in das Dach oder in die Umgebungsgestaltung integriert und nach Möglichkeit mit Sitzgelegenheiten kombiniert. Sie fügen sich dadurch unauffällig in den Platz ein und erhalten einen zusätzlichen Nutzen.

Tiefgarage und Parkierung

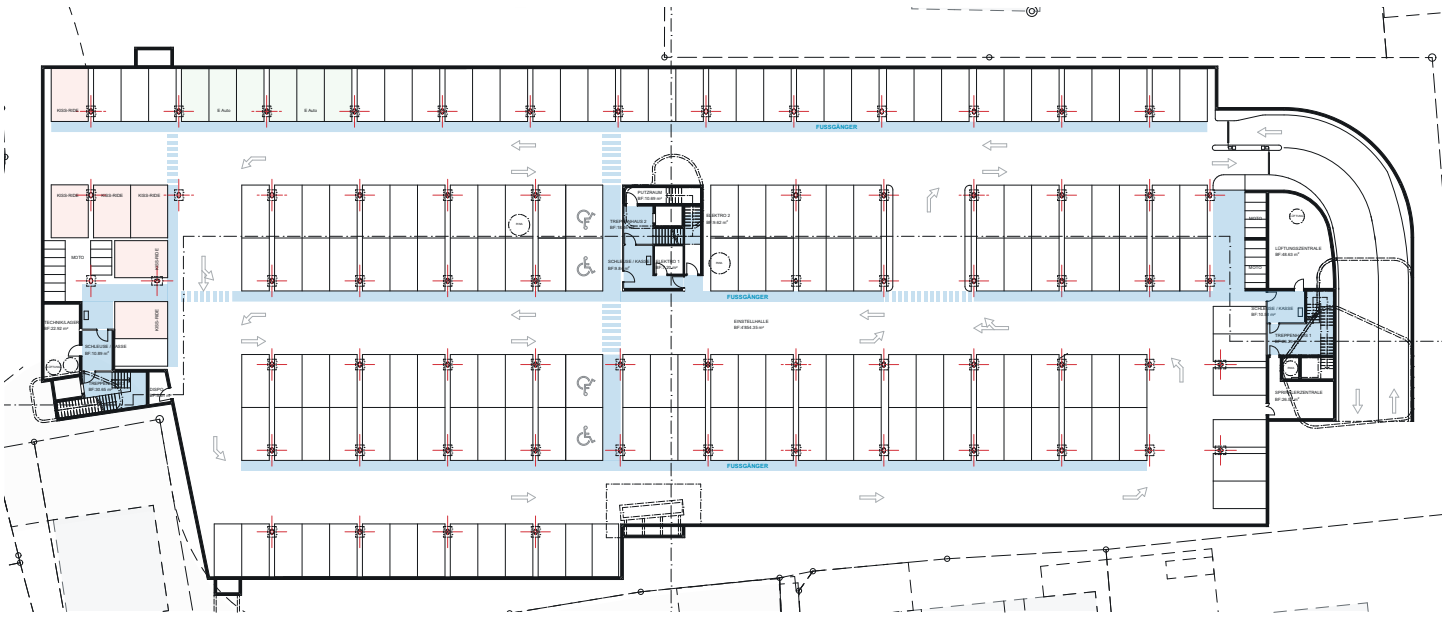
Unter dem neu gestalteten Platz entsteht die Tiefgarage. Auf Stufe Machbarkeit erwies sich eine eingeschossige Ausführung als Bestvariante. Eine zweigeschossige Variante wurde ebenfalls geprüft, aber verworfen, weil die dafür nötige Baugrube in den Grundwasserbereich gereicht hätte. Die Überdeckung beträgt rund einen Meter. Das genügt für die Leitungsführung und die Begrünung. Die Hochbauten werden bis und mit Sockel in Beton erstellt, die Aufbauten in Holzbauweise mit begrünten Dächern. Auch die Zufahrt wird überdeckt ausgeführt. Sie ist dadurch besser erkennbar, der Schallschutz verbessert sich und die Unterhaltskosten sinken. Zudem ist eine steilere und damit kürzere Rampe möglich, die dank Holzverkleidung und Begrünung gut in die Umgebung eingebunden werden kann.

Gegenüber dem Stand 2025 wurde die Anordnung der Parkfelder leicht angepasst. Neu stehen 177 Parkplätze für Personenwagen und 21 Parkplätze für Motorräder zur Verfügung. Darunter befinden sich vier behindertengerechte und sechs Kiss-and-Ride-Parkplätze. Die Ausgestaltung und Anordnung orientieren sich an den Normen für öffentliche Tiefgaragen. Aus Gründen der Flächeneffizienz und zur Wahrung maximaler Flexibilität im Verkehrsregime wurde auf eine Schrägparkierung verzichtet. Stattdessen kommt, wie bei Tiefgaragen üblich, eine Senkrechtparkierung zur Anwendung.

Die Tiefgarage ist statisch so ausgelegt, dass der darüberliegende multifunktionale Platz auch den hohen Lasten von Chilbianlagen (z.B. Autoscooter) oder abgestellter Fahrzeuge standhält. Bei Grossveranstaltungen, beispielsweise beim Theater Arth, kann er dadurch als zusätzliche Abstellfläche für Personenwagen und sogar für Reisecars genutzt werden. Der Platz lässt sich damit flexibel nutzen und bei grossem Besucheraufkommen stehen zusätzliche Parkierungsmöglichkeiten zur Verfügung, ohne dass dafür weitere Anlagen erstellt werden müssen.

Zum Betriebsstart werden sechs Parkplätze mit Ladestationen für Elektrofahrzeuge ausgestattet. Die Ladeinfrastruktur wird mit einem dynamischen Lastmanagementsystem betrieben, das die verfügbare Anschlussleistung bedarfsgerecht auf die angeschlossenen Fahrzeuge verteilt. Die Tiefgarage wird entlang der gesamten Wand im nord-östlichen Bereich so vorbereitet, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Erweiterung auf insgesamt 30 Parkplätze mit Ladestation möglich ist. Die Erweiterung kann in das dynamische Ladesystem integriert werden, sodass die verfügbare Gesamtleistung auch bei gleichzeitiger Nutzung aller Ladepunkte effizient verteilt und eine Überlastung des Netzanschlusses vermieden wird.

Für die Bewirtschaftung ist aktuell eine Schrankenanlage mit Kassenautomaten vorgesehen. Zusätzlich wird ein schrankenloser Betrieb mit Nummernschilderkennung oder App-Zahlung geprüft. Die Eingangsbereiche werden videoüberwacht.



Grundriss der Tiefgarage Hofmatt: 177 Parkplätze für Personenwagen und 21 für Motorräder.

Überdachte Tiefgaragenauffahrt mit angrenzendem Fuss- und Veloweg



Erschliessung und Verkehr

Die Tiefgarage wird für den Fussverkehr über drei Aufgänge erschlossen. Auf der Westseite führt ein Treppenhaus mit Lift sicher und rasch ins Zentrum von Arth. Für die Kundschaft der Geschäfte beim Rathausplatz ist in diesem Bereich ein Kiss-and-Ride-Bereich mit kostenloser Standzeit von 20 bis 30 Minuten vorgesehen. Der mittlere Aufgang beim Pavillon verfügt ebenfalls über einen Lift. Er liegt zentral und nahe bei den Alterswohnungen, deshalb sind die Behindertenparkplätze in seiner Nähe eingeplant. Ein dritter Aufgang ohne Lift ergänzt das Angebot.

Die Zu- und Wegfahrt für den motorisierten Verkehr liegt im süd-östlichen Bereich des Areals. Sie befindet sich nahe am übergeordneten Strassennetz und hält den Verkehr vom Zentrum fern.

Besonderes Augenmerk gilt der Sicherheit auf dem Schulweg. Dafür ist eine leichte Anschüttung vorgesehen. Sie ermöglicht eine bessere Bepflanzung und verhindert, dass Kinder direkt von der Hofmatt auf die Fahrbahn gelangen. Zudem wird der Schulweg geringfügig verbreitert, damit Fahrzeuge bei Tempo 30 kreuzen können, ohne das Trottoir zu befahren. Ein Fussweg quer durch den Park verbindet die Hofmatt rasch mit der Bushaltestelle «Arth, Dorf». Für mehr Fussgängersicherheit wird ausserdem der Knoten Schulweg/Gotthardstrasse aufgeweitet. Diese Massnahme wird separat bearbeitet und befindet sich ebenfalls in Planung.

Technische Installationen

Im Untergeschoss ist auch die Technik untergebracht. Die Wassertechnik befindet sich im rechten Bereich. Die Elektroinstallationen liegen in der Mitte unterhalb des Pavillons. Sie versorgen unter anderem die Bodendosen, die über den ganzen Platz verteilt sind. Diese ermöglichen bei Veranstaltungen wie der Chilbi und dem Weihnachtsmarkt eine dezentrale Stromversorgung, analog zum Rathausplatz. Die erforderliche Umlegung der Werkleitungen wurde mit den entsprechenden Werken abgestimmt.

Kosten

Die Kosten des Projekts belaufen sich gemäss aktuellem Planungsstand (Vorprojekt plus) auf total rund CHF 16.85 Millionen und gliedern sich wie folgt:

Tiefgarage und Umgebung (multifunktionaler Platz und Grünfläche) Hofmatt		
BKP 1: Vorbereitungsarbeiten	CHF	1’730’000.00
BKP 2: Gebäude	CHF	9’590’000.00
BKP 4: Umgebung	CHF	1’800’000.00
BKP 5: Baunebenkosten	CHF	1’280’000.00
Zwischentotal (inkl. Reserve 10%, exkl. MwSt.)	**CHF**	**14’400’000.00**
Ausbau Schulweg und Erweiterung Begegnungszone Bahnhofstrasse		
BKP 1: Vorbereitungsarbeiten	CHF	160’000.00
BKP 4: Umgebung	CHF	880’000.00
BKP 5: Baunebenkosten	CHF	150’000.00
Zwischentotal (inkl. Reserve 10%, exkl. MwSt.)	**CHF**	**1’190’000.00**
Zwischentotal (exkl. MwSt.)	CHF	15’590’000.00
MwSt. (8.1 %, gerundet)	CHF	1’260’000.00
Beantragte Ausgabenbewilligung (inkl. MwSt.)	**CHF**	**16’850’000.00**

Die Kostenschätzung des Vorprojekts hat eine Genauigkeit von ± 20%. Auf die Gesamtkostenschätzung wurde eine Reserve von 10% für Risiken und Unvorhergesehenes aufgeschlagen, zum Beispiel für die Grundwasserabsenkung während der Bauphase. Nicht Gegenstand der vorliegenden Kostenschätzung ist der Ausbau des Knotens Schulweg/Gotthardstrasse, der in einem separaten, parallel laufenden Verfahren bearbeitet wird.

Mit der Realisierung des Bauprojekts für die Tiefgarage und die Neugestaltung der Hofmatt fallen künftig Abschreibungen an, die linear über 25 Jahre erfolgen. Die jährlichen Abschreibungen betragen CHF 674’000.00 zuzüglich geschätzter Fremdkapitalzinsen von durchschnittlich CHF 105’000.00. Für den ordentlichen Unterhalt entstehen Mehrkosten.

Terminplan

Über die Ausgabenbewilligung wird an der Urnenabstimmung vom 28. Februar 2027 entschieden. Bei einem zustimmenden Entscheid ist der Baustart im Oktober 2027 geplant. Für den Bau der Tiefgarage samt Umgebungsgestaltung sind etwas mehr als eineinhalb Jahre eingeplant. Die Fertigstellung ist für Sommer 2029 vorgesehen.

Zusammenfassung und Empfehlung

Aus Sicht des Gemeinderats liegt mit dem vorliegenden Planungsstand ein ausgewogenes Projekt vor. Es ist mit den involvierten Stellen und den Betroffenen abgestimmt und berücksichtigt die Vorgaben des kommunalen Richtplans ebenso wie die Anliegen aus der Bevölkerung.

Die Bündelung der öffentlichen Parkierung in der Tiefgarage Hofmatt löst die Parkplatzproblematik im Dorfkern nachhaltig und schafft 83 öffentliche Parkplätze mehr als heute. Oberirdisch entsteht ein grosszügiger, vielseitig nutzbarer Grünraum, der die Hofmattwiese wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung für die Dorfjugend und die Öffentlichkeit zuführt. Die grosse Platzfläche bleibt für grössere Veranstaltungen nutzbar. Zudem wird mit der Aufhebung der Parkplätze am Zugersee die geplante Seeuferaufwertung erst möglich. Insgesamt wertet das Projekt das Ortszentrum von Arth markant auf.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat den Stimmberechtigten, der Ausgabenbewilligung zuzustimmen.

B. Antrag

1. Dem Gemeinderat wird eine Ausgabenbewilligung für den Bau der Tiefgarage und die Neugestaltung der Arealflächen Hofmatt in Arth von CHF 16’850’000.00 eingeräumt.

2. Die erforderlichen Geldmittel für die Ausgabenbewilligung sind gemäss Finanzhaushaltsgesetz für die Bezirke und Gemeinden vom 30. Mai 2018 zulasten der Investitionsrechnung zu verbuchen.

3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

4. Der Beschluss der Gemeindeversammlung untersteht der obligatorischen Volksabstimmung an der Urne vom 28. Februar 2027.

Die Abstimmungsfrage soll lauten:

Wollen Sie der Ausgabenbewilligung von CHF 16’850’000.00 für den Bau der Tiefgarage sowie die Neugestaltung der Arealflächen Hofmatt in Arth zustimmen?

C. Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Vorlage Ausgabenbewilligung für den Bau der Tiefgarage und die Neugestaltung der Arealfläche Hofmatt, Arth, auf formelle, rechtliche und materielle Richtigkeit geprüft.

Wir beantragen der Gemeindeversammlung zuhanden des Souveräns dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen und die Vorlage anzunehmen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

Traktandum 9

Beschlussfassung über die Revision des Baureglements zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Einzelinitiative «Schluss mit dem Parkplatzzwang – autoarmes Bauen erlauben»

A. Bericht

Ausgangslage

Die SP Arth-Goldau reichte am 1. Februar 2023 die Einzelinitiative «Schluss mit dem Parkplatzzwang – autoarmes Bauen erlauben» ein. Sie verlangte, dass Parkplatzmindestvorschriften für Wohnungen nur noch ausserhalb der ÖV-Erschliessungsgüteklassen A und B gelten und höchstens, 0.5 Abstellplätze pro Wohnung vorgeschrieben werden. Der Gemeinderat erachtet das Anliegen als berechtigt, hielt die Initiative jedoch für zu wenig umfassend und für nicht vereinbar mit § 58 Abs. 1 des Planungs- und Baugesetzes Kanton Schwyz (PBG, SRSZ 400.100), wonach genügend Abstellflächen zu erstellen sind. Er stellte ihr deshalb einen Gegenvorschlag gegenüber.

Der Gegenvorschlag verlangt, dass Parkplatzmindestvorschriften für sämtliche Nutzungen angemessen festgelegt werden, dass der Grenzbedarf für Bewohnende beziehungsweise Beschäftigte in zonenplanerisch definierten Reduktionsgebieten reduziert wird und dass die Baubewilligungsbehörde im Einzelfall eine Obergrenze oder den Verzicht auf Abstellplätze anordnen kann (unter Erhebung einer Ersatzabgabe). Die Gemeindeversammlung vom 13. Dezember 2023 überwies den Gegenvorschlag zur Urnenabstimmung. Am 3. März 2024 stimmten die Stimmberechtigten dem Gegenvorschlag mit 2’042 Ja- zu 1’956 Nein-Stimmen zu.

Die Einzelinitiative wurde in der Form der allgemeinen Anregung eingereicht. Mit der Zustimmung zum Gegenvorschlag ist daher das ordentliche Nutzungsplanverfahren nach §§ 25 ff. PBG durchzuführen, das mit der vorliegenden Botschaft in die Beschlussfassung mündet.

Verfahren

Das Baureglement der Gemeinde Arth ist Teil der kommunalen Nutzungsplanung. Gemäss den Bestimmungen des PBG hat eine Anpassung der kommunalen Nutzungsplanung das in der nachstehenden Tabelle dargestellte Verfahren zu durchlaufen. Einige Stufen wurden inzwischen bereits abgeschlossen.

Im Anschluss an die Urnenabstimmung hat eine Arbeitsgruppe unter Beizug eines Fachbüros die Änderungen von Art. 17 und 18 des Baureglements im Entwurf erarbeitet. Nachdem dieser aufgrund der Eingaben aus der kantonalen Vorprüfung und der öffentlichen Mitwirkung bereinigt worden war, fand vom 13. August bis zum 14. September 2026 die öffentliche Auflage statt. Es sind keine Einsprachen eingegangen, weshalb ein Rechtsmittelverfahren entfällt.

September 2024	Start Anpassung Baureglement Art. 17 und 18 in der Planungs- und Baukommission
Juni 2025	Projektstart für Revision des gesamten Baureglements mit einer Arbeitsgruppe
Dezember 2025	Verabschiedung der Entwurfsvorlagen durch den Gemeinderat zuhanden der kantonalen Vorprüfung und der öffentlichen Mitwirkung
März 2026	Kantonale Vorprüfung (§ 25 Abs. 1 PBG und § 13 PBV)
März 2026	Informations- und Mitwirkungsverfahren (§ 25 Abs. 1 PBG)
bis Juli 2026	Bereinigung der Grundlagen aufgrund des Vorprüfungsergebnisses und der Rückmeldungen zur öffentlichen Mitwirkung
Juli 2026	Beantwortung der Mitwirkungseingaben und Freigabe zur öffentlichen Auflage (Gemeinderat)
August/Sept. 2026	Öffentliche Auflage, 30 Tage (§ 25 Abs. 2 PBG)
Oktober 2026	Botschaftsentwurf für die Gemeindeversammlung (Genehmigung durch den Gemeinderat)
11. Dezember 2026	Beschlussfassung durch die Gemeindeversammlung / Überweisung an Urnenabstimmung (§ 27 Abs. 1 PBG)
28. Februar 2027	Urnenabstimmung
noch offen	Genehmigung durch den Regierungsrat (§ 28 PBG, § 15 PBV)

Inhalt der Revision

Die Revision des Baureglements der Gemeinde Arth beschränkt sich auf die Artikel 17 und 18 sowie auf einen neuen Anhang mit dem Plan der Reduktionsgebiete. Sie betrifft ausschliesslich die Abstellplätze für Personenwagen. Die Abstellplätze für Velos und Motorräder bleiben der nächsten Gesamtrevision des Baureglements vorbehalten.

Nachfolgend sind die Änderungen von Art. 17 und 18 des Baureglements Arth erläutert:

Grenzbedarf für alle Nutzungen (Art. 17 Abs. 2): Eine Tabelle im Baureglement legt die Richtwerte für Wohnen, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen, Verkaufsgeschäfte und Gastronomie fest. Für weitere Nutzungen gilt die VSS-Norm 40 281. Bei Wohnnutzungen gilt weiterhin ein Richtwert von 1.5 Abstellplätzen pro Wohnung. Massgebend ist neu nur noch die Anzahl der Wohnungen (nicht mehr die anrechenbare Bruttogeschossfläche, aBGF). Die Sonderregel für Einfamilienhäuser (zwei Abstellplätze) entfällt.

Abstellplätze für Besuchende und Kunden (Art. 17 Abs. 2): Bei Wohnnutzungen sind ab vier Wohnungen zusätzlich, 0.15 Besucherabstellplätze pro Wohnung nachzuweisen. Dies entspricht 10% der Abstellplätze für Bewohnende, analog zur VSS-Empfehlung. Bei Gewerbe und Verkauf gelten separate, nutzungsabhängige Werte für Kundenabstellplätze.

Reduktionsgebiete (Art. 17 Abs. 3): Rund um den Bahnhof Arth-Goldau kann der Grenzbedarf an Abstellplätzen für Bewohnende bzw. Beschäftigte im Reduktionsgebiet A um 40% und im Reduktionsgebiet B um 20% reduziert werden. Der Minimal- beziehungsweise Pflichtbedarf beträgt damit im Reduktionsgebiet A noch 60% und im Reduktionsgebiet B noch 80% des Grenzbedarfs. Das Angebot an Besucher- und Kundenplätzen darf nicht reduziert werden. Für den reduzierten Abstellplatzbedarf in den Reduktionsgebieten ist kein Mobilitätskonzept erforderlich. Der Gemeinderat kann die Gebiete bei erheblichen Veränderungen der ÖV-Güteklasse entsprechend anpassen.

Rundung (Art. 17 Abs. 4): Bewohner-/Beschäftigten- und Besucher-/Kundenabstellplätze werden getrennt auf ganze Zahlen aufgerundet.

Autoarme Sonderformen (Art. 17 Abs. 5): Für Spezialfälle wie Alterswohnen, studentisches Wohnen und Wohnheime für Menschen mit Behinderungen kann der Gemeinderat tiefere Richtwerte festlegen. Die Nutzungsart wird als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch angemerkt.

Mobilitätskonzepte (Art. 17 Abs. 6): Bei mehr als 50 Abstellplätzen in einem zusammenhängenden Gebiet ist ein Mobilitätskonzept einzureichen, aufgrund dessen der Gemeinderat den Abstellplatzbedarf reduzieren kann. Das Konzept wird als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch angemerkt.

Ersatzabgabe (Art. 18): Der Gemeinderat kann bei beengten Platzverhältnissen, zur Wahrung des Ortsbildes oder im Interesse der Verkehrsberuhigung oder der Verkehrssicherheit anordnen, dass auf Abstellplätze ganz oder teilweise verzichtet wird. In diesem Fall kann er eine Ersatzabgabe verlangen. Die Ersatzabgabe beträgt heute CHF 6'000.00 je Abstellplatz. Sie ist zwar indexiert, wurde in den vergangenen Jahren jedoch nicht nachgeführt und entspricht deshalb nicht mehr der Kosten- und Preisentwicklung. Neu wird die Ersatzabgabe auf CHF 8'500.00 je Abstellplatz festgelegt. Dieser Betrag trägt der Teuerung und der allgemeinen Kostensteigerung seit der letzten Festlegung Rechnung und wurde mit den Ansätzen anderer Gemeinden verglichen. Auf eine Indexierung wird künftig verzichtet, damit nicht laufend Anpassungen nötig sind. Verändern sich die Kosten künftig erheblich, kann der Gemeinderat die Ersatzabgabe auf höchstens CHF 10'000.00 je Abstellplatz anpassen. Eine Änderung des Baureglements ist dafür nicht mehr erforderlich. In den Fällen von Art. 17 Abs. 5 und 6 (autoarme Sonderformen und Mobilitätskonzepte) ist keine Ersatzabgabe geschuldet.

Die Auswirkungen auf den Abstellplatzbedarf werden nachfolgend in Abhängigkeit von unterschiedlichen Wohnungsgrössen an drei Beispielen erläutert (inkl. Besucherabstellplätze):

Bauvorhaben	Bisher/ Rechtskräftig	Reduktions-gebiet A	Reduktions-gebiet B	Übriges Gemeindegebiet
6 Gross-Wohnungen, 1'200 m² aBGF (200 m² Fläche pro Wohnung)	18	7	9	10
13 Wohnungen, 1'200 m² aBGF (92 m² Fläche pro Wohnung)	20	14	18	22
8 Klein-Wohnungen, 480 m² aBGF (60 m² Fläche pro Wohnung)	12	10	12	14

Konkrete Änderungen im Baureglement

Im Baureglement der Gemeinde Arth sind folgende Korrekturen und neue Baureglementartikel vorgesehen (Änderungen in roter Farbe):

Art. 17 Motorfahrzeugabstellplätze

<table>
<tr><th>Rechtskräftiges Baureglement</th><th>Neues Baureglement</th></tr>
<tr><td>1 Bei Neu- und wesentlichen Erweiterungsbauten sowie bei erheblichen Änderungen in der Zweckbestimmung einer Baute sind auf privatem Grund Abstellplätze für Motorfahrzeuge zu errichten.</td><td>1 Bei Neu- und wesentlichen Erweiterungsbauten sowie bei erheblichen Änderungen in der Zweckbestimmung einer Baute sind auf privatem Grund Abstellplätze für Motorfahrzeuge zu errichten.</td></tr>
<tr><td>2 Bei Mehrfamilienhäusern müssen pro hundert Quadratmeter der anrechenbaren Bruttogeschossfläche, mindestens aber pro Wohnung 1,5 Abstellplätze vorhanden sein. Bei Einfamilienhäusern sind zwei Abstellplätze erforderlich.</td><td>2 Die Berechnung des Grenzbedarfs an Abstellplätzen für Personenwagen erfolgt gemäss nachstehender Tabelle.

<table>
<tr><th>Art der Nutzung</th><th>Bezugseinheit</th><th colspan="2">Anzahl Abstellplätze für Personenwagen für</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>Bewohner bzw. Beschäftigte</td><td>Besucher bzw. Kundschaft</td></tr>
<tr><td>Wohnen</td><td>Pro Wohnung (Gross-, Klein-, Einlieger-wohnung)</td><td>1.5</td><td>0.15 (ab 4 Wohnungen anwendbar)</td></tr>
<tr><td>Industrie, Gewerbe</td><td>Pro 100 m^2 Bruttogeschossfläche</td><td>1.0</td><td>0.2</td></tr>
<tr><td>Publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe (z.B. Bank, ärztliche Praxis, Haarsalon, Körperpflege)</td><td>Pro 100 m^2 Bruttogeschossfläche</td><td>2.0</td><td>1.0</td></tr>
<tr><td>Nicht publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe (z.B. Architekturbüro, Anwaltskanzlei, Versicherung)</td><td>Pro 100 m^2 Bruttogeschossfläche</td><td>2.0</td><td>0.5</td></tr>
<tr><td>Publikumsintensive Verkaufsgeschäfte (z.B. Einzelhandel, Warenhaus, Apotheke, Kiosk)</td><td>Pro 100 m^2 Verkaufsfläche</td><td>2.0</td><td>8.0</td></tr>
<tr><td>Übrige Verkaufsgeschäfte (z.B. Buchhandlung, Uhren und Schmuck, Möbel, Fachmarkt)</td><td>Pro 100 m^2 Verkaufsfläche</td><td>1.5</td><td>3.5</td></tr>
<tr><td>Gastronomiebetriebe (z.B. Restaurant, Café, Bar)</td><td>Pro Sitzplatz</td><td>0.1</td><td>0.1</td></tr>
<tr><td colspan="4">Für weitere Nutzungsarten gelten die Richtwerte gemäss VSS-Norm 40 281 «Parkieren – Angebot an Parkfeldern für Personenwagen».</td></tr>
</table>
</td></tr>
</table>

3 Bei Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriebauten bestimmt der Gemeinderat nach Massgabe der Zahl der Betriebsangehörigen und des Publikumsandranges die Zahl der Abstellplätze.	3 Der ermittelte Grenzbedarf für Abstellplätze für Personenwagen von Bewohnern bzw. Beschäftigten kann wie folgt reduziert werden. Die Reduktionsgebiete sind im Anhang des Baureglements aufgezeigt. Der Gemeinderat kann bei erheblichen Veränderungen der Erschliessungsgüte (ÖV-Güteklasse) die Reduktionsgebiete nachführen. • Reduktionsgebiet A: Minus 40% des Grenzbedarfs • Reduktionsgebiet B: Minus 20% des Grenzbedarfs • Übriges Gebiet: keine Reduktion
	4 Nach der Ermittlung des effektiven Bedarfs an Abstellplätzen für Personenwagen (gemäss Art. 17 Abs. 2 und 3 BauR) ist die Zahl der Abstellplätze für Bewohner bzw. Beschäftigte und Besuchende bzw. Kundschaft getrennt auf ganze Zahlen aufzurunden.
	5 Für Spezialfälle von Wohnnutzungen wie bspw. Alterswohnen, studentisches Wohnen, Wohnheime für Menschen mit Behinderungen kann von tieferen Richtwerten gemäss Art. 17 Abs. 2 BauR ausgegangen werden. Diese werden im Einzelfall durch den Gemeinderat festgelegt. Die Nutzungsart wird als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch angemerkt.
	6 Werden innerhalb eines zusammenhängenden Gebietes (bezogen auf die Erschliessung) mehr als 50 Abstellplätze für Personenwagen gemäss Bedarfsermittlung erreicht oder erstellt, ist mit dem Baugesuch ein Mobilitätskonzept einzureichen. Dieses zeigt auf, wie die Mobilität der Bewohner bzw. Beschäftigten sowie Besucher bzw. Kundschaft auch mit Verkehrsmitteln wie dem öffentlichen Verkehr, Velo- und Fussverkehr und Sharing-Angeboten gefördert wird. Es sind verbindliche Ziele und Massnahmen mit einem Kontrollinstrument vorzulegen. Diese werden mit der Baubewilligung vertraglich festgelegt und sind als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch anmerken zu lassen. Ausgehend davon kann der Gemeinderat den Grenzbedarf an Abstellplätzen für Personenwagen im Einzelfall weiter reduzieren.
4 Garagenvorplatz und Zufahrten dürfen nicht in die Berechnung der Abstellplätze einbezogen werden.	7 Garagenvorplatz und Zufahrten dürfen nicht in die Berechnung der Abstellplätze einbezogen werden.
5 Ohne Bewilligung des Gemeinderates dürfen keine Abstellplätze ihrem Zweck entfremdet werden.	8 Ohne Bewilligung des Gemeinderates dürfen keine Abstellplätze ihrem Zweck entfremdet werden.

Art. 18 Ersatzabgabe

Rechtskräftiges Baureglement	**Neues Baureglement**
1 Ist die Erstellung der erforderlichen Anzahl Abstellplätze auf privatem Grundstück nicht möglich oder unzumutbar, so hat die Bauherrschaft eine Ersatzabgabe an die Gemeinde zu leisten, die für den Bau und Betrieb öffentlicher Parkierungsanlagen zu verwenden ist.	1 Ist die Erstellung der erforderlichen Anzahl Abstellplätze auf privatem Grund~~stück~~ nicht möglich oder unzumutbar, so hat die Bauherrschaft eine Ersatzabgabe an die Gemeinde zu leisten, die zweckgebunden für den Bau und Betrieb öffentlicher Parkierungsanlagen zu verwenden ist.
	2 Bei beengten Platzverhältnissen, zur Wahrung des Ortsbildes oder im Interesse der Verkehrsberuhigung oder Verkehrssicherheit kann der Gemeinderat den teilweisen oder vollständigen Verzicht auf die Realisierung von Abstellplätzen anordnen, wobei die Ersatzabgabe zu leisten ist.
2 Die Ersatzabgabe je Abstellplatz beträgt Fr. 6'000.00. Sie ändert sich jedes Kalenderjahr nach dem Punktestand vom Oktober des Vorjahres des Luzerner Baukostenindexes. Als Basis gilt der 1. Oktober 1989 mit 113.4 Punkten.	3 Die Ersatzabgabe je Abstellplatz beträgt Fr. 8'500.00. Der Gemeinderat kann bei erheblichen Veränderungen die Ersatzabgabe bis auf Fr. 10'000.00 erhöhen. Sie wird mit der Rechtskraft der Baubewilligung fällig.

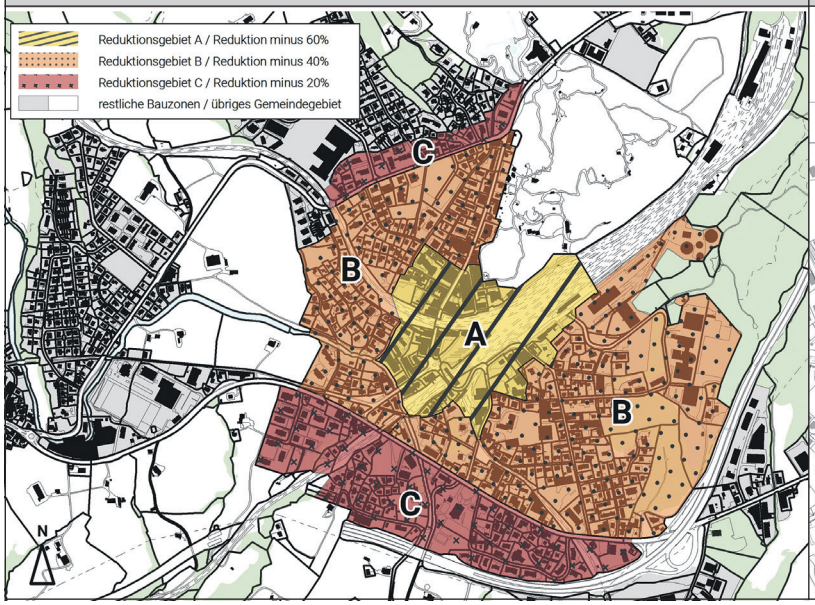
Konkretisierung gegenüber der Botschaft von 2023

Die Botschaft von 2023 zeigte «mögliche» Reduktionen und Abgrenzungen auf. Bei der nutzungsplanerischen Konkretisierung wurden diese überprüft und angepasst. Der Gemeinderat weist die Änderungen nachfolgend transparent aus:

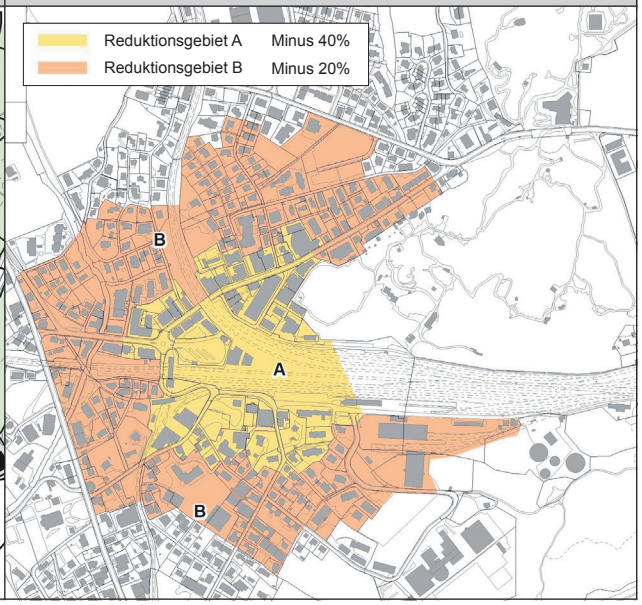
	Botschaft 2023 (mögliche Regelung)	Vorlage Baureglement 2026
Reduktionsgebiete	A, B und C	A und B (Gebiet C entfällt)
Reduktionsfaktoren	A: – 60%, B: – 40%, C: – 20%	A: – 40%, B: – 20%
Abgrenzung	Mögliche Abgrenzung nach Plan	Gehdistanz zum Bahnhof (A ca. 250 m, B ca. 500 m) mit Steigungszuschlag

Das Gebiet C hätte zu grossflächigen vom Bahnhof entfernten und unscharf abgrenzbaren Zonen am Siedlungsrand geführt und wurde deshalb verworfen. Die Faktoren der Reduktionsgebiete wurden an die Standorttypen der VSS-Norm 40 281 angelehnt (Typ B: 40 – 60%, Typ C: 50 – 80% des Parkfeldangebots). Pro Reduktionsgebiet wird lediglich ein einzelner Faktor angewendet, der sich am jeweils zulässigen Maximalwert der Reduktion ausrichtet. Dies wird als sinnvoll erachtet, da eine Reduktion an gut erschlossenen Lagen zwar erwünscht ist, die öffentlichen Parkierungsflächen dadurch jedoch nicht zusätzlich belastet werden dürfen. Eine Reduktion von minus 60% entspräche dem Maximalwert des Standorttyps A (Langsamverkehrsanteil über 50%), der für das Agglomerationsgebiet der Gemeinde Arth als nicht realistisch beurteilt wird. Der Steigungszuschlag (10 m Weglänge pro Höhenmeter) stellt sicher, dass die Erschliessungsgüte im Gemeindegebiet unter Berücksichtigung der Topografie einheitlich beurteilt wird.

Botschaft 2023



Vorlage Baureglement 2026



Weiteres Vorgehen

Die Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2026 berät die Vorlage und überweist sie an die Urnenabstimmung vom 28. Februar 2027 (§ 27 Abs. 1 PBG). Sofern die Stimmberechtigten der Vorlage an der Urne zustimmen, bedarf die Revision der Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz (§ 28 PBG). Die vorgesehenen Baureglementänderungen treten mit der Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Schwyz in Kraft.

Die Grundlagen zum vorliegenden Sachgeschäft (Anpassungen im Baureglement und der Erläuterungsbericht nach Art. 47 RPV) können auf der Homepage der Gemeinde Arth unter www.arth.ch (siehe Verwaltung –> Neuigkeiten) heruntergeladen oder bei der Abteilung Bau-Planung eingesehen werden.

Empfehlung des Gemeinderats

Die Vorlage setzt den von den Stimmberechtigten angenommenen Gegenvorschlag um. Sie schafft klare und transparente Parkierungsvorschriften für alle Nutzungen. An bahnhofsnahen Lagen kann die Anzahl der Abstellplätze für Bewohnende und Beschäftigte reduziert werden. Gleichzeitig müssen separate Abstellplätze für Besuchende und die Kundschaft bereitgestellt werden, um die öffentlichen Parkierungsanlagen zu entlasten. Der Gemeinderat empfiehlt den Stimmberechtigten, der Revision des Baureglements zuzustimmen und sie an die Urne zu überweisen.

B. Antrag

1. Die Revision der Artikel 17 und 18 des Baureglements der Gemeinde Arth einschliesslich des neuen Anhangs mit dem Plan der Reduktionsgebiete sei zu genehmigen.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Die Abstimmungsfrage soll lauten:

> Wollen Sie der Revision des Baureglements (Artikel 17 und 18) zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Einzelinitiative «Schluss mit dem Parkplatzzwang – autoarmes Bauen erlauben» zustimmen?

C. Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Revision des Baureglements (Artikel 17 und 18) auf formelle, rechtliche und materielle Richtigkeit geprüft.

Wir beantragen der Gemeindeversammlung zuhanden des Souveräns dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen und die Vorlage anzunehmen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

Traktandum 10

Ausgabenbewilligung für die Verbreiterung des Tramwegs zwischen Wegscheide, Arth, und Schöntalweg, Oberarth, von CHF 580’000.00.

A. Bericht

Ausgangslage

Die rund 150 m lange Teilstrecke des Tramwegs zwischen den Erschliessungsstrassen Wegscheide, Arth, und Schöntalweg, Oberarth, verläuft über Teilflächen mehrerer privater Grundstücke. Die Benutzung durch den Fussverkehr ist heute durch ein notariell beurkundetes Fusswegrecht gesichert. Der Weg ist lediglich rund 1.20 m breit und deshalb als Fussweg signalisiert. Die geringe Breite und der Kiesbelag schränken die Benutzbarkeit ein, insbesondere bei Begegnungen sowie für Personen mit Kinderwagen, Gehhilfen oder anderen Mobilitätshilfen.

Entlang des Tramwegs stehen stark verwachsene Thuja-Hecken. Die privaten Grundeigentümerschaften haben sich bereit erklärt, diese auf ihren Grundstücken entfernen zu lassen. Der dadurch gewonnene Raum soll für die Verbreiterung des bestehenden Wegs genutzt werden. Damit wird die heutige Situation wesentlich verbessert und der Tramweg wird für den Fussverkehr und insbesondere für Schulkinder besser benutzbar. Zusätzlich soll der heute dem Fussverkehr vorbehaltene Abschnitt für den Veloverkehr freigegeben werden.

Dieses Vorhaben stützt sich auf die übergeordneten Vorgaben der Gemeinde und der Region. Im kommunalen Richtplan hält die Gemeinde Arth fest, dass sie die notwendigen Umsetzungsmöglichkeiten für die Vervollständigung und Verbesserung des Fuss-, Wander- und Velowegnetzes prüft und entsprechende Massnahmen veranlasst. Damit trägt sie der Bedeutung eines gut ausgebauten und sicheren Langsamverkehrsnetzes Rechnung. Im Einklang damit steht das Agglomerationsprogramm «Talkessel Schwyz», das der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs einen hohen Stellenwert beimisst. Es zielt darauf ab, die bestehenden Netze gezielt zu ergänzen, Lücken zu schliessen und die Verbindungen für den Fuss- und Veloverkehr attraktiver und sicherer zu gestalten. Rückgrat des Veloverkehrs ist die Aggloradroute. Sie wurde im Agglomerationsprogramm der 3. Generation lanciert und verbindet die Gemeinden Ingenbohl, Schwyz und Steinen möglichst direkt und durchgehend mit sicherer Veloinfrastruktur. Dabei erschliesst sie die wichtigsten Punkte der Agglomeration, darunter Bahnhöfe und Entwicklungsschwerpunkte (ESP). Mit der 4. Generation und dem Beitritt der Gemeinde Arth wird die Route bis nach Arth verlängert, wobei die ursprünglich vorgesehene Linienführung teilweise angepasst wird.

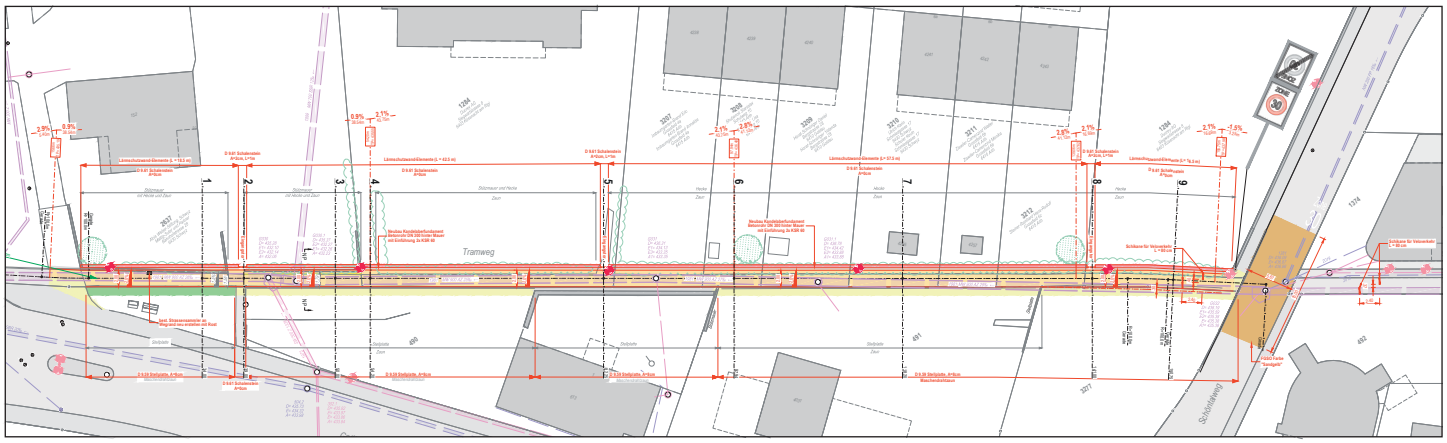
Vor diesem Hintergrund erachtet der Gemeinderat die Verbreiterung des Tramwegs und die Freigabe für den Veloverkehr als zweckmässig. Er ist der Auffassung, dass die Massnahme einem ausgewiesenen öffentlichen Bedürfnis entspricht, da sie den Zielen des kommunalen Richtplans und des Agglomerationsprogramms entspricht. Sie verbessert die bestehende Wegverbindung, erhöht deren Sicherheit und trägt zu einer zweckmässigen und benutzerfreundlichen Erschliessung des Siedlungsgebiets bei. Die Bereitschaft der Grundeigentümerschaften, die Hecken zu entfernen und die benötigten Flächen freizugeben, schafft zudem optimale Voraussetzungen für die Umsetzung.

Übernahme Tramweg durch Gemeinde

Die durch die Entfernung der Thuja-Hecken frei gewordene Breite sowie die bereits vorhandenen Teilflächen des bestehenden Tramwegs sollen in das Eigentum der Gemeinde Arth überführt werden (Teilflächen auf acht betroffenen Privatparzellen, Gesamtfläche ca. 390 m^2). Mit den privaten Grundeigentümerschaften ist vereinbart, dass die für die Verbreiterung des Tramwegs benötigten Landflächen unentgeltlich mit einem notariellen Vertrag an die Gemeinde Arth abgetreten werden. Als Gegenleistung verpflichtet sich die Gemeinde, auf eigene Kosten entlang des Tramwegs eine Sicht-/Lärmschutzwand zu errichten.

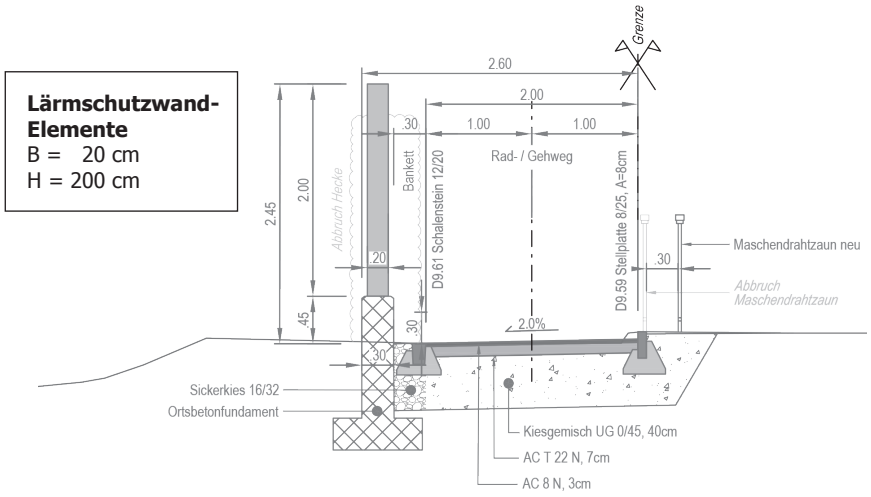
Projektumfang

Gemäss Projekt ist vorgesehen, den Tramweg im Abschnitt zwischen den Erschliessungsstrassen Wegscheide und Schöntalweg auf eine Breite von 2.00 m zu verbreitern und mit einem Belag auszustatten. Die seitliche Begrenzung erfolgt beidseitig mittels einbetonierter Stellplatten beziehungsweise eines Schalensteins. Auf der nordöstlichen Seite der Liegenschaften «Grossfeld» ist in einem Abstand von 30 cm zum Wegrand eine Sicht-/Lärmschutzwand entlang des Tramwegs vorgesehen. Diese wird auf einem Ortsbetonfundament errichtet und mit einer Höhe von 2.45 m ab Oberkant des Tramwegs ausgeführt. Bei der Ausführung wird die Standsicherheit der Wand, auch bei Windeinwirkung, berücksichtigt. Die Sicht- und Lärmschutzwand schützt die angrenzenden Anwohnerinnen und Anwohner künftig vor Immissionen und grenzt den öffentlichen Weg von den privaten Grundstücken ab. Zur Erhöhung der Fussgängersicherheit wird der Tramweg mit einer Wegbeleuchtung ausgestattet. An der Querungsstelle beim Schöntalweg werden Massnahmen getroffen, um den Veloverkehr zu verlangsamen und die Aufmerksamkeit der Motorfahrzeuglenkenden zu erhöhen. Damit wird die Verkehrssicherheit verbessert.

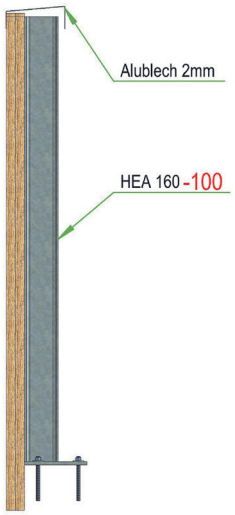


Verbreiterung Tramweg: Situationsplan Projekt.

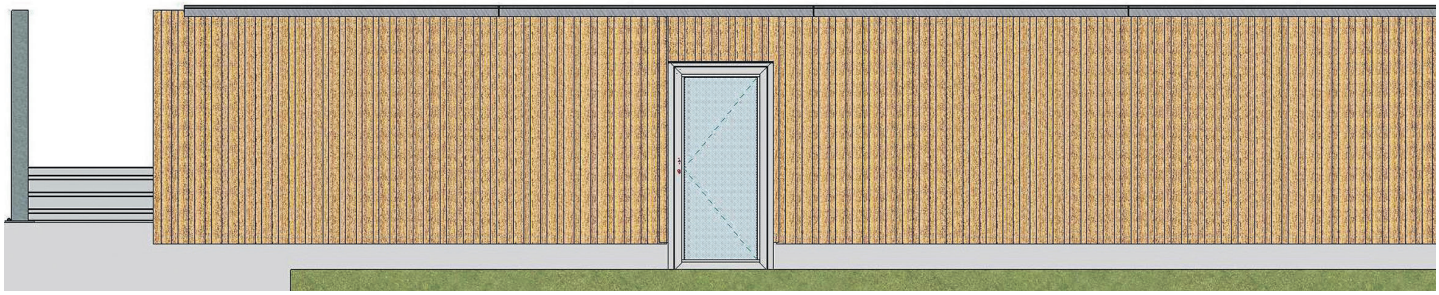
Der weiter oben liegende Abschnitt des Tramwegs zwischen der Bergstrasse, Oberarth, und der Bahnhofstrasse, Goldau, wird parallel zum vorliegenden Projekt ebenfalls erarbeitet. Ziel ist eine durchgehende und bedarfsgerecht ausgebaute Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr.



Verbreiterung Tramweg: Normalprofil.



Schnitt durch die Wand.



Sicht-/Lärmschutzwand: Ansicht von aussen (Tramweg).

Kosten und Finanzierung

Der Kostenvoranschlag basiert auf projektbezogenen Schätzungen. Gemäss Grobkostenschätzung ist für die Verbreiterung des Tramwegs mit folgenden Aufwendungen zu rechnen:

Projekt Tramweg, Abschnitt Wegscheide bis Schöntalweg

Bauhauptarbeiten Strassenbau für Verbreiterung Tramweg	CHF	170’000.00
Baunebenarbeiten Strassenbau (Lärm-/Sichtschutzwand)	CHF	220’000.00
Baunebenarbeiten Strassenbeleuchtung	CHF	50’000.00
Baubewilligungsverfahren	CHF	10’000.00
Dienstleistungen für die Erstellung des Ausführungsprojekts bzw. Bauleitung	CHF	40’000.00
Notariats- und Grundbuchkosten	CHF	20’000.00
Reserve (5%, gerundet)	CHF	25’000.00
Zwischentotal (exkl. MwSt.)	CHF	535’000.00
MwSt. (8.1%, gerundet)	CHF	45’000.00
Total Ausgabenbewilligung (inkl. MwSt.)	**CHF**	**580’000.00**

Die finanziellen Mittel für die Verbreiterung des Tramwegs sind im Voranschlag und im Finanzplan 2027 im Konto 6150.5010.022 (Lärm-/Sichtschutzwand Tramweg; Wegscheide – Schöntalweg) berücksichtigt.

Mögliche Bundesbeiträge

Mit dem Agglomerationsprogramm beteiligt sich der Bund finanziell an Verkehrsprojekten von Städten und Agglomerationen. Davon profitieren Agglomerationen, die mit ihren Agglomerationsprogrammen die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung wirkungsvoll aufeinander abstimmen.

Da die Gemeinde Arth ab der 4. Generation im Agglomerationsperimeter «Talkessel Schwyz» enthalten ist, kann sie von Leistungseinheiten profitieren. Die mutmasslich anrechenbaren Beitragskosten im Rahmen des Agglomerationsprogramms des Bundes werden auf CHF 30’000.00 geschätzt. Die exakten Beiträge lassen sich zum heutigen Zeitpunkt nicht präzise voraussagen.

Auswirkungen auf die Gemeinderechnung

Mit der Realisierung des Bauprojekts zur Verbreiterung des Tramwegs fallen künftig Abschreibungen an, die linear über 25 Jahre erfolgen. Die jährlichen Abschreibungen betragen CHF 23’200.00. Unter Berücksichtigung der möglichen Bundesbeiträge reduzieren sich die jährlichen Abschreibungen. Für den ordentlichen Unterhalt entstehen keine wesentlichen Mehrkosten.

Planungsablauf

Unter der Voraussetzung eines positiven Entscheids an der Urnenabstimmung vom 28. Februar 2027 wird in einem nächsten Schritt das Baubewilligungsverfahren vorbereitet. Kann dieses ohne Einsprachen und ohne zeitliche Verzögerung abgeschlossen werden, erfolgen die detaillierte Ausführungsplanung und die Ausschreibung der verschiedenen Arbeitsgattungen. Parallel dazu kann beim Bund der Antrag auf Beiträge aus dem Agglomerationsprogramm eingereicht werden. Mit den Bauarbeiten darf erst nach Abschluss dieses Verfahrens begonnen werden, da andernfalls der Anspruch auf die Unterstützung verfällt. Im Idealfall erfolgt der Baustart im Sommer 2027.

Zusammenfassung und Empfehlung

Der Gemeinderat erachtet das Projekt in der vorliegenden Form als ausgewogen. Die Verbreiterung des Tramwegs entspricht einem öffentlichen Bedürfnis. Es ist mit den Betroffenen abgestimmt und berücksichtigt sowohl die Vorgaben des kommunalen Richtplans als auch die Anliegen aus der Bevölkerung. Der Gemeinderat beantragt den Stimmberechtigten deshalb, der Ausgabenbewilligung zuzustimmen.

B. Antrag

1. Dem Gemeinderat wird für die Verbreiterung des Tramwegs zwischen den Erschliessungsstrassen Wegscheide, Arth, und Schöntalweg, Oberarth, eine Ausgabenbewilligung von CHF 580’000.00 erteilt.

2. Die erforderlichen Geldmittel für die Ausgabenbewilligung sind gemäss Finanzhaushaltsgesetz für die Bezirke und Gemeinden vom 30. Mai 2018 zulasten der Investitionsrechnung zu verbuchen.

3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

4. Der Beschluss der Gemeindeversammlung untersteht der obligatorischen Volksabstimmung an der Urne vom 28. Februar 2027.

Die Abstimmungsfrage soll lauten:

Wollen Sie der Ausgabenbewilligung von CHF 580’000.00 für die Verbreiterung des Tramwegs im Abschnitt zwischen den Erschliessungsstrassen Wegscheide, Arth, und Schöntalweg, Oberarth, zustimmen?

C. Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Vorlage zur Ausgabenbewilligung für die Verbreiterung des Tramwegs im Abschnitt zwischen den Erschliessungsstrassen Wegscheide Arth, und Schöntalweg, Oberarth in formeller, rechtlicher und materieller Hinsicht geprüft.

Wir beantragen der Gemeindeversammlung zuhanden des Souveräns, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und die Vorlage anzunehmen.

Arth, 29. Oktober 2026

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Werner Hardegger, Präsident
Christoph Baumli
Sonia Casadei
Fabian Elmiger
Katrin Jost

gemeinde arth

Merkblatt Notfalltreffpunkt bei Stromausfall

Bei einem Stromausfall ist das Telefonfestnetz unterbrochen und das Alarmieren der Rettungsorganisationen wie Polizei (117), Feuerwehr (118), Rettungsdienst (144) und REGA (1414) nicht möglich. Zudem kann zu Beginn des Stromunterbruches die intensivere Nutzung des Mobilnetzes zu einer Überlastung führen und ebenfalls die Alarmierung erschweren.

Am Notfalltreffpunkt erhalten Sie Unterstützung. Mit einem eigenen Verbindungsnetz via Funk können die eingangs erwähnten Organisationen aufgeboten werden.

Sollte der Stromausfall die Dauer von 90 Minuten überschreiten, wird der Notfalltreffpunkt für die Bevölkerung von Arth, Oberarth und Goldau in Betrieb genommen. Im Ereignisfall ist der Notfalltreffpunkt während 24 Stunden besetzt und befindet sich im

Feuerwehrlokal
Gotthardstrasse 75
6414 Oberarth

